blätter des iz3w

nr. 35 mai juni 74

Hrsg: Informationszentrum Dritte Welt (iz3w)
D-78 Freiburg, Postfach 5328, Tel 0761/71101

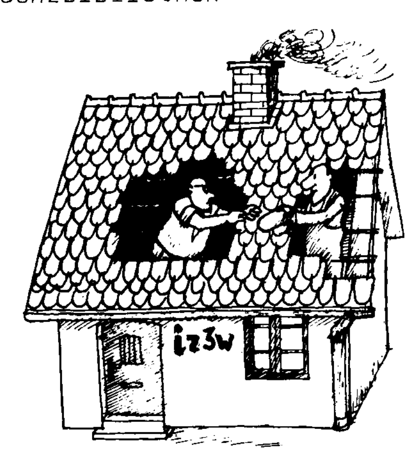
Zusammengestellt und herausgegeben von: P. Arnold, F. Bammel, S. Bartels, R. Beckert, I. Berghanner, G. Cremer, G. Erhard, E.-H. Flammer, J. Geue, F. Hemmerich, E.-L. Iskenius, B. Merk, H. Pöttker, P. Riedesser, J. Rösel, A. Sommerfeld, B. Stein, M. Weicker, W. Witzel. Druck: H. Ahlbrecht, 34 Göttingen, Levinstr. 9a. Konten: Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 4o-35899. Jahresabonnement bei 1o Nummern im In- und Ausland DM 18,-/ öS 135,-/Sfr. 2o,-. Lufpostgebüren auf Anfrage.
Einzelpreis dieser Einfachnummer DM 1,9o/ öS 14,- / Sfr. 2,1o.

FÖRDERKREIS iz3w - WOZU?

Dauerauftrags-Formula für Fördererkreis, siehe S. 58

Seit 1968 arbeitet in Freiburg die Aktion Dritte Welt e.V., seit 1970 das Informationszentrum Dritte Welt (iz3w). Personell sind beide Organisationen identisch. Unsere inhaltliche und organisatorische Arbeit bestand bisher und besteht vor allem in:

- Unterhaltung eines Informations- und Versandbüros
- Aufbau eines umfangreichen, frei benutzbaren Zeitungs- und Zeitschriftenarchivs aus etwa 100 Periodika
- Einrichtung einer frei verfügbaren Präsenzbibliothek



- Publikation aktueller und grundsätzlicher Broschüren zu Fragen der Entwicklungsländerpolitik (auf Anfrage senden wir unsere Materialliste zu)
- Mitarbeit bei der Planung und Durchführung von Seminaren, Diskussionen sowie Film- und Vortragsveranstaltungen (vor allem in Freiburg und im Raum Baden-Württemberg)
- Publizistische und materielle Unterstützung der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika (in Zusammenarbeit mit anderen Dritte Welt-Organisationen)
- Herausgabe der 10mal im Jahr erscheinenden "blätter des iz3w" (seit Nov. 1970).

Mit unserer Arbeit wollen wir beitragen zur Gewinnung von Einsichten über diejenigen gesellschaftlichen Kräfte, die Unterentwicklung historisch verursacht haben und gegenwärtig stabilisieren. Diese Bildungsarbeit verweist immer wieder auf die Veränderungsnotwendigkeit der westlichen Industrieländer und damit auch unserer eigenen, privatwirtschaftlich organisierten Gesellschaft. Publizistische und - soweit möglich - auch materielle Unterstützung von fortschrittlichen Kräften in Ländern der Dritten Welt betrachten wir als eine wichtige konkrete Handlungsmöglichkeit im Bereich der Dritte Welt-Arbeit.

Unsere Arbeit wird ganz überwiegend von unentgeltlich tätigen Mitarbeitern verrichtet (Studenten, Doktoranden, Berufstätigen). Der erreichte Umfang unserer Tätigkeit läßt es nicht mehr zu, von zufälligen und sporadisch eintreffenden Spenden abhängig zu sein. Um Unabhängigkeit und Kontinuität des Informationszentrums Dritte Welt zu gewährleisten und eine längerfristige Planung zu ermöglichen, bitten wir alle, denen an der Fortführung und Ausweitung unserer Arbeit gelegen ist, um ihre aktive Solidarität durch ihren Beitritt zum

FÖRDERERKREIS DES INFORMATIONSZENTRUMS DRITTE WELT.

Wir denken dabei vor allem (aber nicht ausschließlich) an berufstätige Sympathisanten, die teils an eigenem zeitlichen Einsatz im Bereich der Dritte Welt-Arbeit verhindert sind, teils als "Bildungsarbeiter" selbst u.a. auch Dritte Welt-Arbeit betreiben (Lehrer, Pfarrer u.a.).

Als Förderer bestimmen Sie die Höhe Ihres Beitrages selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5,--) und erhalten



dafür regelmäßig die "blätter des iz3w" kostenlos zugesandt. Bedenken Sie: nur einplanbare Beträge können die unabhängige und kontinuierliche Weiterführung unserer Arbeit garantieren.

Aktion Dritte Welt und
Informationszentrum Dritte Welt

Dauerauftrags-Formular für Fördererkreis S.58

CHRONIK DER ABHÄNGIGEN WELT MITTE MÄRZ BIS MITTE MAI

AFRIKA

5.4.74
In der ugandischen Hauptstadt Kampala geht die Ministerratssitzung der Organisation für die Einheit Afrikas (OAU) zu Ende. Im Mittelpunkt der Tagung standen die wirtschaftlichen Probleme, die den afrikanischen Staaten in der jüngsten Zeit aus den Preiserhöhungen für Erdöl erwachsen sind. Die schwarzafrikanischen Staaten appellierten in diesem Zusammenhang erneut an die Arabischen Staaten, ihnen Sonderpreise für Erdöl einzuräumen. Im weiteren verabschiedeten die Konferenzteilnehmer ein Hilfsprogramm für die Republik Guinea-Bissao. Lybien will dafür eine Summe von 1 1/2 Mill. DM zur Verfügung stellen. (afp/ap)

Äthiopien

26.3. - 4.5.74
Die Krise des äthiopischen Feudalismus dauert an: Nach einer kurzzeitigen Phase relativer Ruhe begann sich seit Ende März in nahezu allen Landesteilen in Form von Demonstrationen, Arbeitsniederlegungen und Soldaten-Meutereien erneut Widerstand gegen das feudale Herrschaftssystem Äthiopiens zu regen. Neben Studenten, Schülern, Arbeitern und Soldaten treten dabei nun vereinzelt auch Bauerngruppen in Erscheinung. Im Mittelpunkt dieser wieder aufflammenden Protestbewegung (der weiterhin eine zentrale Koordination zu fehlen scheint) steht die Forderung nach einer gründlichen personellen Säuberung von Regierung und Verwaltung. Daneben wird auf eine beschleunigte Realisierung der von der Regierung und Kaiser zugesagten Reformen (Landreform, Verfassungsreform, Sozialrechtsreform u.ä.) gedrungen. Die von Kaiser Haile Selassie provisorisch eingesetzte Regierung Makonnen zeigt sich zunächst noch weiterhin nachgiebig (wobei nicht zu entscheiden ist, ob es sich dabei tatsächlich um echte Reformwilligkeit handelt oder lediglich um eine Hinhalte-Taktik). So legt die Regierung u.a. ein Bodenreformprogramm vor, welches vorsieht, daß Landbesitz, der das Maß dessen überschreitet, was ein einzelner Bauer bearbeiten kann, von der Regierung übernommen und an Pachtbauern verteilt werden soll.

Eine tendenziell restaurative Wende des Geschehens in Äthiopien scheint sich dann mit einem zwischen konservativ orientierten und reformerisch gesinnten Armeeoffizieren des Landes geschlossenen Burgfrieden anzubahnen, der den seit Wochen anhaltenden Meutereien in verschiedenen Garnisonsstädten (Asmara, Harrar u.a.) ein Ende setzt und die Armee nun wieder nach außen hin als Einheit auftreten läßt. Die Armee besorgt jetzt zwar die in Streiks und Demonstrationen immer wieder geforderte Verhaftung von Beamten und Ministern der abgesetzten Habte-Wold-Regierung, bezieht jedoch zugleich auch mit wachsender Härte Front gegen die auch weiterhin anhaltenden Protestkundgebungen und Streiks von Schülern, Studenten und Arbeitern. Auf der Grundlage eines von der Regierung erlassenen Streik- und Demonstrationsverbots erzwingt sie den Abbruch von verschiedenen Streiks, verhaftet Führer des Gewerkschaftsverbandes und setzt schließlich auch die Schließung der Universität von Addis Abeba durch. In diesen und anderen Aktionen scheint sich jetzt in Äthiopien faktisch eine Machtübernahme durch die Armee anzubahnen. (ddp/Reuter/afp/AP)

9.4.74
Nach Angaben des äthiopischen Ernährungsinstituts hat die durch anhaltende Dürre ausgelöste Hungerkatastrophe in Äthiopien allein in der Provinz Wollo bislang annähernd eine halbe Million Menschenleben gefordert. (SZ)

Kenya

20.3.74
Die kenyanische Regierung hat ihren 3. Fünfjahresplan (seit Erlangung der formal-politischen Unabhängigkeit) vorgelegt. Der Plan strebt eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von mehr als 7 % an. Als besonders förderungswürdig gilt neben dem industriellen Sektor das Erziehungswesen, die Landwirtschaft und das Tourismusgeschäft. Die Erfahrungen mit den vorangegangenen Fünfjahresplänen lassen vermuten, daß die Mehrzahl der Planungsziele wiederum nur eine geringe Realisierungschance haben. (NZZ)

Niger

15.4. - 24.4.74
In Niger ist die Regierung Hamani Diori einem Militärputsch zum Opfer gefallen. Der Generalstabschef der Armee, Oberst Seyni Kountie, hat sich nach Verhaftung von Hamani Diori zum neuen Präsidenten des Landes ernannt. Die Armee scheint geschlossen hinter

Kountie zu stehen. Beobachter vermuten, daß der Militärputsch von Paris aus ferngesteuert wurde, denn der Putsch erfolgte gerade zu einem Zeitpunkt, als die Regierung Diori Verhandlungen über eine Neufestsetzung des Preises der Uranerze, die Frankreich aus Niger bezieht, gefordert hatte.
Hamani Diori hatte sich zuvor auch schon dadurch den Unwillen der französischen Regierung zugezogen, daß er seit dem letzten Nahostkrieg auf Kosten Frankreichs eine Annäherungspolitik an die arabischen Staaten betrieb. (afp/dpa/Reuter)

<u>Portugal und portugiesische Kolonien</u>

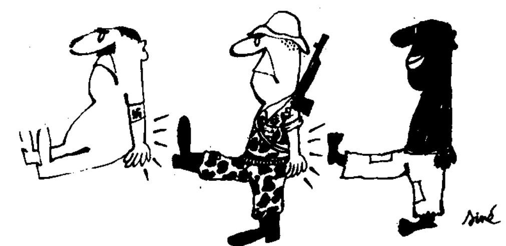
13.4. - 24.4.74
Der Bischof von Nampula (Mozambique) und insgesamt 14 Missionare des Combonianer-Ordens sind seitens Portugals zwangsweise aus Mozambique ausgewiesen worden. In Reaktion auf ein der Bischofskonferenz von Mozambique jüngst vorgelegtes Papier, in dem die jetzt Ausgewiesenen die portugiesische Kolonialpolitik scharf angegriffen und eine politische Anerkennung der FRELIMO gefordert hatten, waren von portugiesischen Behörden Demonstrationen von weißen Siedlern organisiert worden, in denen es zeitweilig zu Ausschreitungen gegenüber Bischof Vieria Pinto und den Combonianer-Missionaren zu kommen drohte. Unter dem Vorwand, sie vor den aufgebrachten Demonstranten "schützen" zu müssen, wurden Pinto und die genannten Missionare in Polizeigewahrsam genommen und aus Mozambique herausgeflogen. Die Zahl der aus Mozambique im Laufe der letzten Jahre ausgewiesenen Kirchenvertreter hat sich damit auf etwa 100 erhöht. (dpa/AFP)

24.4.74
Einem in der britischen Zeitung "Guardian" veröffentlichen Geheimpapier portugiesischer Offiziere nach, haben die portugiesischen Kommandotrupps, die in den afrikanischen Kolonien Portugals gegen die dortigen Befreiungsbewegungen operieren, im allgemeinen den Befehl, in Gefechten mit den afrikanischen Guerillas, <u>keine Gefangenen</u> zu machen. Auf diese Weise käme es immer wieder zu Massakern an der afrikanischen Bevölkerung. Aus dem Geheimpapier geht weiter hervor, daß in Teilen der Tete-Provinz großangelegte Entlaubungsaktionen von Urwaldregionen stattgefunden haben. Ebensowenig scheue sich die portugiesische Luftwaffe, afrikanische Dörfer mit Napalmbomben anzugreifen. (SZ)

24.4.74
Die spanischen Missionare Leon und Cortes werfen dem Vatikan vor, durch Tatenlosigkeit eine Mitverantwortung an den aus Mozambique bekannt gewordenen Massakern zu tragen. Die Missionare bezeichnen es als eine "Ungeheuerlichkeit", daß der Vatikanische Nuntius in Lissabon seit seinem Amtsantritt vor 7 Jahren nur ein einziges Mal in Mozambique gewesen sei. (ddp)

24.4.74
Der FRELIMO gelang in Mozambique erstmals eine Reihe von Angriffen auf Lastwagentransporte an der wichtigen Fernstraße zwischen Lourenco Marques und Beira. Damit vermochte die FRELIMO ihr Operationsfeld zugleich auch um ein gewichtiges Stück nach Süden auszudehnen. (dpa)

25.4. - 10.5.74
<u>Militär-Putsch in Portugal</u>: In Antwort auf die März dieses Jahres erfolgte Amtsenthebung der portugiesischen Stabschefgenerale Spinola und Gomes, sowie in Reaktion auf die sich daran anschließende allgemeine faschistische Säuberungswelle hat in Portugal am 25. April eine seit etwa einem Jahr existierende Bewegung von Offizieren des mittleren Ranges die Regierung Caetano und deren Verbündete im ultra-rechten Generalkorps der portugiesischen Armee von der politischen Macht vertrieben und statt dessen eine Militärjunta unter Führung von General Spinola an die Macht gebracht.



Diese Bewegung von jungen Offizieren der verschiedenen Waffengattungen - sie nennt sich jetzt die "Bewegung der Streitkräfte" und schließt als aktives Element etwa 400 Militärs, meistenteils im Range von Hauptleuten und Majoren ein - bekennt sich zur bürgerlichen Demokratie (wobei sie mehrheitlich mehr nach links als nach rechts tendiert) und hat von daher General Spinola mit dem Auftrag versehen, binnen eines Jahres in Portugal ein auf freie Wahlen basierendes parlamentarisches System zu etablieren. Eine provisorische Regierung, in der personell ein möglichst breites politisches Meinungsspektrum berücksichtigt sein soll, soll bis zur Amtseinsetzung einer parlamentarisch gewählten Regierung die anfallenden Regierungsgeschäfte erledigen.

Die Bewegung der Streitkräfte rekrutiert sich wesentlich aus Kriegsveteranen, die aufgrund langjähriger Erfahrungen im Kampf mit den Befreiungsbewegungen in Angola, Mozambique und Guinea-Bissao zu der Überzeugung gelangt sein sollen (NZZ), daß der Kolonialkrieg Portugals in Afrika nicht mehr zu gewinnen ist (in diesem Punkt hatte die Bewegung offensichtlich

auch ihren Entstehungsimpuls). Insofern scheint ein weiterer Auftrag der Bewegung an Spinola darin zu bestehen, den Kampf um die Kolonien entweder abzubrechen, oder ihn mit politischen Mitteln weiterzuführen.

Der "Putsch der mittleren Ränge" (NZZ) wurde zumindest von den städtischen Massen mit großer Erleichterung und Freude aufgenommen: Durch verschiedene Schläge gegen faschistische Suborganisationen (beispielsweise gegen den terroristischen portugiesischen Geheimdienst DGS), durch die Entlassung tausender politischer Gefangener u.ä. konnten die putschenden Militärs glaubhaft machen, daß sie ernsthaft entschlossen sind, dem Faschismus in Portugal ein Ende zu setzen.

Inzwischen hat sich auch in Portugal eine lebhafte politische Aktivität entfaltet. Sechs politische Gruppierungen haben bereits ihre Zulassung als Partei beantragt. Unter ihnen die bisher wesentlich im Untergrund arbeitende, Moskau-orientierte Kommunistische Partei (PCP) unter Führung des aus dem Exil zurückgekehrten Alvaro Cunhal, die Sozialistische Partei (PSP) unter Führung des gleichfalls aus dem Exil heimgekehrten Mario Soares und eine Reihe von bürgerlichen Gruppierungen wie die, wie sie sich jetzt nennt, Demokratische Volkspartei (PPD), deren Führer Francisco Carneiro neben Palmo Carlos (parteilich noch ungebunden) derzeitig als Ministerpräsident der Übergangsregierung im Gespräch ist.

Alle diese jetzt als Parteien in Erscheinung tretenden politischen Gruppierungen haben inzwischen mehrfach bekundet, daß sie unter der Regie von General Spinola konstruktiv an dem Aufbau eines demokratisch-parlamentarischen Systems in Portugal mitarbeiten wollen und von daher auch Anspruch erheben, personell in dem von der Junta zu bildenden Übergangskabinett vertreten zu sein.

In Opposition zu den politischen Plänen der "Bewegung der Streitkräfte" und der sie zumindest formell repräsentierenden Junta stehen zur Zeit neben den (mit zahlreichen Waffen) in den Untergrund oder nach Spanien ausgewichenen Faschismus-Anhängern noch eine Reihe von marxistischen Gruppierungen, wie z.B. die in der portugiesischen Studentenschaft gut verwurzelte MRPP, die den jetzt ablaufenden politischen Umorganisierungsprozeß als einen letztlich vom portugiesischen und ausländischen Kapital initiierten Versuch werten, den angeschlagenen portugiesischen Imperialismus auf bürgerlich-demokratischem Wege zu restaurieren.

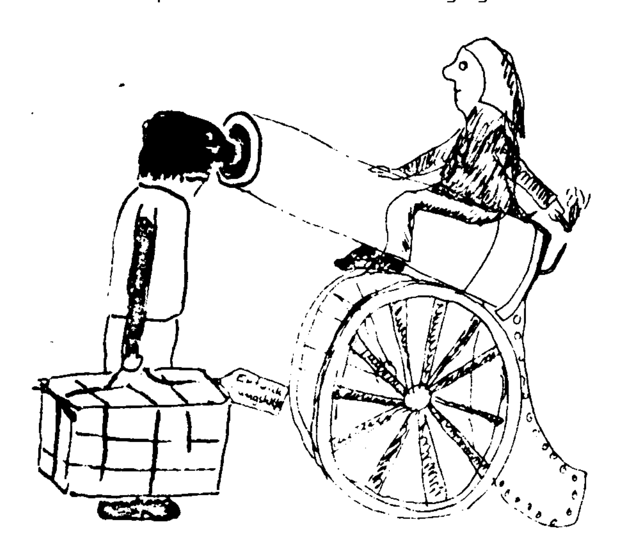
Der seiner sozialen Herkunft und seiner Karriere nach dem portugiesischen Großkapital nahestehende Junta-Vorsitzende, General Spinola, präsentierte sich vom Tage seiner Rückkehr zur politischen Macht in der Rolle eines "ehrlichen Maklers" zwischen der sich parteipolitisch etablierenden Linken und Rechten. Seiner Vermittlungsfunktion scheint den Äußerungen des Sozialistenführers Soares nach bislang nur in einem Punkt kein Erfolg beschieden zu sein; das ist in der Frage der zukünftigen Afrikapolitik Portugals: Die parlamentarisch kooperationswillige Linke fordert in Übereinstimmung mit den in den Kolonien kämpfenden Befreiungsbewegungen die uneingeschränkte Unabhängigkeit von Guinea-Bissao, Angola und Mozambique - Unabhängigkeit nach dem Willen aller in diesen Kolonien lebenden Menschen (vgl. FRELIMO-Aufruf in dieser Ausgabe). Die kooperationswillige Rechte fordert in Übereinstimmung mit bürgerlich-progressiven Kräften in der weißen und sozial avancierten schwarzen Bevölkerung der Kolonien eine, wie sie es nennen, "föderative" Lösung nach dem Vorbild der ehemals französischen Kolonien in West- und Zentralafrika (die hier wohl passendere Bezeichnung wäre "neokoloniale" Lösung, denn gemeint ist eine formelle politische Autonomie bei Aufrechterhaltung bestimmter wirtschaftlicher Bindungen, von denen dann freilich beide Seiten, das ausländische Kapital und eine in den Kolonien selbst ansässige weiße und schwarze Machtelite profitieren soll).

Spinola selbst hat sich in seinem Buch, das ja die Initialzündung für die jetzt in Portugal ablaufenden Ereignisse gewesen war, eindeutig für die neokoloniale Lösung stark gemacht und wird sich in dieser Frage zweifellos auch weiterhin auf die Seite der Rechten schlagen. Über das diesbezügliche Meinungsbild in der die Junta tragenden Offiziersbewegung ist bislang keine Klarheit zu gewinnen.

Um nun von dieser Streitfrage her das innenpolitische Bündnis zwischen der parlamentarisch-demokratisch gesinnten Linken und Rechten nicht zu gefährden, oder genauer gesagt, nicht schon zu einem Zeitpunkt zu gefährden, an dem einerseits die faschistische Rechte noch nicht endgültig als entmachtet gelten kann und andererseits, wie hier gleichfalls zu betonen ist, eine bürgerlich-demokratisch gesinnte Rechte in Portugal sich (anders als die schon lange im Untergrund existierenden Linksparteien) erst in einem Organisierungsprozeß befindet u.sich von daher politisch noch keineswegs wirksam zu artikulieren weiß, scheint Spinola in der Afrikafrage zunächst einmal vermittels undurchsichtiger Willenserklärungen eine Hinhaltetaktik zu verfolgen - eine Hinhaltetaktik, die zudem auch Spinolas Gesinnungsfreunden in den afrikanischen Kolonien hilfreich entgegenkommen kann, das ist den Befürwortern einer neokolonialen Lösung, auch diese leiden aufgrund der bislang so unflexib-

len portugiesischen Kolonialpolitik ähnlich wie die bürgerliche Rechte in Portugal selbst unter einem starken Organisationsdefizit und haben von daher bisher noch große Schwierigkeiten, sich gegenüber den Befürwortern der harten Salazar- und Caetano-Linie auf der einen Seite und den Anhängern der Befreiungsbewegungen auf der anderen Seite politisch zu profilieren.

Gemäß der vorangegangenen Einschätzung verfolgten die Befreiungsbewegungen, zumindest soweit damit die FRELIMO in Mozambique, die PAIGC in Guinea-Bissao und die MPLA in Angola in Frage kommen, die Ereignisse in Portugal bisher noch (10.5.) mit großer Skepsis. Keine der genannten Bewegungen hat bislang erkennen lassen, daß sie auf einer anderen Ebene als der der völligen wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit von Portugal zu verhandeln willens ist. Desgleichen scheint man auch nicht bereit durch das Akzeptieren eines von der portugiesischen Seite mehrfach angebotenen Waffenstillstandsabkommens oder durch eine Annahme des portugiesischen Angebotes, sich als legale politische Partei zu etablieren und geduldig auf ein binnen Jahresfrist in Aussicht gestelltes Plebiszit (in dem dann nach einer offensichtlich bewußt unklar gehaltenen Formel über politische "Selbstbestimmung", nicht jedoch über die geforderte politische Unabhängigkeit



der Kolonien abgestimmt werden soll) zu warten, Spinolas Hinhaltetaktik mitzuspielen. Der portugiesischen Junta helfen, Zeit zu gewinnen, hieße zumindest für Angola und Mozambique eine neokolonialistische Lösung der Reifung nahezubringen. Dieses Risiko muß aus der Sicht der Befreiungsbewegungen als schwerwiegender beurteilt werden als etwa ein faschistischer Gegenputsch in Portugal (heraufbeschworen durch eine erfolglose Afrikapolitik der Junta). Einen solchen Gegenputsch hat zumindest die FRELIMO und die PAIGC nicht zu fürchten, denn militärisch vermag in Guinea-Bissao und in Mozambique ein zum Faschismus zurückgekehrtes Portugal zu keinem dauerhaften Erfolg mehr zu gelangen. Das Gleiche gilt übrigens auch für eine militärische Intervention der Südafrikanischen Republik, mit der, wie aus Regierungskreisen in der SAR bekannt wurde (NZZ), das Vorster-Regime sezessions-bereiten weißen Siedlern in Angola und Mozambique für den Fall zur Hilfe kommen will, daß Portugal in die von den Befreiungsbewegungen angestrebte Unabhängigkeit einwilligen sollte. (dpa/afp/Reuter/AP/NZZ/SZ/FR)

Sahel-Zone

9.4.74
Einem jetzt veröffentlichten Bericht der Carnegie-Stiftung zufolge erwiesen sich die bisher angelaufenen internationalen Hilfsmaßnahmen für die Sahel-Zone noch als unzureichend, um der hier herrschenden Hungersnot wirksam zu begegnen. Als Grund dafür nennt der Bericht u.a. eine bürokratische Schwerfälligkeit der für die Hilfsmaßnahmen verantwortlichen Organisationen und die fehlende Bereitschaft dieser Organisationen, ihre Hilfsmaßnahmen zu koordinieren. (NZZ)

Sambia

20.4.74
Nach dem Vorbild der erdölproduzierenden Länder streben Sambia und Zaire eine Belebung des Kupferkartells der CIPEC-Länder (Intergovernmental Commitee of Copper Exporting Countries) an, um vermittels von Produktions- und Preisabsprachen den Kupferpreis spürbar anzuheben. Neben den genannten Ländern gehören der CIPEC noch Peru und Chile an. Die CIPEC-Länder verfügen insgesamt zwar nur über etwa ein Drittel der Weltkupferproduktion, kontrollieren jedoch rund 70 % des Weltkupferexports (die beiden größten Kupferproduzenten, die USA und die Sowjetunion, decken mit ihrer Kupferproduktion im wesentlichen ihren eigenen Bedarf). (NZZ)

Sudan

8.5.74
Ein Jahr nach der von Staatspräsident Numeiri erlassenen Verfassung finden in der Republik Sudan öffentliche Parlamentswahlen statt. Zur Wahl stehen nur die Kandidaten von Numeiri geführten Einheitspartei, der SSU (Sudanische Sozialistische Union). Die rechtsgerichtete Umma-Partei unter Führung von Sadiq el Mahdi und die von Numeiri scharf bekämpfte Kommunistische Partei sind von der Wahl ausgeschlossen. Bei der Kandidatennominierung ist die im Süden des Sudans lebende schwarze Bevölkerung eindeutig unterrepräsentiert. (NZZ)

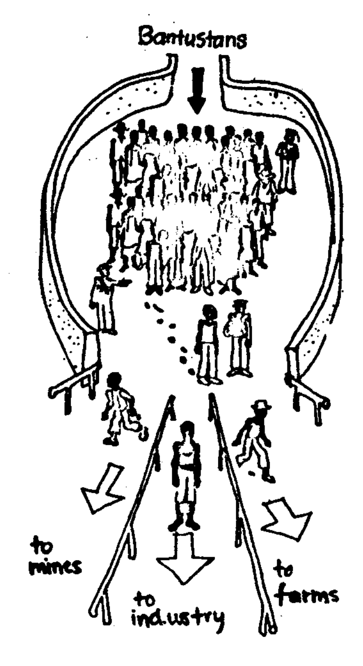
Südafrikanische Republik

20.3.74
Ohne konkrete Ergebnisse ist in Pretoria die Konferenz zwischen den sog. Führern (Chiefs) der 8 südafrikanischen Bantustans (Stammländer) und der Vorster-Regierung zu Ende gegangen. Wie von beiden Verhandlungsseiten bekräftigt, sei die Konferenz jedoch "im Geist gegenseitigen Verständnisses" geführt worden und verdiene deshalb, wie es Zulu-Häuptling Buthelezi formulierte, als "großer Durchbruch" bezeichnet zu werden. Worin Buthelezi im genaueren den Verhandlungsdurchbruch sieht, wird aus dem Abschlußkommunique der Konferenz nicht ersichtlich: in der für die Konferenz zentralen Landfrage (vgl. Chronik Februar/März) kam Vorster den bescheidenen Landforderungen der Stammeshäuptlinge nur insoweit entgegen, als er diesen anstelle der gewünschten Ländererweiterungen einen Austausch von Land anbot. In der Frage der Rassendiskriminierung (die "chiefs" hatten hier nicht die Abschaffung von Rassendiskriminierung als solche, sondern lediglich eine Lockerung in bestimmten Punkten gefordert) speiste Vorster seine schwarzen Verhandlungspartner mit der Erklärung ab, die Abschaffung von Bestimmungen zu überprüfen, "welche nicht der Vermeidung von Reibereien zwischen Angehörigen der verschiedenen Rassen dienen"! (NZZ)

30.3.74
Die Klöckner-Werke AG in Duisburg planen zusammen mit dem österreichischen Staatskonzern Vöest und dem südafrikanischen Iscor-Konzern den Bau eines Hüttenwerkes in Südafrika. (SZ)

25.4.74
Das Vorster-Regime bereitet durch den Erlaß von zwei weiteren sog. Gesetzen zum Schutze des Staates eine Verschärfung der politischen Repression in Südafrika vor. Vermittels des sog. Riotous Assemblies Act soll es zukünftig jedem lokalen Magistratsgericht erlaubt sein, Zusammenkünfte von 2 oder mehr Personen für 48 Stunden ohne Rechtfertigungszwang zu verbieten. Vermittels des "Affected Organisations Act" ist der Justizminister ermächtigt, Institutionen, die Gelder von Stellen außerhalb Südafrikas erhalten, zu verbieten. Dieses letzte Gesetz richtet sich im besonderen gegen Institutionen wie die "Nationale Studentenorganisation", das "Südafrikanische Institut für Rassenbeziehungen" und das "Christliche Institut", alles Organisationen, die in Opposition zu dem Vorster-Regime stehen und von ausländischen Geldgebern abhängig sind. In Vorbereitung ist noch ein drittes Gesetz - ein Gesetz, das darauf abzielt, zumeist oppositionelle englisch-sprachliche Presse des Landes mundtot zu machen. (NZZ)

27.4.74
In den vorgezogenen Parlamentswahlen in der Südafrikanischen Republik - Wahlen, die wiederum unter Ausschluß der nicht-weißen Bevölkerung stattfanden - hat erwartungsgemäß (vgl. Chronik, in 32/33) die regierende Nationalpartei ihren Stimmenvorsprung gegenüber der oppositionellen United Party weiter vergrößern können: Sie verfügt nun über 122 der 171 Parlamentssitze (United Party: 41 Sitze, die Progressive Partei: 6 Sitze). (SZ)



27.4.74 / 13.5.74
Mit Blick auf die jüngsten Ereignisse in Portugal spricht Südafrikas Premierminister Vorster von "gewaltigen Konsequenzen", die der Putsch in Portugal für das südliche Afrika haben kann. Vertreter der Regierung deuten in diesem Zusammenhang die Möglichkeit einer militärischen Intervention in Angola und Mozambique an, um sezessionswilligen weißen Siedlern zu Hilfe zu kommen. Zur Zeit erörtert in Washington der Oberbefehlshaber der südafrikanischen Streitkräfte, Admiral Biermann, mit Vertretern der amerikanischen Regierung die durch den Putsch für Südafrika entstandene neue Lage. (NZZ/SZ)

Rhodesien

19.3.74
Amtliche Stellen in Rhodesien melden weitere Zusammenstöße der rhodesischen Armee mit afrikanischen Guerilla-Einheiten. (SZ)

9.4.74
Die rhodesische Regierung setzt im Nordosten des Landes ihre Zwangsumsiedlungspolitik fort. Diese Politik ist gegen Stämme gerichtet, denen "aktive Hilfe" gegenüber Guerilla-

Gruppen vorgeworfen wird. (AP)

17.4.74
Einem in der Londoner Zeitung "Sunday Times" veröffentlichten Geheimdokument nach haben die deutschen Unternehmen Klöckner und Neuenkirchner Eisenwerk zusammen mit amerikanischen, schweizerischen und österreichischen Firmen insgesamt 150 Mill. DM zum Aufbau eines rhodesischen Stahlwerkes beigesteuert. Die genannten Unternehmen haben sich damit in eklatanter Weise eines Bruchs des von der UNO gegen Rhodesien verhängten Außenhandelsboykotts schuldig gemacht. (NZZ/SZ)

19.4.74
Die rhodesische Regierung zahlt jetzt Kopfgelder auf die (sei es tot oder lebendig) Ergreifung von Guerilla-Kämpfern. Die Prämie für "einfache" Guerilla ist auf 1000, die für Guerilla-Führer auf 5000 rhod. Dollar festgelegt. (ddp)

Tanzania

3.4.74
Die Volksrepublik China stellt Tanzania ein zinsfreies Darlehen in Höhe von annähernd 200 Mill. DM zur Verfügung. Der Kredit soll dem Ausbau der Kohle- und Eisenerzbergwerke im Süden des Landes dienen. (Reuter)

Uganda

26.3.74
In Uganda ist ein Putschversuch des gerade erst aus der Sowjetunion zurückgekehrten ehemaligen Generalstabschefs Charles Arube fehlgeschlagen. Beobachter rechnen damit, daß General Amin in Reaktion auf diesen Vorfall die seit Monaten in Uganda laufende politische Säuberungswelle nun weiter forcieren wird. Es wird allerdings bezweifelt, ob Amin damit seine Herrschaft in Uganda noch einmal wird festigen können, denn inzwischen gelten nur noch bestimmte Stämme der West-Nil-Region, denen zahlenmäßig in Uganda kaum Gewicht zukommt, als regierungs-loyal. (NZZ/SZ)

ARABISCHE LÄNDER UND VORDERASIEN

19.4.74
Die arabischen Erdölminister beschlossen auf einer "Konferenz des panarabischen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsfonds" in Beirut, vermittels der den arabischen Ländern jetzt zufließenden zusätzlichen Gewinne aus Rohölproduktion, Bauxit-, Zink- und Uranlager im Nahen Osten zu erschließen. (SZ)

26.4.74
Zur Verbesserung der amerikanisch-ägyptischen Beziehungen soll Ägypten in Form eines nicht zurückzahlbaren Darlehens von der USA eine Wiederaufbauhilfe über 250 Mio Dollar erhalten. Darüber hinaus will die amerikanische Regierung einen Sonderhilfefond einrichten, aus dem neben Ägypten auch Syrien Mittel zufließen sollen. (SZ)

Ägypten

22.4.74
Ein italienisches Firmenkonsortium von vier Tochtergesellschaften der Unternehmen "Finsider" und "Eni" wird die geplante Pipeline von Suez nach Alexandria bauen. Die 300 km lange Ölleitung, die das Rote Meer mit dem Mittelmeer verbinden soll, soll in 30 Monaten fertiggestellt sein. Den vorliegenden Plänen nach wird die Durchsatzleistung zunächst pro Jahr 40 Mio t betragen. (NZZ)

4.5.74
In Verbindung mit dem gescheiterten Putschversuch gegen den ägyptischen Präsidenten Sadat sind nach Kairoer Presseberichten insgesamt 96 Personen, darunter Angehörige der Streitkräfte und der Militärakademie, festgenommen worden. Bei dem Angriff auf die Akademie waren 11 Personen getötet und 27 verletzt worden. Die Führer des Putschversuchs sollen angeblich mit dem libyschen Staatschef Khadafi in Verbindung gestanden und in seinem Auftrag gehandelt haben. (SZ)

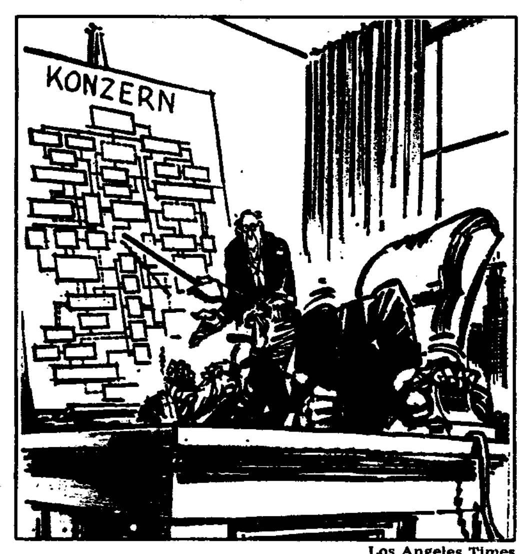
Irak

Der Krieg der von Mustafa Barsani geführten kurdischen Sezessionsbewegung, der, "Kurdischen Demokratischen Partei", gegen die irakische Zentralregierung geht auch nach der dem Kernland der Kurden von der irakischen Regierung zugebilligten politischen Teilautonomie weiter: Die hinter Barsani stehenden Kurden wehren sich weiterhin dagegen, daß die Erdölprovinzen Kirkuk und Mossul, deren Bewohner in der überwiegenden Zahl Kurden sind, ausgeklammert bleiben sollen von dem Gebiet, dem jetzt die, wie es heißt, "innere Autonomie" zuerkannt worden ist. Die irakische Regierung versucht gegenwärtig eine kooperationswillige Splittergruppe der "Kurdischen Demokratischen Partei", gegen Mustafa Barsani auszuspielen. Bislang allerdings noch ohne sichtbaren Erfolg, denn die Kämpfe zwischen Armee-Einheiten und irakischer Regierung und den kurdischen Sezessionisten sind inzwischen wieder in voller Heftigkeit ausgebrochen. (NZZ/SZ)

Iran

2.5.74
Die BRD und der Iran beschließen, gemeinsam die größte Erdölraffinerie der Welt zu errichten und darüber hinaus in zahlreichen anderen Wirtschaftsbereichen zusammenzuarbeiten: Auf der deutsch-iranischen Wirtschaftskonfe-

renz in Teheran wird ein Abkommen über gemeinsame Investitionen im Gesamtwert von 5,5 Mrd DM unterzeichnet. Von den 35 bekanntgewordenen Projekten ist der Bau der Erdölraffinerie das bedeutendste Vorhaben. Entgegen iranischen Bestrebungen nach einer Mehrheitsbeteiligung wird das Kapital der Raffinerie jeweils zur Hälfte von der staatlichen Ölgesellschaft des Iran und dem deutschen Firmenkonsortium gehalten. Abnehmer werden zur Hälfte die iranische Ölgesellschaft NIOC und die Firmen VEBA, Gelsenberg, Union Kraftstoff, Deutsche Shell und Deutsche BP sein. Die Chemie-Konzerne BAYER und HOECHST wollen sich an der Errichtung eines petrochemischen Industriekomplexes beteiligen. Krupp, Mannesmann und weitere Firmen beabsichtigen im Iran ein Stahlwerk (Investitionssumme: 2 Mrd DM) zu errichten. (SZ)



Los Angeles Times

„Was kann das Wirtschaftsministerium noch gegen uns machen, wenn wir 51 Prozent der Regierung kaufen?"

Israel

1.4.74
Israel und Jordanien haben nach einem Bericht der Kairoer Wochenzeitung "Rosa el Yussef" ein geheimes Abkommen über das Auseinanderrücken ihrer Truppen realisiert. Dabei sollen sich die Israeli auf dem von ihnen besetzt gehaltenen jordanischen Gebiet in Richtung Westen und die Jordanier in Richtung Osten zurückgezogen haben. (SZ)

13. - 26.4.74
Bei dem Überfall palästinensischer Guerillas auf ein Wochenendhaus in Kiryat Shmoneh sind 18 Menschen und die Angreifer selbst getötet worden. Die Freischärler sollen vom nahe gelegenen Libanon über die Grenze gekommen sein. In Antwort darauf drangen israelische Armee-Einheiten in libanesische Grenzdörfer ein und legten zahlreiche Häuser in Schutt und Asche. Auf Antrag der libanesischen Regierung entschließt sich der UNO-Sicherheitsrat erstmals dazu, die israelischen Vergeltungspraktiken zu mißbilligen. (SZ)

13. - 29.4.74
Nach mehrmonatigen vergeblichen Bemühungen um die Bildung einer stabilen Regierung ist die israelische Ministerpräsidentin Golda Meir von ihrem Amt zurückgetreten. (SZ)

Libyen

1.4.74
Libyen hat laut einer irakischen Nachrichtenagentur beschlossen, auch die restlichen 49 % der Anlagen der niederländisch britischen Mineralölgesellschaft Royal Dutch/Shell zu verstaatlichen. (Reuter/afp)

8.4.74
Laut Berichten der ägyptischen Nachrichtenagentur Mena fand an der libyschen Regierungsspitze ein Führungswechsel statt. So soll Staatschef Khadafi seiner politischen und administrativen Funktionen als Staatschef enthoben und diese an Ministerpräsident Jalloud übergeben worden sein. Khadafi soll jedoch weiterhin Oberkommandierender der Streitkräfte bleiben. (SZ/NZZ)

Marokko

Die marokkanische Regierung kündigt eine Teilverstaatlichung (50 %) der Produktionsanlagen der in Marokko tätigen Erdölgesellschaftn an. Die Öl-Vertriebsgesellschaften des Landes sollen bis zum Ende des Jahres ganz in die Hand des Staates übergehen. (SZ)

Oman

5.4.74
Im Sultanat Oman haben Einheiten der "Befreiungsfront für den arabischen Golf" wiederholt die Residenzstadt Sallalah angegriffen und in der Nähe der Grenze zur Volksrepublik Jemen hin Regierungstruppen in anhaltende Gefechte verwickelt. Auf seiten der Regierung sollen nach Berichten aus Aden Jagdbomber eingesetzt worden sein, die von Piloten aus England und anderen Commonwealth-Ländern geflogen wurden. Ein interarabischer Vermittlungsausschuß soll jetzt zwischen Oman und der Volksrepublik Jemen vermitteln. Der V.R. Jemen wird von omanischer Seite vorgeworfen, die in Oman operierenden Guerillas militärisch auszubilden und mit Nachschub zu versorgen. (SZ)

Saudi Arabien

8.4.74
Die Vereinigten Staaten nehmen ihre wirtschaftliche und militärische Hilfe für Saudi-Arabien wieder auf, die sie nach dem Jom-Kippur-Krieg und dem arabischen Erdölembargo Ende letzten Jahres eingestellt hatten. Im Rahmen dieser Hilfe wird Saudi-Arabien ein Luftabwehr-Raketensystem im Wert von

rund 225 Mio Dollar geliefert bekommen. (NZZ)

Syrien

An der syrisch-israelischen Grenze wird wieder mit einem erhöhten Einsatz an Truppen und Material gekämpft. Alle amerikanisch-sowjetischen Versuche, ein Truppendisengagement zustande zu bringen, sind bislang gescheitert.

30.4.74
Die UdSSR hat Syrien für 12 Jahre die Rückzahlung der an Syrien in den letzten Jahren ergangenen Kredite (Umfang ca. 1 Mrd Rubel) gestundet. Die Stundung gehört mit zu den 3 Abmachungen, die zwischen der sowjetischen Regierung und dem syrischen Staatschef Assad in Moskau getroffen wurden. Die beiden anderen Abmachungen beinhalten laut der Beiruter Zeitung "AS-SAFIR" weitere sowjetische Hilfe für den Ausbau des mit sowjetischer Unterstützung errichteten Euphrat-Staudamm und weitere sowjetische Waffenlieferungen; darunter Exemplare der in der Sowjetunion neu entwickelten Rakete des Sam 9 Typs. (NZZ)

Türkei

9.4.74
Die griechischen Ölbohrungen in der Ägäis haben das wegen der ungelösten Cypern-Frage ohnehin gespannte Verhältnis zwischen Griechenland und der Türkei weiter verschlechtert. Während Athen die Ägäis als griechisches Meer ansieht, sprechen die Türken von internationalen Gewässern, in denen demnach auch sie das Recht hätten, nach Öl zu suchen. (Le Monde)

ASIEN

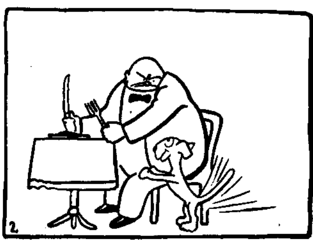
Bangla Desh

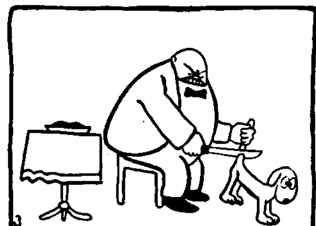
Die innenpolitischen Unruhen in Bangla Desh halten an. Durch den schonungslosen Einsatz von Militär und Polizei versucht die Regierung, ihr Streik- und Demonstrationsverbot durchzusetzen. Im Verlauf einer gegen den Innenminister gerichteten Demonstration - dieser wird von der oppositionellen Nationalen Sozialistischen Partei exzessiver Korruption bezichtet - kommt es zur Verhaftung des Generalsekretärs der N.S.P. (NZZ)

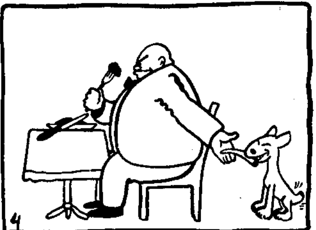
Indien

Die indische Regierung gerät zunehmend unter den Druck der in den Vormonaten gestiegenen Erdölpreise: In dem jetzt laufenden Jahr werden ca. 80 % des indischen Exporterlöses für den Erdölimport aufgewendet werden müssen (Versuche, eigene Energiequellen zu erschließen oder auszubauen, können aufgrund mangelnden Investitionskapitals nicht in Angriff genommen werden). Als Folge davon ist mit einer Stagnation der landwirtschaftlichen und industriellen Entwicklung zu rechnen. Angesichts dieser Lage muß sich das Elend, insbesondere der städtischen Massen, weiter verschärfen. Hieran werden auch die dieses Jahr gegebenen klimatisch günstigen Bedingungen für die Reisernte nichts ändern können, denn aufgrund anhaltender staatlicher Mißwirtschaft wird der tatsächliche Ernte-Ertrag nicht den Stand von 1970 übersteigen, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Bevölkerung Indiens seit 1970 um 35 Mill. Menschen gewachsen ist. Entsprechend angespannt ist auch die Haushaltslage der Regierung: In dem jetzt vorgelegten diesjährigen Budget-Plan









Sozialhilfe

der indischen Regierung finden sich die in dem laufenden Fünf-Jahres-Plan vorgesehenen Ausgaben für Entwicklungsprojekte um mehr als 50 % gekürzt. Die dessen ungeachtet noch klaffende Finanzlücke soll durch eine Verbesserung der Steuermoral (solches erhofft sich die Regierung durch eine Anhebung der steuerfreien Einkommensgrenze) und durch eine Erhöhung der indirekten Steuern gestopft werden. Als eine weitere Finanzierungsquelle hat die Regierung den Export von Rindfleisch in den mittleren Orient ins Auge gefaßt.

Ungeachtet all dieser Schwierigkeiten (oder vielleicht gerade <u>wegen</u> dieser Schwierigkeiten) hat es sich die indische Regierung nicht nehmen lassen, den Militär-Etat abermals um 20 % anzuheben. Offensichtlich rechnet man nicht mehr damit, die allenthalben in Indien ausgebrochenen Unruhen auf anderen als gewaltmäßigen Wege unter Kontrolle zu halten. (NZZ)

19.3.74
Wenige Tage nach dem Sturz der von der Kongreßpartei gestellten Provinzregierung von Gujrat haben vorwiegend jugendliche Demonstranten in Reaktion auf die von Großgrundbesitzern und Weizenhändlern trotz guter Ernte weiterhin künstlich hochgehaltenen Nahrungsmittelpreise auch die Regierung

des Gliedstaates Bihar (Kongreß-Partei) soweit in Bedrängnis gebracht, daß 35 der 46 (sechsundvierzig!) Minister der genannten Provinzregierung zurückgetreten sind. Letzteren wird vorgeworfen, mit den Großgrundbesitzern und den Händlern "gemeinsame Sache" gemacht zu haben. Ähnliches wie in Gujrat und Bihar scheint sich jetzt auch Madhya Prades und Maharashtra anzubahnen.

In Uttar Prades mehren sich Stimmen, die der Kongreßpartei vorwerfen, in den von dieser vor 2 Monaten knapp gewonnenen Wahlen für das Landesparlament massiven Wahlschwindel begangen zu haben. (SZ)

4. - 12.5.74
Mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln geht die indische Regierung gegen den Streik der 1,7 Mill. Beschäftigten der indischen Eisenbahn vor: Noch während der Verhandlungen über die von den Eisenbahnern geforderte Lohnverbesserung, erfolgt die Verhaftung von 700 Gewerkschaftskadern. Am ersten Streiktag, der den gesamten Schienenverkehr in Indien zum Stillstand bringt, hat sich die Zahl der verhafteten Eisenbahner dann schon auf annähernd 20 000 erhöht. Der Verhaftungswelle folgt im weiteren die Aussperrung und gezielte Maßnahmen gegen die Familien der Streikenden: Wohnungskündigungen (soweit es sich um regierungseigene Wohnungen handelt) und die Sperrung der Strom- und Wasserversorgung. Versuche der Regierung, mit Hilfe von Streikbrechern und Soldaten den Eisenbahnverkehr zumindest streckenweise wieder in Gang zu bringen, sind bisher weitgehend gescheitert. (SZ/NZZ)

Kambodscha

Die militärische Lage des Lon-Nol-Regimes in Kambodscha hat sich weiter verschlechtert: Truppen des Roten Khmers haben nach der Eroberung von 2 Inseln im Mekongfluß den Belagerungsring um Pnom Penh soweit schließen können, daß eine Versorgung der Stadt bald nur auf dem Luftweg möglich scheint. Die wenigen von Lon-Nol-Truppen noch verteidigten Provinzstädte des Landes befinden sich in einer ähnlichen Lage.

3.4.74
Nach Angaben des Roten Khmers sind inzwischen von den Truppen des Roten Khmers 90 % des kambodschanischen Territoriums, in dem 5,5 der insgesamt 7 Mill. Einwohner Kambodschas leben, befreit worden. (SZ)

4.5.74
Amerikanische Militärberater empfehlen der Lon-Nol-Regierung die Aushebung von weiteren 9000 Soldaten, um, wie es heißt, die jüngst erlittenen Verluste auszugleichen. (SZ)

Pakistan

17.4.74
Die aufständischen Belutschen in der pakistanischen Provinz Belutschistan haben ein Kompromißangebot der Zentralregierung zurückgewiesen und fordern weiterhin eine Wiederherstellung der Verhältnisse, wie sie sich nach den Wahlen für das Provinzparlament im Februar 1973 ergeben hatten. Die in der Nationalen Awami-Liga zusammengeschlossenen sezessionistischen Belutschen hatten damals die Wahlen gewonnen, waren dann aber nach Verhaftung von 1500 führenden Awami-Liga-Mitgliedern in den dann von der Zentralregierung erneut angesetzten Wahlen von der Macht wieder verdrängt worden.

Philippinen

26.4.74
Nach einer im Verlauf der vergangenen 2 Jahren erzielten Umsatzsteigerung von 100 % will der AEG-Telefunken-Konzern in der Halbleiterfertigung nach Manila ausweichen. Begründung: Eine Fortsetzung dieser starken Expansion sei in der BRD nur mit der zusätzlichen Beschäftigung von Gastarbeitern möglich. (SZ)

Südkorea

In Südkorea läuft die gegen Mitglieder oppositionellen Organisationen gerichtete Verhaftungswelle weiter. Unter Androhung der Todesstrafe steht jetzt jede Form von politischer Demonstration und jede Form der Solidarisierung mit dem inzwischen verbotenen Studentenverband des Landes.

Ein Jahrhundert, um die Verwüstungen durch chemische Kriegsführung zu beseitigen!

Die amerikanische Nationale Akademie der Wissenschaften äußert in einem Bericht, daß wahrscheinlich ein Jahrhundert notwendig sein wird, um in Vietnam die Verwüstungen wieder rückgängig zu machen, die durch chemische Kampfstoffe angerichtet worden sind. (Berichtet die New York Times)

Die von den Amerikanern 10 Jahre lang benutzten Herbizide (Pflanzenvernichtungsstoffe) haben beachtliche Zerstörungen der Waldbestände im Landesinneren verursacht, 36 % der Mangrovenwälder (an der Küste) vernichtet und sehr wahrscheinlich Kinder in den Berggebieten getötet (ganz abgesehen von den noch unübersehbaren Gesundheitsschäden, die sie unter der Bevölkerung anrichteten).

In 10 Jahren sind pro Einwohner 3 kg Chemikalien abgeworfen worden.

Le Monde 21.3.74

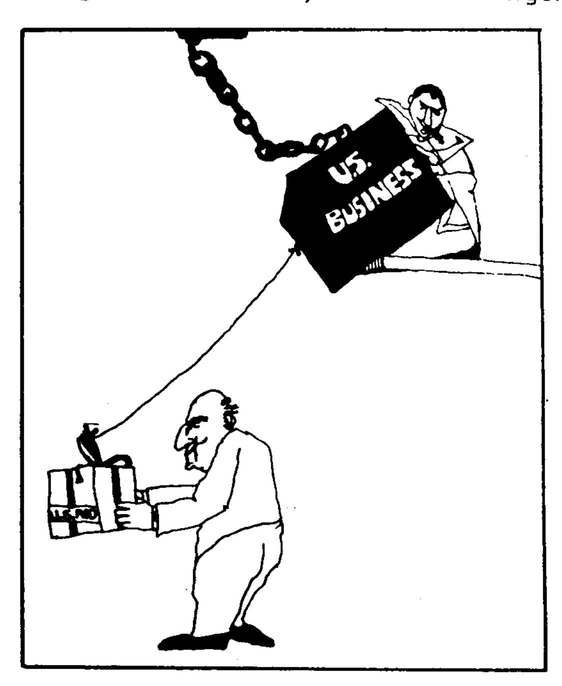
Thailand

9.4.74
In ausgedehnten Demonstrationen fordern Thailands Prostituierte - ihre Zahl wird auf 2 Mill. geschätzt (Gesamtbevölkerung Thailands: 39 Mill.) - eine Legalisierung der Prostitution. Die Prostituierten erhoffen sich davon eine Verminderung des Ausbeutungsdrucks durch Zuhälter und Bordellbesitzer. (SZ)

Vietnam

In Südvietnam dauern die heftigen Kämpfe der Vormonate an: Für den Viet-Cong bedeutsam ist die Eroberung eines 80 km nördlich von Saigon gelegenen Talriegels, der bisher den Vormarsch des Viet-Cong in die vor Saigon gelegene Ebene versperrt hat. Im Mekongdelta, der sog. Reiskammer Vietnams, setzte der Viet-Cong erstmals Amphibienpanzer ein. Die Luftwaffe der Thieu-Regierung flog weiterhin massive "Vergeltungs"-Angriffe auf Ortschaften in den vom Viet-Cong befreiten Gebieten. (NZZ/SZ)

2.4.74
Einer Stellungnahme des amerikanischen Außenministers Kissinger nach hätten sich die USA "politisch wie moralisch dazu verpflichtet, Südvietnam solange wie erforderlich wirtschaftlich und militärisch zu unterstützen". Dies ergäbe sich nicht nur aus dem Pariser Abkommen, sondern auch aus, wie es Kissinger ausdrückte, "unseren langen



und tiefen Verwicklungen in Vietnam". Kissinger beziffert im gleichen Zusammenhang die militärische Hilfe der USA für das Saigoner Regime im laufenden Haushaltsjahr mit 1,126 Mrd. Dollar. (NZZ)

3.5.74
Ein Presse-Photo der Nachrichtenagentur Associated Press (AP), das nordvietnamesische Gefangene beim Verlassen eines Flugzeuges der vom CIA unterhaltenen Fluggesellschaft Air America zeigt, überführt die USA in einer auch offiziell nicht mehr zu leugnenden Weise eines weiteren direkten Engagements im Vietnamkrieg. (SZ)

CHRONIK: LATEINAMERIKA

Allgemein

Bei einer Konferenz mit Vertretern der Europäischen Gemeinschaft gelang es den lateinamerikanischen Ländern nicht, die europäische Handelspolitik zu beeinflussen. Das Allgemeine Präferenzsystem der EG für lateinamerikanische Fertig- und Halbfertigprodukte schließt die vergünstigte Einfuhr wichtiger Rohstoffe (z.B. Kaffee, Kakao, Bananen, Kupfer, Zinn) aus. Der EG-Vertreter Scarascia betonte das vorrangige Interesse Europas an Afrika. (NZZ 14.3.74)

Die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB), der außer 24 lateinamerikanischen Staaten Kanada und die USA angehören (die größte Bank dieser Art für Lateinamerika), vergab 1973 Kreditzusagen von 884 (i.V. 807) Mio Dollar und erreichte einen Reingewinn von 71 (i.V. 51) Mio Dollar. Die größten Kredite erhielt Brasilien, gefolgt von Mexiko und Kolumbien. Nach zweijähriger Pause (!) erhielt auch Chile kürzlich wieder einen Kredit von 22 Mio Dollar. (NZZ 6.4.74)

Im Hintergrund der Konzentration chilenischer Truppen an der Nordgrenze des Landes steht der Versuch Brasiliens, Boliviens und Chiles, Peru zu der für sie angenehmsten Lösung des Problems zu zwingen, Bolivien einen Zugang zum Meer zu verschaffen. Im Salpeterkrieg 1879-1883 hatte sich Chile bolivianische und peruanische Küstengebiete einverleibt. Peru wehrt sich dagegen, daß ein bolivischer Korridor entlang der peruanischen Grenze ohne sein Einverständnis geschaffen werden soll. Andererseits will die chilenische Junta durch das Hochspielen "nationaler Interessen" von ihren innenpolitischen Schwierigkeiten ablenken. (SZ 9.4.74, Chile-Nachrichten Nr. 15)

23.4.74
Das US-Außenministerium bewilligte nach langem Zögern die Ausfuhr von in Argentinien hergestellten Automobilen und Lastwagen der Firmen Ford, General Motors und Chrysler nach Kuba im Wert von 150 Mio Dollar. Eine Verweigerung der Lizenz hätte u.U. eine Verstaatlichung der Tochtergesellschaften durch die argentinische Regierung ausgelöst. (SZ)

Argentinien

Laut NZZ vom 4.4.74 war die Wachstumsbilanz Argentiniens in den vergangenen zehn Jahren durchgehend positiv. Im vergangenen Jahr stieg das Pro-Kopf-Einkommen um 3,3 % (Verteilungsgesichtspunkte bleiben bei dieser Zahl unbeachtet). Der Handelsbilanzüberschuß betrug 1973 960 Mill Dollar (1972: 36 Mill Dollar) Durch die hohen Weltmarktpreise für Brotgetreide, Mais und Fleisch wirkten sich die "Terms of Trade" für Argentinien günstig aus. Verträge über wirtschaftliche Zusammenarbeit wurden mit verschiedenen osteuropäischen Ländern und Kuba abgeschlossen. (NZZ 11.3. und 5.5.)

Während der Rede Perons zum Maifeiertag, bei der er endgültig mit der linksperonistischen Jugend brach, kam es zu lang anhaltenden Straßenkämpfen, nachdem die rechten die linken Peronisten angegriffen hatten. Dem allgemeinen Rechtstrend in Regierungskreisen entspricht die Berufung von Alberto Villar und Luis Margaride zu Polizeichefs, die während der Militärdiktatur für Polizeiaktionen verantwortlich gewesen waren. (NZZ/SZ 4.5.74)

16.3.74
Ein vom Parlament verabschiedetes Gesetz sieht die Ernennung der Universitätsrektoren durch Präsident Peron vor. Zudem sollen alle Lehrpläne überprüft werden. (SZ)

27.3.74
Sieben Bankinstitute - ganz oder teilweise in ausländischem Besitz - wurden gegen Entschädigung enteignet. (NZZ)

31.3.74
Gespräche zwischen Regierung, Gewerkschaften und Industriellen dienten dazu, den "Sozialpakt" zu erneuern. Das Ergebnis besteht zwar in einer Lohnerhöhung ab 1.4. um 13 %, aber den Unternehmern wird nur eine bestimmte Preispolitik empfohlen, und nicht - wie bisher - verhindert, daß höhere Lohnkosten auf die Preise abgewälzt werden. Höhere Tarife für Treibstoff, Elektrizität und Transport sind ebenfalls ab 1.4. geplant. (NZZ)

1.4.74
Der argentinische Verlegerverband protestierte gegen die Bedrohung der Pressefreiheit, die sich z.B. durch bewaffnete Überfälle auf Zeitungsverlage und Verbot der sozialistischen Tageszeitung "El Mundo" Anfang März äußert. (NZZ)

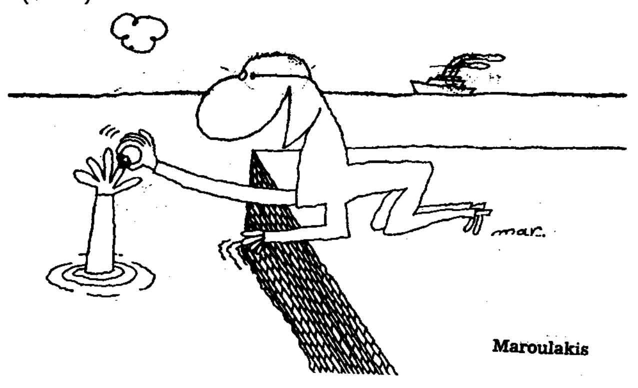
2.4.74
Die Eisenbahnergewerkschaft forderte ihre Mitglieder zum unbefristeten Streik auf, um gegen die Absetzung des Generalsekretärs der Gewerkschaft, Adolfo Medina, durch rechtsperonistische Politiker zu protestieren. (SZ)

18.4.74
Das Verbot der Zeitung "El Mundo" wird von einem Gericht aufgehoben. (SZ)

13.5.74
Das Wirtschaftsministerium hat die Elektrizitätsfirma CIA ermächtigt, ihre Stromtarife um 28 % zu erhöhen. Die Aktien der Gesellschaft sind mehrheitlich in Schweizer Besitz. (NZZ)

Bolivien

21.3.74
51 politische Gefangene, die während des Bauernaufstandes im Januar inhaftiert worden waren, wurden freigelassen. Die Bauern hatten damals gegen die Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen protestiert. 18 Mitglieder der sozialistischen Organisation MIR (Movimiento de la Izquierda Revolucionaria) wurden festgenommen. (NZZ)



24.3.74
Das Zentralbüro der katholischen Bewegung "Gerechtigkeit und Frieden" in Rom verfügt über ein Dokument, in dem von einem Massaker án ca. 100 Bauern in der Provinz Cochabamba berichtet wird. Das Massaker hatte sich während des Bauernaufstandes ereignet. (NZZ)

21.4.74
In Argentinien lebende bolivische Exilpolitiker gründeten eine gegen die Diktatur in Bolivien gerichtete "Linksfront". Ihr gehören Sozialisten, Kommunisten und Mitglieder des linken Flügels der Revolutionären Nationalistischen Bewegung (MNR) an. Der rechte MNR-Flügel ist an der Regierung Banzer beteiligt. (NZZ)

29.4.74
Der während der Bauernunruhen verhängte Ausnahmezustand wurde um drei Monate verlängert. (NZZ)

7.5.74
Der ehemalige sozialistische bolivische Gewerkschaftler und Vizepräsident Juan Lechin, der seit dem Militärputsch von 1971 in Argentinien lebt, wurde in Buenos Aires verhaftet. (NZZ)

Brasilien

Gegen die Auslandsverschuldung Brasiliens (1973: 12,9 Mia Dollar) will die neue Regierung Geisel die Förderung der Exportwirtschaft und des Zustroms ausländischen Kapitals bei niedrig gehaltenen Löhnen einsetzen. Der geplante Ausbau der Infrastruktur im Landesinnern soll der Ausbeutung von Bodenschätzen, v.a. von Rohöl, dienen. Das "brasilianische Wirtschaftswunder" - von dessen Erfolgen freilich nur die Besitzenden im Inland und die ausländischen Monopole profitieren - soll durch die Kommerzialisierung der Landwirtschaft weitergeführt werden. (NZZ 7.4.74)

Um neue Liefer- und Absatzmärkte zu erschließen, bemüht sich Brasilien um Investitionen arabischer Länder und um Verbesserung der Beziehungen zu osteuropäischen Ländern und China. (NZZ 9.5.74)

Im Innern steht die neue Regierung Versorgungsschwierigkeiten und einer galoppierenden Inflation gegenüber, verstärkt durch Bodenspekulation und spekulatives Horten von Lebensmitteln durch verschiedene Banken. (SZ 24.4.74)



27.3.74
Bundeswirtschaftsminister Friderichs forderte nach seiner Rückkehr aus Brasilien deutsche Unternehmer zu verstärkten Investitionen in diesem Land auf. (NZZ)

28.3.74
Nach Angaben von Amnesty International schickte die brasilianische Regierung Folterexperten an die chilenische Militärjunta. (SZ)

3.4.74
Wegen seiner "staatsgefährdenden" Äußerungen während der Amtseinführung Geisels gegenüber dem Gast General Pinochet aus Chile wurde gegenüber Francisco Pinto - zur oppositionellen Parlamentsfraktion der "Autenticos" gehörend - ein strafrechtliches Verfahren eingeleitet. (SZ)

7.4.74
Der Regierungserklärung Geisels zufolge bleiben alle verfassungsmäßigen Rechte außer Kraft gesetzt. (NZZ)

18.4.74
Zum drittenmal in diesem Jahr wurde der Cruzeiro abgewertet. 1973 betrugen die Abwertungen insgesamt 5,36 %. (NZZ)

Die Firma Siemens will in den nächsten 5 Jahren 170 Mio DM in Brasilien investieren. Seit Kriegsende hat die Firma 150 Mio DM investiert. (SZ)

27.4.74
Die Zensurbehörde verbot den Zeitungen des Landes, über die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage zu berichten. (NZZ)

Chile

Nach Auskunft von Innenminister Genscher sind seit dem Putsch 654 Flüchtlinge in der BRD eingetroffen. 85 Personen, die wegen ihrer "revolutionären Vergangenheit" auf der Schwarzen Liste des Verfassungsschutzes stehen, erhalten nach seiner Aussage keine Einreiseerlaubnis. (NZZ 22.3.74) Die Landesregierung Baden-Württemberg hat ihre Versprechungen, chilenischen Flüchtlingen Asyl zu gewähren, bisher nicht eingelöst.
In Argentinien befinden sich mindestens 5000 Chilenen - ein großer Teil Arbeiter und Bauern -, denen von der argentinischen Regierung wahrscheinlich kein langfristiger Aufenthalt eingeräumt wird. (Chile-Nachrichten Nr. 14)

Die niedrigen Einkommen wurden um 62 % erhöht, die mittleren um 20 % (NZZ 8.5.74), aber die Preise der notwendigen Lebensmittel stiegen seit dem Putsch bis Anfang 1974 um 2000 bis 3000 %. (Le Monde 13.4.74)

Der Mangel an Wissenschaftlern vor allem an den Universitäten Chiles ist katastrophal - hervorgerufen durch politischen Terror und den Zwang zur Flucht. Soziologie und Zeitungswissenschaften sind aus dem Lehrangebot verschwunden. (Le Monde 12.4.74)
An der biologischen Fakultät der Universität von Chile (Santiago) fehlen z.B. 73 % der Hochschullehrer. (SZ 3.5.74)

Nach Le Monde vom 12.4.74 sind realistischen Schätzungen zufolge seit dem Putsch 50 - 80.000 Menschen getötet worden.

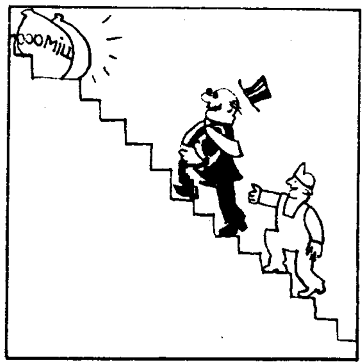
18.3.74
Der Ausnahmezustand, unter dessen Bedingungen jede Person ohne Richterspruch an einen beliebigen Ort deportiert werden kann, wurde um 6 Monate verlängert. (NZZ)

Die britische Labourregierung sagte aus Mißbilligung gegen die Junta einen Besuch britischer Flotteneinheiten in Chile ab. (NZZ)

20.3.74
Die Beisetzung des Innenministers Toha der Allende-Regierung, der angeblich im Gefängnis Selbstmord begangen hatte, wurde zu einer politischen De-

monstration, an der sich 2000 Junta-Gegner beteiligten. (SZ)

4.4.74
Chile, größter Kupferproduzent der Welt, will nach Informationen des Bergbauministers Yovane auf die Bildung eines Kupferpreiskartells zusammen mit Sambia, Zaire und Peru hinarbeiten. Unter Hinweis auf den Stop der Kupferlieferungen an Großbritannien als Reaktion auf die Einstellung britischer Entwicklungshilfe seit dem



Multis-Strategie: Gemeinsamer Weg nach oben...



...Rationalisierungsmaßnahmen...

27.3. betonte Yovane die Bedeutung von Lieferstops als politisches Druckmittel. (SZ)

10.4.74
Um die illegale Ausreise von politisch Verfolgten zu unterbinden, wurden die Kontrollmaßnahmen bei In- und Auslandsreisen erheblich verschärft. (SZ)

12.4.74
Die Lieferung von je zwei Kriegsschiffen und Unterseebooten (seit 1969 in Auftrag) bezeichnete der britische Außenminister Callaghan als endgültig letzte Waffenlieferung an Chile.

13.4.74
Die Junta entzog dem Präsidenten des Internationalen Roten Kreuzes die bereits erteilte Erlaubnis, die KZ-Insel Dawson zu besuchen. (SZ)

19.4.74
Die Hierarchie der katholischen Kirche Chiles, die im September den Putsch mehrheitlich begrüßt hatte, gerät - nicht zuletzt durch die Osterpredigt von Kardinal Silva Henriquez - mehr und mehr in Widerspruch zu dem faschistischen Terror. (SZ/NZZ)

20.4.74
In Las Condes begannen die Prozesse gegen 67 Angehörige der Luftwaffe und Zivilisten. Sie hatten sich geweigert, den Putsch mit vorzubereiten. Durch Zulassung ausländischer Journalisten will die Junta eine ordentliche Rechtsprechung vortäuschen. Die Verteidiger hatten jedoch kaum Zeit, die Fälle zu studieren und müssen sich jeder politischen Aussage enthalten. Den Angeklagten waren durch Folterungen Geständnisse abgepreßt worden. Nach dem Kriegsrecht ist Berufung ausgeschlossen. (SZ/NZZ, Chile-Nachrichten Nr.14)

25.4.74
Der Schweizer Journalist Pierre Rieben, der für sechs Tage spurlos verschwunden war, berichtete nach seiner Rückkehr in die Schweiz, er sei im chilenischen Gefängnis gefoltert worden. (Le Monde)

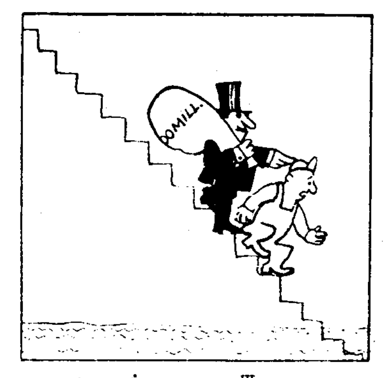
26.4.74
Die Mehrheit der chilenischen Bischofskonferenz verabschiedete eine Erklärung, in der die Bischöfe auf die schwierige wirtschaftliche Lage der Lohnabhängigen, Polizeiwillkür und die Lage der Gefangenen hinweisen. (SZ)

30.4.74
Innenminister Bonilla gab das völlige Verbot der Verbreitung politischer Nachrichten bekannt. (NZZ)

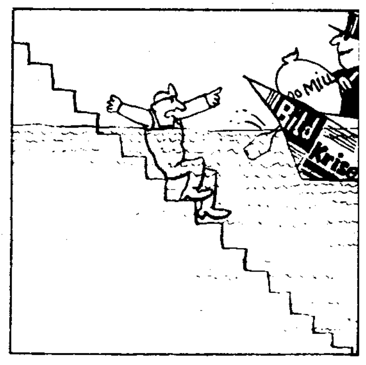
11.5.74
Fünf chilenische Flüchtlinge, die gerade das Land verlassen wollten, wurden von der Militärpolizei zum Verlassen ihres Flugzeuges gezwungen. (NZZ)

Costa Rica

6.4.74
Das Parlament verabschiedete ein Gesetz, das die Auslieferung von Ausländern erschwert. Davon betroffen



...gemeinsamer Weg nach unten...



... Betriebsstillegung

wird z.Zt. der US-amerikanische Financier Robert Vesco, der in den USA - in Zusammenhang mit der Finanzierung von Nixons Wahlkampf - der Behinderung der Justiz und des Betrugs beschuldigt wird. Er soll in Costa Rica erhebliches Kapital investiert haben. Eine Demonstration vor dem Parlamentsgebäude in San José wurde von Polizeikräften zerstreut. (SZ)

Ecuador

1.4.74
Wegen kritischer Äußerungen über die Militärdiktatur in Ecuador wurde der Vorsitzende der Christlichdemokratischen Partei O. Hurtados inhaftiert und der Generalsekretär der Sozialistischen Partei G. Oleas Zambrano in

eine Dschungelregion verbannt. (NZZ)

Kolumbien

17.4.74
Kurz vor den Präsidentschaftswahlen wurden rund 2000 Personen ("unerwünschte Elemente") in Vorbeugehaft genommen. (SZ)

23.4.74
Bei den Präsidentschaftswahlen erhielt der Kandidat der Liberalen Partei, A.L. Michelsen, die absolute Mehrheit. Seit 1958 hatten die Liberalen und Konservativen - zusammengeschlossen zur Nationalen Front - jeweils nur einen Kandidaten aufgestellt. Bis zu den Lokalwahlen 1972 waren keine Parteien anderer politischer Richtung zugelassen. Die Koalition der Nationalen Front bleibt weiterhin bestehen. (SZ/NZZ)

9.5.74
Wegen der Besetzung des Hochschulinstituts für Industrie und Technik durch die Armee kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Studenten und Sicherheitskräften. (SZ)

Mexiko

6.5.74
In Colima/Nordmexiko besetzten über 1000 Bauern eine Landwirtschaftsbehörde und traten in Hungerstreik, um die Absetzung korrupter Agrarfunktionäre und die Zuteilung von z.T. seit 40 Jahren versprochenem Land zu erreichen. (NZZ)

Paraguay

10.4.74
Die Republik Südafrika sagte der Militärjunta Paraguays Entwicklungshilfe zu. (NZZ)

Peru

22.3.74
In Bogotá, der Hauptstadt Kolumbiens, wurde die Gründung einer peruanischen Exilregierung bekanntgegeben, die die Wiederherstellung einer demokratischen Verfassungsordnung fordert. (SZ)

17.4.74
Die Nachrichtenagentur Latin wurde verboten, da sie eine "ständige und heimtückische" Kampagne gegen die Regierung geführt habe. Die Agentur arbeitet mit den rechtsgerichteten Zeitungen des Kontinents zusammen. (SZ)

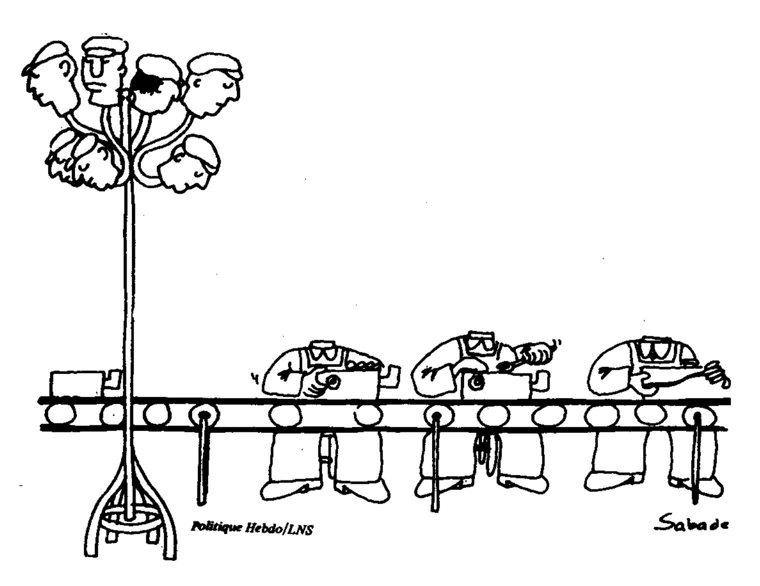
Puerto Rico

26.4.74
Die Optischen Werke G. Rodenstock (München) wollen noch in diesem Jahr einen Betrieb in Puerto Rico gründen. Wegen der gestiegenen Lohnkosten, die durch Rationalisierung nicht aufgefangen werden können, sieht sich die Firma zur Auslagerung der Produktion in ein Niedriglohnland veranlaßt. Damit soll der Export in die USA gesichert werden. (SZ)

Uruguay

Die niedrigen Weltmarktpreise für Wolle bringen die uruguayische Textilindustrie in eine schwere Krise und machten bereits 3000 Textilarbeiter arbeitslos. Dazu kommt ein Interessenkonflikt zwischen Schafzüchtern und verarbeitender Industrie. Erstere fordern die Aufhebung des Exportverbots für Rohmaterial, da ihnen die einheimische Industrie zu niedrige Preise zahle. Das Exportverbot war im Dezember 1973 verhängt worden, um den Export von Fertigwaren zu fördern. Die Industrie, die - um sich niedrige Kosten zu sichern - gegen Aufhebung des Verbots ist, kann das erhöhte Angebot an Rohmaterial nicht auffangen.
(NZZ 23.3.74)

7.4.74
Wegen Verbreitung kritischer Nachrichten über die regierende faschistische Militärjunta wurde die Zeitung "El Faro" verboten. (NZZ)
Die letzten sozialistischen Zeitungen waren Ende 1973 verboten worden.



12.4.74
Wegen der schwierigen Ausfuhrlage für Rindfleisch verbot die Regierung die Schlachtung von Rindern bis auf weiteres. Anlaß dazu war die Drosselung der Rindfleischeinfuhr durch die EG und die Zollpolitik Italiens und Frankreichs. (NZZ)
Uruguays Exporte bestehen zu über 60 % aus Wolle und Fleisch.

18.4.74
General Liber Seregni, Präsidentschaftskandidat der Linkskoalition von 1961, wurde von einem Militärgericht zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, da er an einer Demonstration gegen den Militärputsch im vergangenen Juni teilgenommen hatte. (Le Monde)

CHILE

STRUKTUREN DER VOLKSMACHT IN CHILE BIS ZUM PUTSCH

von Helga Bohdal, Wien

Vorbemerkung

Nach der schweren Niederlage, die die chilenische Arbeiterbewegung im September vorigen Jahres erlitten hat, beginnt die revolutionäre Linke Chiles, sich unter den neuen Bedingungen der Illegalität, trotz ständiger Verfolgung durch die faschistische Junta und trotz Beseitigung aller politischen und gewerkschaftlichen Rechte zu reorganisieren und eine Strategie und Taktik gegen den faschistischen Terror zu entwickeln. Sie stützt sich dabei auf eine langjährige Kampftradition und auf die Erfahrungen einer dreijährigen Klassenauseinandersetzung, in der sich die Arbeiter- und Bauernmassen in vom bürgerlichen Staat unabhängigen Machtorganen zusammengeschlossen und ein höheres politisches Bewußtsein als je zuvor erreicht haben.

Zusammenfassende Darstellung der Volksmachtbewegung und ihrer Gegner

Das chilenische Volk hatte in den letzten Jahren der Frei-Regierung einen verstärkten Kampf gegen die Verschlechterung seiner Lebensbedingungen, gegen die Einschränkung seiner politischen und gewerkschaftlichen Rechte, gegen die elenden Wohnbedingungen und gegen die zu langsame Verwirklichung der Bodenreform geführt. Unter Frei waren Streiks, Demonstrationen, Besetzungen von Baugrund und Latifundien immer wieder im Blut erstickt worden. Durch den Regierungsantritt der Unidad Popular übernahmen die chilenischen Arbeiterparteien die Kontrolle über einen Teil des bürgerlichen Staatsapparates. Unter diesen Bedingungen konnten sich die Kämpfe der Arbeiter, Bauern und Pobladores (1) entwickeln, ohne ständigen Repressionen ausgesetzt zu sein. In den Kämpfen, die das Volk während der dreijährigen Regierungszeit der Unidad Popular für die Verbesserung seiner Lebensbedingungen, für die Ausweitung des verstaatlichten Sektors, für die Kontrolle über Produktion und Verteilung, gegen die Sabotage der Latifundisten und der Industriebourgeoisie und gegen die Übergriffe paramilitärischer faschistischer Gruppen führte, schmiedete es sich vom bürgerlichen Staat unabhängige Machtorgane als Instrument zur Durchsetzung seiner Forderungen. Trotz unterschiedlichem Entwicklungsstand waren diese Organisationen durch gemeinsame Merkmale charakterisiert. Es waren Machtinstrumente der Massen, die den Willen der Massen zum Ausdruck brachten. Die in diese Organe gewählten Vertreter waren der Basis verantwortlich und von ihr jederzeit abberufbar. Die Organe der Volksmacht waren ein Sammelpunkt von Arbeitern, Bauern und Pobladores aller politischen Richtungen, sie waren der Ort, an dem die revolutionäre Linke die Massen von der Richtigkeit ihrer Strategie und Taktik überzeugen konnte, an dem sie gestützt auf konkrete Erfahrungen den Einfluß konservativer und reformistischer Ideologien auf die Massen bekämpfen konnte.

In dieser Situation der verschärften Klassenkämpfe verfolgten die Parteien der Unidad Popular entgegengesetzte Strategien. Die revolutionären Tendenzen innerhalb der Unidad Popular (repräsentiert von der Mehrheitsfraktion der Sozialistischen Partei, der MAPU und der Christlichen Linken) sahen in der Kontrolle der chilenischen Arbeiterparteien über einen Teil des bürgerlichen Staatsapparates eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Die Existenz einer Regierung der Arbeiterparteien änderte aber nichts am Klassencharakter des bürgerlichen Staates, sie schuf nur günstigere Voraussetzungen für die Entstehung einer Situation der Doppelherrschaft, für die schrittweise Entwicklung von Volksmachtorganen, die den bürgerlichen Staatsapparat seiner Funktionen berauben und ihn schließlich mit Waffengewalt zerschlagen müßten. Dementsprechend förderten die MAPU, die Christliche Linke und die linken Sozialisten in Zusammenarbeit mit der MIR die Entstehung und Entwicklung der Volksmachtorgane, wobei sie oft in Widerspruch zur offiziellen Regierungspolitik gerieten. Die reformistischen Tendenzen (organisiert in der Kommunistischen Partei, der Radikalen Partei und im rechten Flügel der Sozialistischen Partei) betrachteten den bürgerlichen Staatsapparat als neutrales Instrument, das jeder Klasse für die Durchsetzung ihrer Interessen dienen könnte. Ausgehend von ihrer Position in der Regierung müßten sich die Arbeiterparteien Zugang zu allen Instanzen des bestehenden Staatsapparates verschaffen und mit seiner Hilfe den Aufbau des Sozialismus beginnen. Da diese Sektoren der Unidad Popular die Einhaltung der bür-

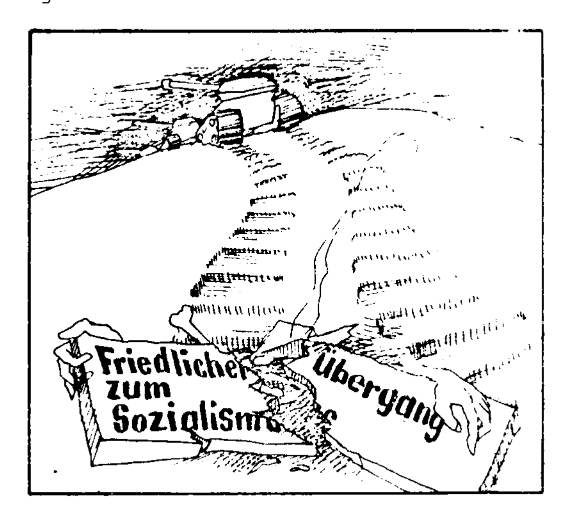
gerlichen Legalität zum unumstößlichen Prinzip erhoben hatten, behinderten und verurteilten sie den Aufbau der Volksmachtorgane. In allen entscheidenden Phasen der Klassenauseinandersetzung gelang es reformistischen Tendenzen, ihre Linie innerhalb der Regierung durchzusetzen. Nichtsdestoweniger wurde die Regierung durch die Angriffe der Konterrevolution gezwungen, die Mobilisierung der Massen zeitweise zu fördern. Die reformistische Vorherrschaft in der Regierungskoalition tendierte aber dazu, diese Mobilisierung einzuschränken und ihr einen rein defensiven Charakter zu verleihen.

Von der reaktionären Mehrheit im Parlament, den bürgerlichen Gerichten und Massenmedien und paramilitärischen faschistischen Organisationen wütend bekämpft, mußte sich die Regierung in Phasen der schärfsten Auseinandersetzungen auf die Mobilisierung der Arbeiter und Bauern stützen, um ihr Regierungsprogramm durchzuführen und ihren Sturz zu verhindern. Sobald die Gegner der Unidad Popular, geschwächt durch die Kraft der Massen, zu einem vorläufigen Rückzug gezwungen wurden, ging die Regierung zur Demobilisierung über und verschaffte so dem Gegner eine Atempause, die ihm erlaubte, neue Kräfte zu sammeln und zu einem späteren Zeitpunkt wieder in die Offensive zu gehen.

Dennoch konnte die Regierung die Massenbewegung nie vollständig unter ihre Kontrolle bringen und nach ihren reformistischen Vorstellungen manipulieren. Die Volksmachtorgane entwickelten eine zunehmende Autonomie von der Regierung; in konkreten Aktionen bekamen die Massen ein immer klareres Bewußtsein von der Notwendigkeit, ihre Macht zu festigen. Den revolutionären Organisationen in- und außerhalb der Unidad Popular gelang es jedoch nicht, die Initiative an sich zu reißen und die Massen in die Auseinandersetzung mit dem Klassenfeind zu führen, deren Unvermeidbarkeit im "Unternehmerstreik" im Oktober 1972 zu einer greifbaren Erfahrung wurde. Die Zerschlagung der Volksmachtorgane durch die Konterrevolution ist das Ergebnis des Fehlens einer Avantgarde-Organisation, die imstande gewesen wäre, den Kämpfen eine Orientierung zu geben, das Kräftsverhältnis in jeder Phase abzuschätzen, vor der Übermacht der Gegner einen geordneten Rückzug einzuleiten und rasch und entschlossen zuzuschlagen, sobald die Gegner schwach und uneinig sind.

Die Entwicklung der Volksmacht und der hohe Stand des politischen Bewußtseins beweist aber die Fähigkeit der Volksmassen zur Selbstorganisation, ihre Fähigkeit, sich in Machtorganen zusammenzuschließen, auch ohne starke und einheitliche politische Führung. Die Volksmachtorgane traten immer wieder gegen die Offensive der Reaktion und gegen die Demobilisierungsversuche und die Kompromißbereitschaft der Regierung in Aktion und befreiten sich mehr und mehr vom Einfluß reformistischer Illusionen.

Während der ersten beiden Regierungsjahre der Unidad Popular entwickelten sich besonders in jenen Poblaciones (2), die aus Bodenbesetzungen hervorgegangen waren, Machtorgane, in denen die Pobladores Aufgaben des Gesundheitswesens, des Bildungswesens, der Versorgung, der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und die Verteidigung gegen faschistische Banden übernahmen. In vielen Fällen wurde die Bekämpfung der Kriminalität unter Ausschaltung der bürgerlichen Gerichte von den Pobladores selbst in die Hand genommen. Alle Organe wurden durch die Vollversammlung der Pobladores gewählt, die auch über wichtige Entscheidungen abstimmte. Sie arbeiteten unter der ständigen Kontrolle der Vollversammlung.



Die Unidad Popular hielt an ihrem Bestreben, die Mittelklassen für sich zu gewinnen, unbeirrbar fest, auch nachdem ihre umworbenen Bündnispartner nahezu geschlossen ins Lager der Reaktion übergelaufen waren. Sie mußte daher darauf verzichten, ein System der Rationierung einzuführen, das das Konsumniveau der Mittelklassen eingeschränkt hätte.

Doch die Verknappung von lebenswichtigen Konsumgütern, die durch die Sabotage in der Produktion und die Entwicklung des Schwarzmarktes entstanden war, zwang die Unidad Popular schon Mitte 1971 dazu, den Massen ein Minimum an Kontrolle über die Verteilung zu gewähren. Auf Betreiben der Regierung wurden in Arbeitervierteln die Räte für Preiskontrolle und Versorgung (JAP) gegründet, die in Zusammenarbeit mit den staatlichen Verteilungsorganisationen die Versorgung der Bevölkerung sicherstellten. Ihre Aufgabe war die Kontrolle der Preise und die Verhinderung von Spekulation. Bis Oktober 1972 beteiligten sich fast ausschließlich die Aktivisten der Ar-

beiterparteien an den JAP. Erst im Oktoberstreik wurde die breite Masse des Volkes in die Verteilung einbezogen, die privaten Händler ausgeschaltet oder unter die Kontrolle der JAP gestellt und ein inoffizielles System der Rationierung eingeführt, das die Versorgung aller Familien mit den wichtigsten Konsumgütern erlaubte.

Bauernräte

Im Dezember 1970 legalisierte die Unidad Popular die Errichtung von Bauernräten, die die Bauern für die Agrarpolitik der Regierung mobilisieren sollten. Die Räte waren als Vermittlungsorgane zwischen den Bauern und der Regierung gedacht, ihre Aufgabe war es, Vorschläge zu Fragen der Preis-, Kredit- und Vermarktungspolitik zu formulieren. Wahlberechtigt waren nur gewerkschaftlich organisierte Bauern und Mitglieder der Agrarreformzentren. In jenen Gebieten, in denen die Bauern die härtesten Kämpfe gegen die Latifundisten, die bürgerliche Justiz und die Polizei geführt hatten - insbesondere im Süden des Landes - gingen die Bauern über diese Mitbestimmungsvorstellungen der Regierung weit hinaus. Sie errichteten Bauernräte, die von allen Landarbeitern und Kleinbauern gewählt wurden, der Basis verantwortlich und jederzeit abberufbar waren. Sie forderten von der Regierung eine Novellierung des Bodenreformgesetzes nach einer breiten Diskussion der Reformvorschläge in den Bauernräten. Von Beratungsorganen der Regierung sollten die Bauernräte zu selbständigen Machtorganen werden mit Kontrolle über die Vergabe von landwirtschaftlichen Krediten, Entscheidungsgewalt über die Enteignung von Boden und über alle konkreten Probleme, die die Bauern betreffen.

Kommunalkommando Cerrillos-Maipu

Die Sabotage der Produktion, mit der die Bourgeoisie auf den Regierungsantritt der Unidad Popular reagierte, Steuerhinterziehungen und die Nichteinhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlöhne und arbeitsrechtlichen Bestimmungen führten zu einer Welle von Fabriksbesetzungen, durch die die Arbeiter von der Regierung die Nationalisierung ihrer Unternehmen erzwingen wollten. Aus der Besetzung einer Aluminiumfabrik in Cerrillos im Westen von Santiago, zu der sich Arbeiter, Bauern und Pobladores mobilisiert hatten, entstand Mitte 1972 eine dauerhafte Organisationsstruktur, die in ähnlicher Form während der Oktoberkämpfe im ganzen Land auftauchen sollte - das Kommunalkommando Cerrillos-Maipu. Das Kommando entstand in einer Atmosphäre des tiefen Mißtrauens und der Beunruhigung der Arbeiterklasse. Die Unidad Popular hatte auf Drängen der Kommunistischen Partei Verhandlungen mit der Christdemokratischen Partei aufgenommen, die trotz offensichtlicher Kompromißbereitschaft der Unidad Popular später erfolglos abgebrochen wurden. Ein Übereinkommen mit der Christdemokratischen Partei hätte die Reprivatisierung von Unternehmen, die Repression von Besetzungsbewegungen bedeutet, kurz das Einfrieren der Klassenkämpfe. Auf diesen Versuch der Klassenversöhnung antworteten die Arbeiter, Bauern und Pobladores des Kommando Cerrillos-Maipu mit einem Programm, das die wichtigsten Forderungen der revolutionären Linken aufgriff:

- Unterstützung der Regierung, soweit sie sich zum Sprachrohr der Kämpfe der Arbeiter und Bauern macht;
- Enteignung von Unternehmen, deren Kapital über 40 Millionen Esc. liegt;
- Errichtung der Arbeiterkontrolle in allen Fabriken, landwirtschaftlichen Unternehmungen, Bergwerken etc., jederzeitige Abberufbarkeit der Delegierten;
- Auflösung des bürgerlichen Parlaments und der bürgerlichen Gerichte, Errichtung einer Volksversammlung;
- Enteignung aller landwirtschaftlichen Betriebe über 40 ha;
- Errichtung eines staatlichen Bauunternehmens;
- automatische Lohnerhöhungen bei mehr als 5 %iger Steigerung der Lebenshaltungskosten.

"Unternehmerstreik" und Entwicklung der Volksmachtorgane

Bis Herbst 1972 blieben die Volksmachtorgane auf bestimmte Sektoren des Volks und bestimmte Regionen beschränkte Instrumente, mit denen das Volk die noch wenig organisierten Angriffe der Reaktion zurückschlagen konnte. Die Volksmacht wurde erst zur kollektiven Erfahrung der Massen in ganz Chile, als die Reaktion unter der Führung der Christdemokratischen und Nationalen Partei im "Unternehmerstreik" zur Generaloffensive gegen die Unidad Popular überging. Schon im September 1972 kündigten Demonstrationen und Attentate der extremen Rechten den bevorstehenden Zusammenprall der Klassen an. Gerüchte über einen geplanten Staatsstreich waren im Umlauf. Vor der Gefahr eines faschistischen Putsches riefen das Exekutivkomitee der Unidad Popular und der chilenische Gewerkschaftsbund alle Arbeiter und Bauern dazu auf, einem faschistischen Umsturz mit einem Generalstreik und der Besetzung aller Fabriken, landwirtschaftlichen Betriebe und Dienstleistungsbetriebe entgegenzutreten. Die Arbeiter und Bauern wurden aufgefordert, sich in Verteidigungskomitees gegen einen Putsch zu mobilisieren.

Im Oktober unternahm die herrschende Klasse mit der aktiven Unterstützung der um sie gesammelten Kleinbourgeoisie den Versuch, ihre wirtschaftlichen Machtpositionen zurückzuerobern und ihre angeschlagene politische Macht wieder abzusichern. Die Interessensvertretung der Transportunternehmer rief ihre Mitglieder zu einem unbefristeten Streik auf. Dem Streik schlossen sich die Einzelhändler, Staatsbeamte und die Mehrheit der Ärzte an. Repressalien gegen arbeitswillige Transportunternehmer und Chauffeure, Terroraktionen gegen deren Lastwagen und die Sabotage des Eisenbahnnetzes sollten eine totale Lähmung der Güterverteilung herbeiführen. Der große Durchbruch - die Ausdehnung des Streiks auf die Produktion - mißlang jedoch.



Die Unternehmer versuchten, die Arbeiter mit Aussperrungen und Bestechung - in manchen Fällen wurden mehrere Monatsgehälter geboten - zur Arbeitsniederlegung zu bewegen, um damit den Klassencharakter des Aufstandes zu verschleiern und ihn als Ausdruck der Unzufriedenheit aller Klassen mit der Politik der Unidad Popular hinzustellen.

Auf den konzertierten Angriff der Klassengegner antwortete das chilenische Volk mit der massiven Mobilisierung aller Kräfte. Organisiert in den Kommunalkommandos übernahmen die Arbeiter, Pobladores, Bauern und Studenten die Öffnung von Fabriken, die Organisation der Produktion in Abwesenheit der Unternehmer und der meisten höheren Angestellten, die Verteilung von Rohstoffen und Konsumgütern, den Schutz arbeitswilliger Transportunternehmer und Chauffeure gegen faschistische Übergriffe, die Verteidigung der Fabriken und eine minimale medizinische Betreuung der Bevölkerung. Die Kommunalkommandos waren lokale Machtorgane, die aus dem Bündnis aller Sektoren des Volks - der Arbeiter, Bauern, Pobladores und gewisser Teile der Kleinbourgeoisie - hervorgingen. In einer späteren Phase - besonders nach dem Putschversuch vom 29. Juni - wurde versucht, Unteroffiziere und Soldaten in die Kommandos einzugliedern. Die Kommunalkommandos fungierten als Koordinationsorgane für alle Kämpfe, die auf verschiedenen Gebieten innerhalb der Gemeinde geführt wurden. Ein Artikel in der Zeitschrift Punto Final umreißt das Organisationsschema der Kommandos, das mit gewissen Abwandlungen überall in Chile auftrat:

"Die Zelle des Kommunalkommandos ist die <u>Basisversammlung</u> an den verschiedenen Massenfronten. Es handelt sich um eine beschlußfassende Körperschaft, die sich zu den verschiedenen Problemen ausspricht, die innerhalb des Kommandos im Delegiertenrat und in anderen Organen diskutiert und gelöst werden. Diese Basisversammlungen bestehen in den Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten, den Organisationen der Pobladores, Studenten, der Kleinbourgeoisie und Bauern.

Die Basisversammlung bestimmt ihre Vertreter in den Delegiertenrat, die der Kontrolle durch die Versammlung unterstehen und von ihr jederzeit abberufbar sind.

Der <u>Delegiertenrat</u> übt sowohl legislative als auch exekutive Gewalt aus und trifft seine Entscheidungen mit Mehrheitsbeschluß auf der Grundlage des Mandats der Basisversammlungen.

Das Volk muß zu seinem eigenen Gesetzgeber werden und so auf Gemeindeebene beginnen, seine eigene Legalität zu entwickeln.

Der Delegiertenrat ernennt ein <u>Direktionskomitee</u>, das organisatorische und exekutive Aufgaben erfüllt. Die Mitglieder des Direktionskomitees können ebenfalls von Delegiertenrat jederzeit abgewählt werden.

Die Mitglieder des Delegiertenrates arbeiten in verschiedenen <u>Kommissionen</u>, die für das Funktionieren des Kommandos notwendig sind: Kommission für Verteidigung, Gesundheitswesen, Erziehung, Arbeiterkontrolle, Transportwesen, Versorgung, Rechtsprechung, Propaganda etc.

Die Kommunalkommandos sind politische Institutionen der Arbeiterklasse und des Volkes mit territorialem Charakter. Dem Kommando untersteht das gesamte Territorium der Gemeinde.

Von den Kommunalkommandos ausgehend sollen sich Kommandos organisieren, die für eine ganze Region zuständig sind und mit weiteren Funktionen und

Machtbefugnissen ausgestattet sind. Diese Rolle sollen die Provinzialkommandos spielen."

Unter den Attacken des Klassenfeindes schlossen sich die Arbeiter, Bauern und Pobladores in den Kommunalkommandos um revolutionäre Positionen fester zusammen. Das politische Programm, das von dem Kommunalkommando Vicuna Mackenna ausgearbeitet wurde, zeugt von der Entschlossenheit, mit der das Volk in den Oktobertagen kämpfte.

Hauptpunkte dieses Programms waren:

1. Die beschlagnahmten Industrieanlagen und Unternehmen sind nicht zurückzugeben, sondern in das gesellschaftliche Eigentum überzuführen.
2. Einführung der Arbeiterkontrolle in Klein- und Mittelunternehmen.
3. Stärkung der JAP, schrittweise Ausschaltung des Zwischenhandels durch Direktverkauf.
4. Produktionsplanung unter dem Gesichtspunkt des Klassencharakters der Produktion.
5. Vergesellschaftung aller Großunternehmungen.

Während sich die Einheit des Volkes festigte, machten sich in der Streikbewegung Auflösungstendenzen bemerkbar.

Händler in Arbeitervierteln begannen unter der finanziellen Belastung des Streiks und unter dem Druck der Kommunalkommandos ihre Geschäfte zu öffnen, Transportunternehmer erklärten sich bereit, ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Da die Kampfkraft des Volkes zunahm und die seiner Gegner langsam zerbröckelte, hatte die Opposition Interesse daran, die Auseinandersetzung aufzuschieben und einen künstlichen Waffenstillstand zu schließen. Indem die Regierung den reformistischen Tendenzen in ihren Reihen nachgab und mit einem geschwächten Gegner Kompromisse einging, verschaffte sie der Reaktion die nötige Ruhe, um sich von den Schlägen zu erholen und aus einer günstigeren Position den Kampf neuerlich zu beginnen.

Eine Verzögerung: Generäle in die Regierung

El Siglo, das Organ der Kommunistischen Partei, kommentiert den Eintritt der drei Militärs in die Regierung im November 1972 folgendermaßen: "Das chilenische Volk hat zurecht uneingeschränktes Vertrauen in die Streitkräfte und in ihre Tradition der Nichteinmischung in die Politik. Ihr Eintritt in die Regierung ist eine Garantie für die Aufrechterhaltung des Rechtsstaates und die normale politische Entwicklung des Landes." Die drei Militärs kamen aber weder als unabhängige Schiedsrichter in die Regierung noch boten sie sich der Unidad Popular als Instrument im Kampf gegen die herrschenden Klassen an. Ihre Funktion war es tatsächlich, den "Rechtsstaat" - vorübergehend - aufrechtzuerhalten, d.h. die bürgerliche Demokratie gegen die sich entwickelnden Organe der Volksmacht zu schützen; ihre Funktion war es, die "normale politische Entwicklung des Landes" sicherzustellen, d.h. die Demobilisierung der Massen zu erreichen, ihre Funktion war es, die Unidad Popular dazu zu bringen, Machtpositionen, die die Volksbewegung in den Oktoberkämpfen errungen hatte, aufzugeben. Das war der Preis für die Loyalität der Militärs, für ihre "Unterstützung" der Regierungspolitik. Der neue Innenminister, General Prats, kündigte einige Tage nach der Regierungsumbildung an, daß rechte Radiostationen und Zeitungen, die während des Oktoberstreiks unter Arbeiterkontrolle gestellt worden waren, an ihre früheren Besitzer zurückgegeben werden sollten. Über die Reprivatisierung von Industriebetrieben, Geschäften und Betrieben des Baugewerbes, die während der Aussperrung im Oktober von den Arbeitern besetzt und weitergeführt worden waren, sollte verhandelt werden.

Kurz nach der Aufnahme der Militärs in die Regierung wurde das staatliche Sekretariat für Verteilung und Vermarktung, das bisher von einem Sozialisten geführt worden war, einem Luftwaffengeneral unterstellt. Er wurde mit der Reorganisation der JAP beauftragt, deren Notwendigkeit prinzipiell von al-

J. Moneta, IG Metall, an die Redaktion "Antimilitarismus-Information", die ihn um eine Stellungnahme zum Chile-Artikel in iz3w Nr. 30 gebeten hatte (Moneta war im November 73 in Chile).

Da ich jetzt einige Wochen lang während des Streiks in Bremen von Frankfurt abwesend war, komme ich erst jetzt dazu, Ihr Schreiben zu beantworten, und ich stelle Ihnen anheim, es den Blättern des IZ3W zu übersenden.

Es trifft leider in der Tat zu, daß die chinesische Botschaft in Santiago jeden, der den Versuch gemacht hat, dort unterzukommen, um sich vor der Junta in Sicherheit zu bringen, strikt abgewiesen hat.

Die Rumänen haben übrigens vor kurzem der Junta eine Anleihe von 100 Millionen Dollar gegeben. Offenbar ist manchen "sozialistischen Staaten" die Aufrechterhaltung ihrer diplomatischen Vertretungen oder wirtschaftlichen Beziehungen mit der Junta wichtiger als die Solidarität mit der chilenischen Arbeiterklasse.

Mit freundlichen Grüßen

J. Moneta

len linken Organisationen bis hin zur MIR anerkannt wurde. Es bestanden in einem gewissen Ausmaß Doppelgleisigkeiten zwischen den JAP, die nach Wohnvierteln organisiert waren, und betrieblichen Verteilungskomitees, durch die manchen Arbeitern eine doppelte Ration zugeteilt wurde. Der Luftwaffengeneral löste dieses Problem auf seine Art - indem er die Kontrolle der Massenorganisationen einschränkte und versuchte, diese zu reinen Ausführungsorganen des Sekretariats für Verteilung und Vermarktung zu machen.



Die Organe der Volksmacht hatten ihre Aktivitäten in einer kurzen Zeitspanne frei entfalten können, als die Bourgeoisie ihre Funktionen im Verteilungs- und Produktionsapparat offen sabotierte. Nach ihrem Kompromiß mit der Bourgeoisie und der Herstellung eines trügerischen Klassenfriedens behinderte die Unidad Popular, die in den Volksmachtorganen nur ein Instrument zu ihrer eigenen Verteidigung sah, die Konsolidierung und weitere Entwicklung der Volksmacht.

Trotz aller Demobilisierungsversuche der Regierung traten die Volksmachtorgane im Januar 1973 gegen einen Gesetzesentwurf in Aktion, der weitere Zugeständnisse an die Bourgeoisie vorsah. Während des Oktoberstreiks enteignete Betriebe sollten reprivatisiert werden, soweit es sich nicht um Industrien handelte, die für die wirtschaftliche Entwicklung von besonderer Bedeutung waren. Die Autoren des Gesetzesentwurfs hatten nicht mit der Entschlossenheit der Arbeiter gerechnet, einmal erkämpfte Positionen zu verteidigen. Nach Bekanntwerden des Entwurfs demonstrierten Arbeiter des Industriegürtels von Santiago gegen die angekündigten Reprivatisierungen und errichteten Barrikaden. Die Sozialistische Partei und die MAPU stellten sich hinter die Forderungen der Arbeiter und verpflichteten sich, keine Reprivatisierungen gegen den Willen der Arbeiter zuzulassen. Unter dem Druck der Volksmachtorgane wurde der Gesetzesentwurf nach harten Auseinandersetzungen innerhalb der Unidad Popular Ende Februar 1973 zurückgezogen.

Unter dem Eindruck der Oktoberkämpfe begann die Kommunistische Partei ihre Einstellung zu den Volksmachtorganen zu revidieren. Während sie bis zum Unternehmerstreik die ansatzweise bestehenden Volksmachtorgane als "anarchistische Hirngespinste" denunziert und bekämpft hatte, sah sie ab Oktober in gewissen Organen der Volksmacht eine wichtige Waffe der Regierung gegen die Reaktion und ein Druckmittel in den Händen der Arbeiterparteien, um nach der Regierung auch die legislative und richterliche Gewalt des bürgerlichen Staates zu erobern. In keiner Phase anerkannte sie die Volksmachtorgane als Keimzellen eines neuen Machtapparates, der in Opposition zum bürgerlichen Staat steht. In keiner Phase beteiligte sie sich an den Volksmachtorganen mit der Perspektive der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates.

Weitere Verschärfung der Auseinandersetzungen und das vorläufige Ende

Als die Unidad Popular nach einer Phase der Demobilisierung, die bis nach den Parlamentswahlen andauerte, im April 1973 die Industriekordone zu reaktivieren begann, beabsichtigte sie ebenfalls nichts anderes, als sich ein Instrument zu ihrer Verteidigung zu schaffen. Die Industriekordone waren Organe des Proletariats, in die die Arbeiter der Industrien und gewerblichen Betriebe ihre Delegierten entsandten. Der Aufbau der Kordone wurde von der Regierung in der Erwartung eines Putschversuches und einer darauf folgenden kurzfristigen militärischen Auseinandersetzung vorangetrieben. Die Regierung nahm an, daß sich im Falle eines Putschversuches eine große Anzahl verfassungstreuer Offiziere auf ihre Seite stellen würden. Gestützt auf die in den Industriekordonen organisierten Arbeiter würden die verfassungstreuen Teile der Streitkräfte die Angriffe der Putschisten rasch zurückschlagen. Die Arbeiterparteien könnten nach dem militärischen Sieg über die faschistischen Sektoren der Opposition mit den nichtputschistischen Teilen der Rechten verhandeln und ihre politischen Positionen aufrechterhalten, ohne den bürgerlichen Staatsapparat anzutasten.

Der neueste Flüsterwitz, den man sich unter sicheren Freunden in Santiago erzählt: "Wenn Präsident Alessandri die Chilenen ansprach, sagte er: 'Bürger' (ciudadanos), Präsident Frei 'Kameraden' (camaradas), Präsident Allende 'Genossen' (companeros); der Präsident der Militärjunta, General Pinochet, sagt'Überlebende'!"
(Le Monde 12.4.74)

Die MIR, MAPU und der linke Flügel der Sozialistischen Partei kritisier-

ten dieses Konzept und förderten ihrerseits die Reorganisation der Kommunalkommandos, in denen alle Sektoren des Volks effektive Macht ausüben und ihre eigene Legalität entwickeln sollten und sich auf eine langandauernde militärische Auseinandersetzung vorbereiten könnten. Die Industriekordone sollten nicht als selbständige Organisationsstruktur bestehen, sondern in die Kommandos integriert werden und dem Proletariat ermöglichen, im Kommando die Führung zu übernehmen.

Nach einer Phase des langsamen Aufbaus der Volksmachtorgane löste der Putschversuch eines Panzerregiments in Santiago am 29. Juni 1973 eine neue Mobilisierungswelle aus, durch die sich die Kommunalkommandos sprunghaft entwickelten. Vor der Gefahr einer Unterdrückung der Volksbewegung durch das Militär beteiligten sich die Arbeiter, Bauern und Pobladores in allen Teilen des Landes massiv an den Aktivitäten der Kommunalkommandos, besetzten Fabriken und Agrarreformzentren, errichteten Brigaden zur Bewachung und Verteidigung und forderten die Regierung auf, vor der Reaktion nicht zurückzuweichen, alle putschistischen Offiziere abzusetzen, die Soldaten und Unteroffiziere zur Befehlsverweigerung gegenüber regierungsfeindlichen Offizieren aufzurufen und die Massen auf die zu erwartende militärische Auseinandersetzung vorzubereiten. Die Regierung setzte sich über diese Forderungen hinweg. Sie verzichtete darauf, der Massenbewegung eine politische und militärische Führung zu geben, sie nahm stattdessen Verhandlungen mit den Christdemokraten auf und schuf damit Verwirrung und Entmutigung unter den Massen. Kostbare Zeit verstrich, in der sich die Reaktion organisieren, ihre Kräfte für die bevorstehende Auseinandersetzung mit dem Volk sammeln und sich auf den Bürgerkrieg vorbereiten konnte; eine Zeit, in der es der Reaktion gelang, einen neuen Streik der Transportunternehmer zu organisieren; eine Zeit, in der die Soldaten unter dem Deckmantel des Gesetzes über die Waffenkontrolle systematisch auf die Unterdrükkung des Volkes vorbereitet wurden, Militäreinheiten in die Fabriken, Partei- und Gewerkschaftslokale eindrangen, Arbeiter einschüchterten und massakrierten; eine Zeit, in der sich die Kluft innerhalb der Unidad Popular vertiefte, deren revolutionäre Tendenzen auf die Vorbereitung des militärischen Kampfes drängten, während die Reformisten noch immer auf eine Lösung unter Wahrung der bürgerlichen Legalität bestanden. In dieser Situation, in der nur noch wenig Zeit für die Reorganisation der Linken und die Vorbereitung auf die entscheidende Auseinandersetzung blieb, riefen die Kommunalkommandos von Santiago in ihrem Augustmanifest zu einem konsequenten Vorgehen gegen die Reaktion auf:

"Wir rufen die Arbeiterklasse und das Volk auf:

- alle Sektoren des Volkes – die Bauern, Pobladores und Studenten – in den Kommunalkommandos um die Arbeiterklasse zusammenzuschließen und den Kampf gegen die Offensive der Bourgeoisie zu führen;
- die bestehenden Kommunalkommandos zu demokratisieren und ihre Tätigkeit in einem Provinzialkommando zu koordinieren, das alle Kommunalkommandos zusammenfaßt;
- sich zu mobilisieren, um ihren unerschütterlichen Widerstand gegen die Rückgabe von Unternehmen an die Kapitalisten zu zeigen und die Gesetzesentwürfe von Hamilton-Fuentealba und Moreno entschieden zu bekämpfen; weder die Kapitalisten noch die Christdemokraten können heute dem Volk ihren Willen aufzwingen;



- gegen die Verfolgung und Unterdrükkung des Volkes zu kämpfen: deshalb rufen wir dazu auf, gegen das Gesetz über die Waffenkontrolle, das den Kapitalisten als Vorwand für die Unterdrückung des Volkes dient, entschieden aufzutreten;
- wir rufen das ganze Volk auf, für die Absetzung putschistischer Offiziere zu kämpfen. Wir müssen uns mobilisieren, um die Unteroffiziere und Soldaten aller Teile der Streitkräfte, die Karabinieros und alle

Offiziere, die dem Volk freundlich gesinnt sind, auf unsere Seite zu bringen.

Wir rufen dazu auf, mit jeder Mobilisierung, jeder Demonstration und jeder Rede dazu beizutragen, unsere Brüder in Uniform für die Sache des Volkes zu gewinnen.

Wir rufen die Arbeiter, Bauern, Studenten, Pobladores und das Volk in Uniform dazu auf, jedem Versöhnungsversuch, jeder Reprivatisierung von Betrieben, jedem Lösungsversuch, die nicht von uns und von unseren Organisationen - von der Macht und der Entscheidung der Unterdrückten - unterstützt wird, entschieden entgegenzutreten.

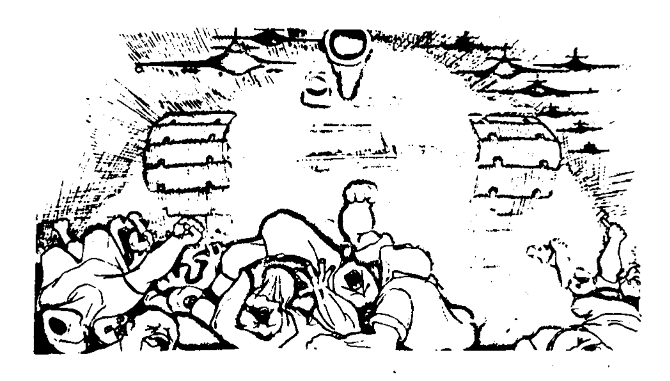
Wir rufen dazu auf, jede Konzession gegenüber unseren Feinden, den Unternehmern und ihren Lakaien zu denunzieren und zu bekämpfen.

Wir rufen die Arbeiterklasse und das Volk, alle Revolutionäre und die gesamte Linke dazu auf, mit Nachdruck ein revolutionäres Programm der Arbeiterklasse und des Volkes in der Gemeinde zu vertreten.

Wir rufen dazu auf:

- die Arbeiterkontrolle in den Betrieben des vergesellschafteten Sektors und in den privaten Klein- und Mittelbetrieben durchzusetzen, alle großen Fabriken und alle Verteilungszentren in der Gemeinde zu enteignen, um die Verknappung von Konsumgütern, die die Unternehmer hervorrufen, zu bekämpfen;
- die Volkskontrolle über die Verteilung durchzusetzen; die Schaffung von JAP's und Volkskaufhäusern, deren Tätigkeiten von der Versorgungskommission des Kommunalkommandos koordiniert werden, im ganzen Land voranzutreiben;
- die strengste Rationierung von lebensnotwendigen Konsumgütern durchzusetzen, um die Versorgung des Volkes sicherzustellen;
- den Transportunternehmerstreik durch die Beschlagnahme aller großen Transportunternehmen zu bekämpfen und niederzuringen; diese Aufgabe ist in Zusammenarbeit mit der Transportkommission des Kommunalkommandos zu erfüllen;
- durch die Schaffung von Obdachlosenkomitees in jedem Betrieb und in jedem Wohnviertel für das Recht des Volkes auf eine menschenwürdige Wohnung einzutreten. Aufgabe dieser Komitees wird es sein, in Zusammenarbeit mit der Kommission für Wohnungswesen des Kommunalkommandos für die Enteignung von Baugrund zu kämpfen, der zur Errichtung von Volkssiedlungen dienen kann;
- durch die Schaffung von Kampfbrigaden und Selbstverteidigungskomitees an allen Fronten die Arbeiterklasse und das Volk, darauf vorzubereiten, sich zu verteidigen und zum Angriff überzugehen. Diese Aufgabe ist in Zusammenarbeit mit der Verteidigungskommission des Kommunalkommandos zu erfüllen.

Wir appellieren an alle Organisationen der Arbeiterklasse und des Volkes, an alle Organe der Volksmacht, dieses Manifest anzunehmen, zu unterstützen und zu verbreiten.



Wir appellieren an alle Parteien des Volkes und an ihre Aktivisten, jedes Schwanken und Sektierertum zu überwinden, sich zu dem Manifest zu äußern und die Durchführung dieser Aufgaben zu übernehmen." (3)

Unter den Schlägen der Konterrevolution brach die Strategie der Unidad Popular und der Zusammenhalt der Regierungsparteien endgültig zusammen. In der Zeit zwischen dem ersten Putschversuch und dem 11. September wurden innerhalb der revolutionären Linken Diskussionen über die Gründung einer revolutionären Partei geführt, die der Massenbewegung eine starke und einheitliche Führung geben sollte. Die Putschisten kamen den Reorganisationsversuchen der Linken zuvor, zerschlugen die Volksmachtorgane und stellten die uneingeschränkte Macht der Bourgeoisie wieder her. Doch selbst die brutale Unterdrückung, die das chilenische Volk seit dem Putsch erleiden mußte, ist nicht imstande, die Erfahrungen der letzten drei Jahre, in denen das Volk die politische Machtausübung durch die Bourgeoisie in Frage gestellt hat, aus dem Bewußtsein der Massen zu löschen. Der Sturz der Unidad Popular, die Unterdrückung der Volksbewegung und die Beseitigung aller demokratischen Rechte durch die Militärjunta haben reformistische Illusionen in einem Meer von Blut ertränkt und den Klassencharakter des bürgerlichen Staates vor den chilenischen Massen bloßgelegt.

Alle Dokumente der revolutionären Linken betonen, daß die Zukunft der chilenischen Revolution vom Aufbau einer Avantgarde-Organisation abhängen wird, die imstande ist, den Massen in ihrem Kampf gegen den Faschismus eine poli-

tische und militärische Führung zu geben, da die unorganisierten Widerstandsaktionen der Massen Gefahr laufen, von der Junta erstickt zu werden. In Streikbewegungen und im Kampf um die Menschenrechte muß das Volk Kräfte sammeln und sich auf die bewaffnete Auseinandersetzung mit der Junta vorbereiten. Der Kampf gegen die Junta wird von der revolutionären Linken in einer Einheitsfront mit allen antifaschistischen Kräften geführt. Ziel der revolutionären Linken ist es, innerhalb dieser Einheitsfront den Reformismus zu bekämpfen, seinen Einfluß zurückzudrängen und die Führung aller am Sturz des Faschismus interessierten Kräfte zu übernehmen. In einer Stellungnahme der MAPU vom November 1973 heißt es:

"Der bürokratische Charakter des Reformismus wird sich darin zeigen, daß er Bündnisse ausschließlich auf der Ebene des Überbaus - in einem antifaschistischen Bündnis - suchen und die Massenmobilisierung soweit als möglich einschränken wird. Der Reformismus wird die Massen nicht auf die bewaffnete Auseinandersetzung vorbereiten, er wird es verabsäumen, den antifaschistischen Kampf mit dem Kampf für die Machtergreifung und für den Sozialismus zu verbinden. Der Reformismus wird nur für die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie kämpfen und in der antifaschistischen Einheitsfront den bürgerlichen Sektoren die Führung überlassen... Das strategische Ziel der Arbeiterklasse ist die Zerstörung des bürgerlichen Staates und die Errichtung eines Volksstaates. Strategien, die sich zum Ziel setzen, die bürgerliche Demokratie wiederherzustellen und erst dann mit dem Kampf um die Macht zu beginnen, haben nicht die Lehren aus dem Scheitern der Unidad Popular gezogen. Die Bourgeoisie ihrerseits hat begriffen, daß die Grenzen der bürgerlichen Demokratie eng genug sein müssen, um die Entwicklung von Kräften im Keime zu erstikken, die ihre Existenz bedrohen. Sollte die bürgerliche Demokratie wiederhergestellt werden, so wird sie sich gegen die Entwicklung einer revolutionären Bewegung zu schützen wissen und nichts mit der bürgerlichen Demokratie, wie sie vor 1970 bestand, gemeinsam haben. Wer diesen Weg befürwortet, verkennt die Entwicklung der Arbeiterklasse, den Organisationsgrad und den Bewußtseinsstand, den sie besonders in den letzten drei Jahren erreicht hat. Die Massen sind weit genug fortgeschritten, um die Niederlage vom September als das Scheitern einer strategischen Linie zu begreifen, die beabsichtigte, die Revolution innerhalb der bürgerlichen Demokratie zu verwirklichen."

Anmerkungen

1) Bewohner von Elendsvierteln
2) Elendsviertel
3) Auszugsweise übersetzt aus der Dokumentation "Le Chili est proche", cahiers libres, François Maspero



Weitere Literaturhinweise zum Thema:
Le Chili est proche,
Révolution et contre-révolution dans le Chili de l'Unité populaire,
Textes présentés et annotés par Maurice Najman,
François Maspero, Paris, 1974

Konterrevolution in Chile, Analysen und Dokumente zum Terror,
herausgegeben vom Komitee "Solidarität mit Chile",
Rowohlt, Reinbek bei Hamburg,
Dezember 1973

Michel Raptis:
Quel socialisme au Chili?
Edition Anthropos, Paris, 1973

François Delcourt: x)
Le pouvoir populaire au Chili
in: Politique aujourd'hui,
Januar/Februar 1974, Paris

x) Pseudonym eines MAPU-Vertreters in Europa

BOLIVIEN
MANIFEST DER UNTERDRÜCKTEN INDIOS

Vorbemerkung der Redaktion

Nicht zuletzt zeigt das im folgenden abgedruckte Dokument, daß es den mehr oder weniger etablierten, wenn auch zeitweilig in den Untergrund gezwungenen sozialistischen und kommunistischen Parteien Boliviens nicht gelungen ist, auf dem Lande, bei den verelendeten Massen der eingeborenen Bauern, dauerhaften Rückhalt zu finden. Die linken Politiker haben sich selbst zuzuschreiben, wenn sie deswegen - auch in anderen Ländern Lateinamerikas - bisher nicht zum revolutionären Erfolg gekommen, sondern gescheitert sind. Sie haben es offenbar versäumt, die historischen Wurzeln und die Lebenswirklichkeit dieser subproletarischen Klasse zu begreifen und deren Interessen nachdrücklich und glaubwürdig zu vertreten.

Auf einige theoretische Gründe dafür haben T.T. Evers und P.v. Wogau in einem glänzenden Aufsatz zu lateinamerikanischen Theorien der Unterentwicklung hingewiesen: "Auch die offiziellen KPs übertrugen europäische Modelle und Begriffe auf Lateinamerika, ohne sie entsprechend den dortigen Situationen zu modifizieren. Die von Marx und Engels formulierte Folge von Produktionsweisen wurde als starres Gesetz auf Lateinamerika angewendet: Danach mußte alles, was nicht voll entfalteter Kapitalismus war, Feudalismus sein. Die politische Konsequenz war, daß die lateinamerikanischen Kommunisten vorerst keine sozialistische, sondern eine bürgerliche Revolution erwarteten und folglich ihr Hauptaugenmerk auf eine entsprechende Bündnispolitik mit allen potentiell fortschrittlichen Klassen einschließlich der 'nationalen Bourgeoisie' gegen die 'feudale' Oligarchie richteten. ...Die darauf basierende Bündnisstrategie mit ihrem Streben nach Legalität führte zu substantiellen Konzessionen ohne entsprechende politische Resultate und verselbständigte sich häufig zu einer generellen Stillhaltepolitik." (Evers/ Wogau: "dependencia": lateinmaerikanische Beiträge zur Theorie der Unterentwicklung. In: Das Argument 79, Juli 1973, S. 404-452, S. 411).

Die der DKP nahestehende Redaktion des "Argument" mochte diese Feststellungen aus durchsichtigen, wenn auch uneingestandenen Gründen nur widerwillig veröffentlichen und konnte sich nicht verkneifen, die beiden Autoren noch im selben Heft in einer rechthaberischen Nachbemerkung der "Unwissenschaftlichkeit" zu zeihen (a.a.O., S. 452ff) - ein ebenso beliebter wie verlogener Vorwurf, den auch bürgerliche Besserwisser regelmäßig vorschieben, wenn sie ihren Diskussionsgegnern inhaltlich nichts mehr zu erwidern haben. Die Argument-Redakteure behaupten, es sei bisher nicht belegt worden, daß etablierte linke Parteien in Lateinamerika eine falsche Bündnispolitik verfolgen, die sich als Stillhalten, d.h. als Anbiedern gegenüber der Bourgeoisie und als Arroganz bzw. Ignoranz gegenüber der eingeborenen Landbevölkerung darstellt. Wir meinen, daß das Manifest von Tiwanaku einen Beleg liefert. Wenn es uns teilweise auch unbeholfen erscheinen mag, läßt der Text doch keinen Zweifel daran, wie erbärmlich und falsch die Politik der Parteien in den Augen der elenden Mehrheit ist, die von ihr weiterhin vernachlässigt und diskriminiert wird.

Wir wollen mit dem Abdruck dieses Dokuments keine antikommunistische Propaganda betreiben, sondern etwas u.a. anzuregen versuchen, was sich die Argument-Redaktion offenbar nicht vorstellen kann: Solidarische Kritik innerhalb der internationalen sozialistischen Linken. Es kann nicht das Ziel solcher Kritik sein, die linken Parteien Lateinamerikas zu bekämpfen, wohl aber, ihre Politik auf Ziele und Erfolge zu überprüfen; in Zukunft wird eine erfolgreiche Strategie zulassen und fordern müssen, daß die eingeborenen Massen auf dem Lande sich aus ihrer Abhängigkeit und ihrem Elend befreien.

Als Ergänzung empfehlen wir zu lesen: Analyse der bolivianischen Gesellschaft und ihrer Klassen. Auszug aus den politischen Thesen der Sozialistischen Partei Boliviens. In: blätter des iz3w, Nr. 23, März 1973, S. 31-39.

Vorbemerkung des Übersetzers

Die Mehrheit der Bevölkerung Boliviens, Perus und Ecuadors sind Indios. Die politischen Vorstellungen dieser "schweigenden unterdrückten Mehrheit" sind kaum bekannt, haben sich mangels Möglichkeit zur Bewußtseinsbildung und Teilnahme am gesellschaftlichen Entscheidungsprozeß nur

unvollkommen artikulieren können. In den revolutionären Strategien linker Parteien oder Guerilla-Gruppen wird meist nur die zahlenmäßig geringe und von den Repressionsorganen relativ leicht unter Kontrolle zu haltende revolutionäre Avantgarde (Minen- und Fabrikarbeiter, Studenten) ins Kalkül gezogen. Der Campesino, von der Bourgeoisie benutzte Bezeichnung für den Indio, wird kaum berücksichtigt.

In Bolivien hat die Revolution von 1952, obwohl wegen ihrer Zielsetzung (von der Bourgeoisie gegen Bergbau- und Latifundienoligarchien unter Benutzung der Indio-Massen geführt) von Anfang an zum Scheitern verurteilt, wenigstens das Verdienst gehabt, den Indio/Campesino von Leibeigenschaft befreit und minimale Möglichkeiten eines Bewußtwerdungsprozesses gegeben zu haben.

Ein beträchtlicher Prozentsatz der neuen Generation hat - wenn auch unzureichend - Schulbildung genossen, hat Kontakt mit der Außenwelt (Stadt), begrenzte Möglichkeiten, sich zu organisieren; Studentengruppen und einige Untergrundorganisationen verwirklichen zum Teil gute politische Arbeit auf dem Lande.

Das Tiwanaku-Manifest ist eine erste Frucht dieser Arbeit. Es hatte nach seiner Veröffentlichung in der Presse (wieder einmal!) eine Verhaftungswelle zur Folge.

Es hat m.E. einen wichtigen Informationswert, weil es die Stimme eines bisher vergessenen Teils der "Verdammten dieser Erde" darstellt.

DAS MANIFEST VON TIWANAKU

Einführung

"Ein Volk, das ein anderes unterdrückt, kann niemals frei sein", sagte der Inka Yupanqui (1) zu den Spaniern. Wir, die Indios/Campesinos (2) Aymaras (3) und Quechuas (4) sagen das gleiche. Wir werden wirtschaftlich ausgebeutet, kulturell und politisch unterdrückt. In Bolivien hat es keine kulturelle Integration gegeben, sondern eine Überlagerung und Beherrschung, wobei wir in der untersten und am meisten ausgebeuteten Schicht der Pyramide verharrten.

Bolivien ist ein Land ständiger Frustrationen. Eine davon, vielleicht die augenscheinlichste, ist die mangelnde Mitbestimmung der Indios Aymaras und Quechuas am wirtschaftlichen, politischen und sozialen Leben des Landes. Wir glauben, daß ohne einen radikalen Wandel die nationale Einheit und eine wirtschaftliche Entwicklung, die gleichzeitig dynamisch, harmonisch, eigenständig, unserer Realität und unseren Bedürfnissen entspricht, nicht möglich ist.

Bolivien steht am Anfang einer neuen Etappe des politischen Lebens, wofür der Bewußtwerdungsprozeß des Indios bezeichnend ist. Jedesmal, wenn Wahlen bevorstehen, werden die Berufspolitiker uns erneut aufsuchen, um Stimmvieh zu rekrutieren, und sie werden es wieder mit Betrügereien und falschen Versprechungen versuchen. Die politische Beteiligung des Indio muß echt und nicht fiktiv sein. Keine politische Partei darf das Land mittels Betrug und Ausbeutung der Indios regieren. Wir Indios, fern von parteipolitischem Trachten und einzig um die Befreiung unseres Vaterlandes bestrebt, möchten mit diesem Dokument unsere Ideen darlegen, die wir für eine wirtschaftliche, politische und soziale Ordnung des Landes für grundlegend halten.

Unsere Kultur als Ausgangsbasis

Jeder wirkliche Prozeß bedarf einer Kultur. Das ist der reinste Wert eines Volkes. Die nationale Frustration hat ihren Ursprung darin, daß die Kulturen Aymara und Quechua von jeher unter einem systematischen Prozeß der Ausmerzung standen. Die Politiker der herrschenden Minderheiten haben einen Entwicklungsprozeß versucht, der einzig und allein auf der unterwürfigen Nachahmung ausländischer Vorbilder basierte, während unsere kulturellen Voraussetzungen vollkommen anders geartet sind.

Wir Indios wollen aber die wirtschaftliche Entwicklung mit unseren eigenen Werten als Basis. Wir möchten nicht die edlen Tugenden unserer Vorfahren als Preis für eine Pseudo-Entwicklung preisgeben. Wir fürchten diese falschen importierten "Entwicklungsmodelle", weil sie fiktiv sind und unsere tief verankerten Werte außer acht lassen. Wir fordern, daß die Bevormundung überwunden wird und daß man uns nicht weiterhin als Bürger zweiter Klasse betrachtet. Heute sind wir Ausländer in unserem eigenen Land.

Unsere Werte und unsere Sicht des Weltgeschehens hat man niemals respektiert. Schulbildung, Parteienpolitik und technische Ausbildung haben auf dem Land keinerlei bemerkenswerten Wandel herbeigeführt. Man hat nicht die Beteiligung des Indio erreicht, weil seine Kultur nicht in Betracht gezogen und seine Mentalität nicht verstanden wurde. Wir Indios sind aber davon überzeugt, daß es auf dem Land und in ganz Bolivien nur dann eine Entwicklung geben kann, wenn wir die Urheber unseres Fortschrittes und die Herren unseres Schicksals werden.

Die Landschule ist wegen ihrer didaktischen Methoden, ihrer Lehrinhalte und ihrer Sprache unserer kulturellen Wirklichkeit fremd. Sie versucht, den Indio nicht nur in eine Art Mestizen ohne Persönlichkeit zu verwandeln; sie betreibt auch seine Anpassung an die westliche kapitalistische Gesellschaft. Die Programme für das Land beinhalten individualistische Strukturen, obwohl unsere Geschichte wesentlich vom Gemeinschaftshandeln geprägt ist.

Das Genossenschaftswesen ist das Natürlichste für ein Volk, das Produktionsformen der gegenseitigen Hilfe schuf, wie Ayni, Minka, Yanapacos etc. (5). Privateigentum, Klassenunterschiede und innere Kämpfe sind eine Erscheinung der Kolonialzeit und akzentuierten sich mit den republikanischen Regierungen. Die Agrarreform wurde ebenfalls innerhalb dieses Schemas entworfen und verwirklicht.

Die wirtschaftliche und politische Macht ist die Grundlage für die kulturelle Befreiung. Wir müssen unsere Vergangenheit technifizieren und modernisieren, aber auf keinen Fall dürfen wir mit ihr brechen. Jeder Versuch der Europäisierung oder "Yankiisierung", wie man das mittels Erziehung und Politik bereits versucht hat, führt zu einem erneuten Scheitern. Jede politische Bewegung, die den Indio wirklich befreien möchte, muß unsere kulturellen Werte berücksichtigen. Der Indio ist nobel und gerecht, sparsam und ehrfurchtsvoll, arbeitsam und tief religiös. Aber all diese inneren Werte der indianischen Seele wurden nie verstanden oder respektiert. Die politische Aktion der Kolonialmacht und der republikanischen Regierungen war ausgesprochen destruktiv, so sehr, daß einige von uns sich bestechen ließen oder selbst zu bestechlichen Politikern wurden. Man hat versucht, in uns den schlimmsten Verrat und die niedrigsten Lasten zu säen. Wir sind nicht mehr bereit, diesen Weg der Unterwerfung und Sittenlosigkeit zu gehen. Das katastrophale Ergebnis ist für jederman sichtbar. Die Indios, die als Folge der schlechten Erziehung und der bewußt falsch orientierenden Politik nicht mehr Indios sein wollen, haben die schlimmsten Defekte anderer Völker angenommen und wurden zu den neuen Ausbeutern ihrer eigenen Brüder. Wir richten an sie einen versöhnlichen Appell, sich mit uns zu einer Bewegung zu vereinen, mit der wir unsere Rechte und Kultur zurückfordern, um gemeinsam für eine wirtschaftliche und politische Befreiung unseres Volkes zu kämpfen.

Unsere Geschichte spricht

Vor der spanischen Eroberung waren wir ein großes Volk mit Tugenden, die sich innerhalb einer in hohem Grade solidarischen Gesellschaft verwirklichten. Die Kolonialmacht respektierte und akzeptierte unsere Kultur nicht; sie schlug sie nieder und unterjochte sie. Die Unabhängigkeit brachte nicht die Freiheit für den Indio. Der Liberalismus betrachtete und behandelte den Indio als ein passives Wesen, das nur als Kanonenfutter in den permanenten Kriegen von Nutzen ist. Die Republik ist für den Indio nichts weiter als eine neue Form der Politik der herrschenden Klasse. Die Befreiung des Indio, verkörpert im Freiheitskampf des Tupak Katari (6) endete in Fesseln. Die Eingeborenen-Politik von Belzu (7) rief einen Hoffnungsschimmer hervor, aber das Leben des Indio blieb weiterhin verdammt zur Schande, zur Ausbeutung und zur Verachtung. Busch (8) und Villarroel (9) versuchten diese Situation zu verändern, aber es wurde ihnen von der Reaktion der nationalen Oligarchie verwehrt. Die Revolution vom 9. April 1952 brachte uns zwei große Befreiungsgesetze: Die Agrarreform und das allgemeine Wahlrecht. Mit der Agrarreform befreiten wir uns vom schmachvollen Joch der Leibeigenschaft. Es ist ein geschichtlicher

Jammer, daß dieses Gesetz nicht unseren Erwartungen entsprach. Der Grund liegt, wie wir schon sagten, darin, daß es auf einem individualistischen Schema basiert und daß die rechten Elemente innerhalb des MNR (19) ergänzende Gesetze zur Kapitalbereitstellung, für technische Beratung und zur Vermarktung unserer Produkte verhinderten. Das Wahlrecht hat die organische Beteiligung der Indio-Comunidades (11) am politischen Leben nicht

in Betracht gezogen. Es ist bedauerlich, daß dieses Gesetz allzuoft nur dazu diente, die Machtgier unserer Politiker zu befriedigen. Aus diesem Grund führte das Stimmrecht des Indio nicht zur Befreiung, sondern stellte eine neue Form des Betruges und der Ausbeutung dar. Die Politiker alter Prägung näherten sich dem Indio, nicht, um ihm zu dienen, sondern um sich seiner zu bedienen. Einige miese Indios, Verräter unserer Geschichte und unseres Volkes, haben es fertig gebracht, diese Praktiken unserer Gewerkschaftsbewegung unterzujubeln. Mit ihrem ambivalenten Auftreten und ihrer erniedrigenden Unterwürfigkeit haben sie unseren Namen und die Gebräuche unserer Väter besudelt.

Wir müssen dies demütig einsehen, wir müssen es großmütig verzeihen, wir müssen uns bewußt die Erfahrungen zu eigen machen. Es ist wichtig, den großen Weg, den uns unsere Vorfahren wiesen, von neuem zu beschreiten.

Wir glauben auch nicht an die Verheißung jener Parteien, die sich als links bezeichnen und die den Indio nicht als Initiator seiner eigenen Bestimmung akzeptieren. Damit eine politische Organisation wirklich zum Instrument der Befreiung des Indio wird, muß sie von uns selbst geschaffen, geführt und unterhalten werden. Unsere politischen Organisationen müssen Rücksicht nehmen auf unsere Werte und Bedürfnisse.

Wirtschaft

Obwohl wir Campesinos 78 % des Sozialproduktes produzieren, erhalten wir nur 34 % des Einkommens, während 1,7% der Bevölkerung, die Unternehmer und großen Eigentümer des Landes, 21 % erhält. Obwohl Bolivien eines der Länder mit dem niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt ist, das nicht einmal an US-Dollar 120,- heranreicht, lebt die Mehrzahl der Indios von weniger als US-Dollar 50,- pro Jahr. Unsere Ernährung hat einen der höchsten Grade an Vitaminmangel in der Welt. Die Sterblichkeitsrate ist so hoch wie vor 50 Jahren. Wir leben in der Subsistenzwirtschaft. Wir arbeiten, nur um zu überleben, und selbst das ist oft nicht möglich.

Dennoch kann niemand behaupten, daß der Indio nicht arbeitet. Die Agrarpolitik unserer Regierungen war katastrophal. Bolivien importiert jährlich für mehr als US-Dollar 20 Mio Landwirtschaftsprodukte, die wir selbst produzieren könnten. Man zieht es vor, Devisen zu verschwenden, anstatt dem Campesino einen gerechten Preis zu bezahlen. Die für die Landwirtschaft bestimmten Kredite flossen einzig und allein in die Taschen der neuen Großgrundbesitzer, der Oligarchen von Baumwolle, Zuckerrohr und Viehzucht.

Die Abwertung unserer Währung vom Oktober vergangenen Jahres hat unser Elend verschlimmert. Der Campesino wurde nicht in Betracht gezogen. Die Fabrikarbeiter der Städte, die Lehrer, die öffentlichen Angestellten erhielten einen Ausgleichsbonus und ein 14. Gehalt. Der Indio, wirklicher Paria unserer Gesellschaft, hat nicht den geringsten Ausgleich bekommen. Diejenigen, die ihre Produkte im Einzelhandel verkaufen, tun dies fast zum gleichen Preis wie vorher. Die Transportkosten sind um 40 % gestiegen. Unsere Unterhaltskosten (Zucker, Teigwaren, Reis, Werkzeuge, Düngemittel) sind um 30 % gestiegen, die Preise unserer Produkte wurden praktisch eingefroren. Die Unkenntnis über die Preise ist auf dem Land absolut. Der Campesino als Schwächerer ist immer der Verlierer.

Unsere Vorschläge zur Beseitigung dieser ungerechten Situation sind nicht Maßnahmen von oben, seitens der Regierung oder von Personen guten Willens. Wir glauben, daß die einzige Lösung in einer Basisorganisation der Campesinos besteht. Der Campesino ist schwach, weil er nicht geeint, organisiert und mobilisiert ist. Die gegenwärtigen Organisationen auf regionaler und nationaler Ebene repräsentieren in keiner Weise die Interessen des Indio.

Die politischen Parteien und die Campesinos

Praktisch hat die Landbevölkerung Boliviens nie einer politischen Partei angehört, weil keine seine wirklichen Interessen wahrgenommen hat oder von seinen kulturellen Werten inspiriert war. Dennoch müssen wir anerkennen, daß das MNR von allen Parteien insofern die Interessen der Campesinos am besten wahrgenommen hat, als es die Agrarreform und das allgemeine Wahlrecht verwirklichte. Das MNR hat die historische Gelegenheit versäumt, sich zum Instrument für die Befreiung des Indio zu machen. Der Anspruch scheiterte u.a. daran, daß rechte Elemente der Reaktion ohne jegliches soziales Gespür Einfluß in dieser Partei bekamen und damit unseren Befreiungsprozeß aufhielten.

Weder das gegenwärtige MNR noch der Barrientismus (12) noch die traditionellen Parteien der Linken sind Parteien der Landbevölkerung. Wenn wir unsere Stimme diesen Parteien gegeben haben, lag das daran, daß wir keine andere Wahl hatten, daß wir keine eigene Partei besaßen. Diese Parteien haben die Stimme des Indio benutzt, um an die Macht zu gelangen und die Macht zu behalten. Damit ein Gleichgewicht von Interessen und Vertretung besteht, müssen die Campesinos ihre eigene Partei besitzen, die ihre sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen verkörpert. Das wäre die einzige

Form, damit eine wirklich positive Mitbestimmung und ein echter Entwicklungsprozeß auf dem Lande erreicht wird. Es ist ein folgenschwerer Irrtum zu glauben, daß ein politischer und wirtschaftlicher Fortschritt in Bolivien ohne Beteiligung der Campesinos möglich ist. Der Campesino war eine passive Potenz, weil man ihn immer als vollkommen passiv sehen wollte. Der Campesino ist politisch das, was die Politiker von ihm erwarteten: Ein Steigbügelhalter für ihre Ambitionen. Er wird erst dann dynamisch werden, wenn man ihn handeln läßt als eigenständige und unabhängige Macht. Im gegenwärtigen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen System unseres Landes ist eine echte Beteiligung des Indios nicht möglich.

Das Militär, das zum großen Teil aus Indios rekrutiert wird, sollte sich seiner wahren Funktion bewußt werden.

Gewerkschaftswesen

Obwohl die Gewerkschaften der Campesinos an der Basis und in vielen ihrer Organisationen auf Provinzebene eine authentische Vertretung der Campesinos darstellen, wurden sie auf nationaler Ebene oft zu Instrumenten, die entgegengesetzten Interessen dienen. Alle Krankheiten der städtischen Parteienwirtschaft sind in das Land eingesickert mittels Pseudo-Führern, die sich selbst zu Vertretern der Campesinos ernennen. Sie waren und sind die Verführer unseres Volkes Aymara und Quechua. Sie haben das Sektierertum, die Vetternwirtschaft, die wirtschaftliche und moralische Bestechung, den persönlichen Ehrgeiz, den Haß zwischen Brüdern und den Mangel an echter Interessenwahrnehmung aufs Land gebracht. Aber nichts war von solch großem Schaden wie das naive Warten auf vorfabrizierte Lösungen. Die Entwicklung Boliviens, v.a. auf dem Land, muß in der Hand von uns Indios liegen. Bisher hat man uns politisch wie Kinder behandelt. Die Regierungen und die schlechten Führer haben uns immer nur das als Almosen gegeben, was uns von Rechts wegen zusteht.

Es ist eine Schande für unsere inkaische Vergangenheit, daß unsere entfremdeten Campesino-Führer jeweils alle Präsidenten der jüngeren Geschichte zu den "Führern der Campesinos" erklärt haben. Das einzig gute, das die Regierungen und politischen Parteien uns tun können, ist, unsere Vertreter frei und demokratisch wählen zu lassen.

Die Erfahrung in Vergangenheit und Gegenwart hat gezeigt, daß, wenn der Campesino seine Hilaoatas, Hilancos (13) und andere Gemeindeautoritäten frei wählen kann, er dies mit höchstem Demokratieverständnis und Verantwortungsbewußtsein tut. Die gegenwärtigen internen Kampfe zwischen Campesinos sind eine Folge des Paternalismus.

Die Erziehung auf dem Lande

Die größten Probleme im Erziehungswesen sind die Mangelhaftigkeit von Lerninhalten und Lehrmitteln.

Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß das Landschulwesen nicht auf unseren kulturellen Werten basiert. Die Programme wurden in den Ministerien ausgearbeitet und entsprechen Vorstellungen und Methoden, die vom Ausland importiert wurden. Die Erziehung auf dem Land ist eine neue und subtile Form der Diskriminierung und des Verharren-Lassens. Die Ausbildungsstätten für die Lehrer sind lediglich eine Gehirnwäsche. Die Lerninhalte sind unserer Wirklichkeit fremd, sie haben nichts zu tun mit unserer Sprache, unserer Geschichte, unseren Helden, unseren Idealen, unseren Werten.

Die praktische Organisation der Landschule ist eine NATIONALE KATASTROPHE. Der Haushalt für Erziehungswesen ist unzureichend und wird so verteilt, daß auf die Stadt viel mehr fällt als auf das Land. Noch heute kann etwa die Hälfte der Kinder von Campesinos nicht zur Schule gehen aus dem einfachen Grund, weil eine solche nicht in ihrer Comunidad existiert. Auf dem Land fehlen Klassenräume, Bücher, Tafeln, Schulmöbel, didaktisches Material und diejenigen Lehrer, die wirklich unser unterdrücktes Volk lieben.

Wir könnten fortfahren, alle Aspekte des Campesino-Lebens aufzuzeigen, so wie es sich unter dem schlimmsten Elend abspielt und von den Regierungsstellen im Stich gelassen wird. Die Revolution auf dem Land hat nicht stattgefunden. Wir müssen sie noch machen. Wir müssen sie machen, indem wir von neuem die Ideale eines TUPAK KATARI, einer BARTOLINA SISA, eines WILLKA ZARATE (14) beleben. Wir müssen sie machen, indem wir von uns selbst ausgehen.

Auf unserem legendären Altiplano (15) gibt es keine Infrastruktur, keine Straßen, keine Elektrizität, keine Krankenhäuser, keinen Fortschritt.

Die Transportmittel sind unzureichend, die Vermarktung unserer Produkte ist veraltet, die technische Orientierung gleich null. Es bleibt noch alles zu tun. Wir wollen nicht, daß man etwas für uns tut, wir wollen lediglich, daß man uns tun läßt.

Wir möchten dieses Dokument, das zweifellos der Beweggrund für eine mächtige autonome Campesino-Bewegung sein soll, nicht schließen, ohne die Mithilfe von Presse, Radio und allen Institutionen zu erbitten, die ehrlich

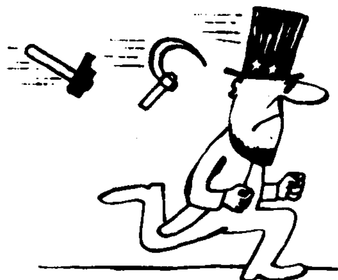
die Befreiung des Indios wünschen, die unseren gerechten Kampf für eine authentische Entwicklung unseres Volkes und ganz Boliviens unterstützen.

Alle Arbeiter der Bergwerke, der Fabriken, des Bauwesens, des Transportes, die verarmte Mittelklasse sind unsere Brüder, sind Opfer der gleichen Ausbeutung in anderer Art und Weise. Sie stammen der gleichen Rasse ab und sind solidarisch mit den gleichen Idealen des Befreiungskampfes. Nur vereint können wir die Größe unseres Vaterlandes herstellen.

Wir bitten auch die Katholische Kirche (16) (die Religion der großen Mehrheit der Landbevölkerung) und andere vertretene Kirchen um Unterstützung für das große Ideal der Befreiung unseres Volkes Aymara und Quechua. Wir möchten unsere Werte wieder vollkommen herstellen, ohne im geringsten den kulturellen Reichtum anderer Völker zu verachten.

La Paz, 30. Juli 1973

UNION PUMA DE DEFENSA AYMARA
CENTRO DE COORDINACION Y PROMOCION CAMPESINA MINKA
CENTRO CAMPESINO TUPAK KATARI
ASOCIACION DE ESTUDIANTES CAMPESINOS DE BOLIVIA
ASOCIACION NACIONAL DE PROFESORES CAMPESINOS



Anmerkungen des Übersetzers

1) Letzter Inka-Herrscher, von Spaniern 1533 in Cajamarca/Perú umgebracht.

2) Im spanischen Text ist immer von CAMPESINO die Rede, eine Bezeichnung, die, 1952 für den Indio geschaffen, einer subtilen Rassismus-Politik entspricht. In anderen Dokumenten bezeichnet sich die neue, junge, bewußte Generation mit Stolz als INDIO, weshalb ich in der Übersetzung vorwiegend diesen Begriff benutze. Gemeint ist aber immer der Indio – Campesino, d.h. der Indio, der auf dem Land lebt.

3) Ethnologisch und kulturell die Bewohner des KOLLASUYOS, einer hochentwickelten Gesellschaft mit wahrscheinlichem Zentrum in Tiwanaku, nahe Titicaca-See; wurde von Inkas erobert und in deren Reich integriert. Aymara-Sprache wird heute in La Paz, um den Titicaca-See bis Oruro gesprochen.

4) Ursprünglich Zentrum in Cuzoo/Perú; durch Herrschaftsausdehnung des Inka-Reiches Verbreitung von Kultur und Sprache bis Ecuador und Nordargentinien. In Bolivien wird heute Quechua v.a. in Cochabamba, Sucre und Potosî gesprochen.

5) Ayni = unentgeltliche Arbeitsleistung, die vom Leihenden dem Beliehenen in gleicher oder ähnlicher Weise entgolten wird. Nur Essen, Getränke und Coca werden vom Leihenden zur Verfügung gestellt.
M'inka = freiwillige, unentgeltliche Arbeit des einzelnen für Gemeinschaftsaufgaben, meist von fröhlichem Fest gekrönt.
Yanapacos = gegenseitige Hilfe.

6) Bolivian. Freiheitsheld der Indios.

7) Bolivian. Präsident 1848-1855.

8) Bolivian. Präsident 1937-1939, linksnationalist. Diktator, endete durch Selbstmord, der nie ganz aufgeklärt wurde.

9) Bolivian. Präsident 1943-1946, versuchte Ideen Buschs weiterzuführen, erste Reg.-Beteiligung des MNR, wurde 1946 von aufgebrachten Massen an Laternenpfahl aufgehängt.

10) Movimiento Nacionalista Revolusionario, populistische Partei, Anfang der 40ger Jahre unter Einfluß des argentinischen Peronismus gegründet.

11) Dorfgemeinschaften.

12) René Barrientos, 1964-1969, löste gewaltsam MNR-Regierung ab, restaurative Imperialismus-hörige Rechtsdiktatur. Barrientos versuchte durch populäres Auftreten (Beherrschen des Quechua und Aymara etc.) Indio-Massen für sich zu gewinnen. Paternalismus in ausgeprägtester Form durch sog. Pacto Militär-Campesino; seither wird Minister für Campesino-Angelegenheiten immer von Militärs gestellt (wichtiger Schachzug repressiver und demagogischer Kontrolle).

13) Autoritäten der Comunidades.

14) Helden der indain. Befreiungsbewegungen im vorigen Jahrhundert.

15) Gemeint ist die 4000 m hoch gelegene karge Hochebene zwischen den Kordilleren, die von Cuzco/Perú bis etwa Oruro reicht.

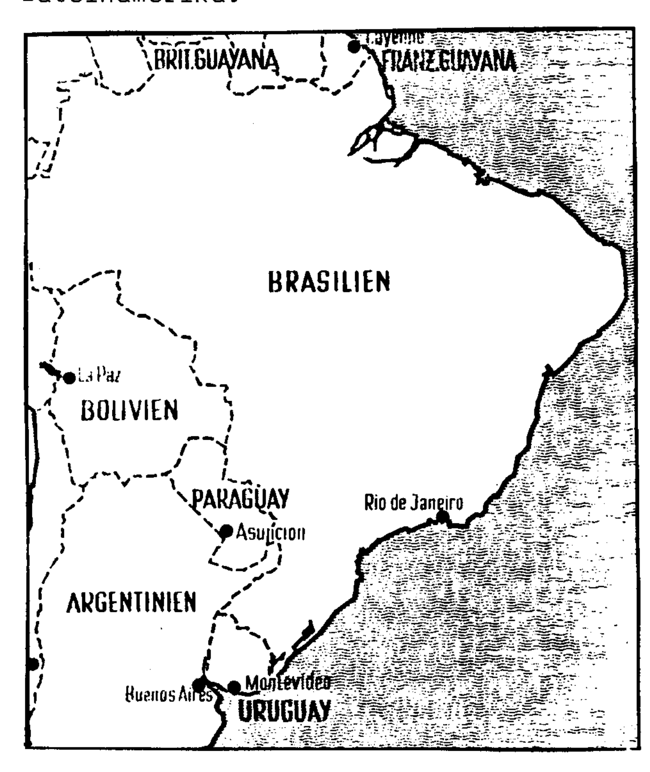
16) Kathol. Kirche und andere religiöse Vereine haben seit einigen Jahren (Bischofskonferenz in Medellin/Kol. 1968) in Bolivien zunehmend mehr Vertreter (Priester der Dritten Welt), die soziale, Bildungs- und z.T. politische Arbeit auf dem Land und in Marginalzonen der Städte betreiben. Sehr positiv zu bewerten, da Glaubensmission kaum oder gar nicht in Erscheinung tritt.

BRASILIEN
SUBIMPERIALISMUS AM BEISPIEL DES ITAIPU-PROJEKTS

ITAIPU – und die Folgen

Die Tage der Unabhängigkeit Paraguays, alljährlich im Gedenken an die Befreiung vom spanischen Kolonialjoch mit viel Pomp und Aufwand gefeiert, hatten in diesem Jahr ihren besonderen Akzent.

An der Seite des Präsidenten nahm hoher Staatsbesuch das zweitägige Defilée der bürgerlichen Schulen Asunciôns und der Militäreinheiten ab: Augusto Pinochet, Chef der Militär-Junta im Nachbarland Chile. Nur zwei Tage später ist der neue Militärdiktator Brasiliens, Ernesto Geissel, zu Gast in Paraguay. Das Zusammentreffen beider Ereignisse war mehr als nur ein taktischer Schachzug. Innerhalb einer Woche widerfährt dem kleinen Pufferstaat Paraguay eine politische Aufwertung, die ihm über Jahre nicht zugekommen ist. Aus Anlaß des Nationalfeiertages legen die drei Militärherrscher einstimmige Bekenntnisse zur Unabhängigkeit des Landes ab, mehr noch, sie bezeichnen sie als eine Notwendigkeit für ganz Lateinamerika.

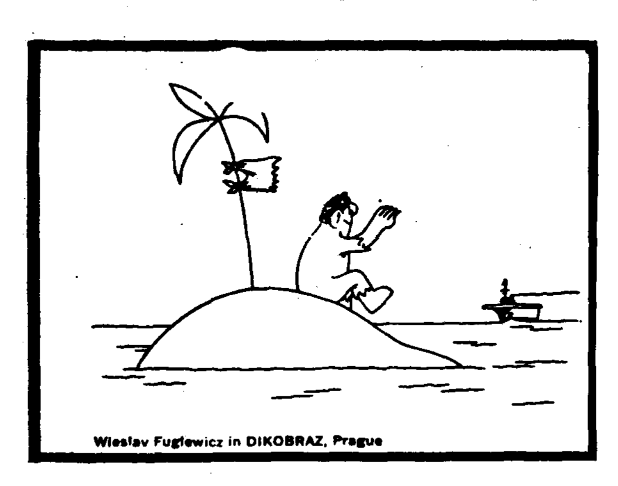


Nur Verblendete und Ignorante wollen den Zynismus dieser Szenerie nicht wahrhaben: In den Tagen der Unabhängigkeitsfeiern schreibt Paraguay ein neues Kapitel seiner eigenen Abhängigkeitsgeschichte. Die Unterzeichnung eines weiteren Vertragswerkes für das im Aufbau befindliche größte hydroelektrische Kraftwerk der Welt, Itaipú, gaukelt eine Gleichstellung der Verhandlungspartner vor. In Wirklichkeit vertieft und besiegelt dieses "gemeinsame" Projekt zur Energiegewinnung am Alto-Paraná-Fluß die totale ökonomische Abhängigkeit Paraguays vom brasilianischen Wirtschaftsimperium. Die Konditionen des Vertrags, bereits im August 1973 formuliert, sind eindeutig: Paraguay hat zur Hälfte für die Investitionskosten aufzukommen (2500 Millionen Dollar). Da es diese Summe niemals aufbringen kann, ist es auf Leihgelder aus Brasilien angewiesen, die innerhalb von fünfzig Jahren zurückbezahlt werden müssen. Während dieser Zeit darf Paraguay seine Elektrizität nur an Brasilien verkaufen – zu einem Spottpreis von 14 Centimos/kwh (0,07 Pfennig). Die paraguayische Bevölkerung bezahlt gegenwärtig 9 Guaraní/kwh für ihren Stromverbrauch (knapp 20 Pfennig). Brasilien wird diese Energie in Cruzeiro bezahlen, das heißt der paraguayische Markt wird von brasilianischem Geld überschwemmt werden. Nach der Vorausberechnung beträgt der Gewinn für Energieexport für Paraguay 30 Millionen Dollar im Jahr, Brasilien jedoch wird annähernd 700 Millionen Dollar an Itaipú verdienen. Die elektrische Energie von Itaipú garantiert den Aufbau und Ausbau der brasilianischen Schwerindustrie. 75 % der notwendigen technischen Investitionen (Maschinen, Turbinen etc.) werden in Brasilien

Brasilien soll ein Siemens-Schwerpunkt bleiben

München (SZ) — Brasilien bildet gegenwärtig einen Schwerpunkt bei den Auslandsinvestitionen der *Siemens AG, Berlin/München*, hat Vorstandsvorsitzender Dr. Bernhard Plettner bei einem Besuch in Rio de Janeiro vor Journalisten mitgeteilt. Seinen Angaben nach hat Siemens dort seit Kriegsende rd. 150 Mill. DM investiert, das sei ebensoviel wie in den übrigen lateinamerikanischen Staaten zusammen im gleichen Zeitraum. Bis 1979 will Siemens allein in Brasilien etwa 170 Mill. DM investieren. Die Chancen für den Absatz seien recht psoitiv, da die Erzeugnisse der brasilianischen Werke bisher zu 92% auf dem einheimischen Markt und nur zu 8% in anderen lateinamerikanischen Ländern verkauft worden seien. Der Umsatz der brasilianischen Siemens-Gesellschaften betrug 1972/73 (30. 9.) mehr als 453 Mill. Cruzeiros oder rd. 176 Mill. DM. Werke bestehen in São Paulo, Rio de Janeiro, Curitiba, Blumenau und Porto Alegre. Die Zahl der bisher über 7000 Mitarbeiter soll bis 1979 auf rd. 13 000 steigen.

hergestellt und geliefert. Die paraguayische Beteiligung beschränkt sich auf die Lieferung von Portland-Zement und Sand - und auf ein paar Hundert Hilfsarbeiter. Die Voraussage, Itaipú werde ein erfolgreiches Mittel zur Beseitigung der strukturellen Arbeitslosigkeit sein, ist ein Mythos. Es wird weder die Industrialisierung im Lande in Gang bringen, noch bildet es den Ansatz für die Schaffung eines internen Marktes. Dabei sind die Voraussetzungen gegeben, aus Paraguay der Welt größten Energielieferanten an Elektrizität zu machen. Es ist ein Mitglied der regierenden Colorado-Partei, das Paraguay als das potentielle "Kuweit der elektrischen Energie" von morgen

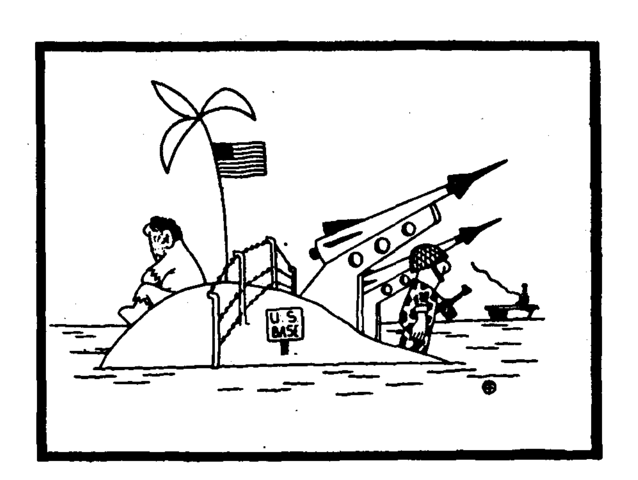


Wieslav Fuglewicz in DIKOBRAZ, Prague

bezeichnet hat. Mit dem Vertrag von Itaipú und der einsetzenden Realisierung beginnt das Land seine totale ökonomische Abhängigkeit vom Nachbarstaat zu besiegeln. Die beschwörende Vision vergangener Jahre wird in diesen Monaten greifbare Wirklichkeit: Paraguay ist immer weniger ein Land und eine Nation und wird immer mehr zu einer Provinz von Brasilien. Ökonomisch sind seit langem die Weichen gestellt. Die massenhafte, illegitime Abwanderung von Paraguayern in die Nachbarländer dauert an, nahezu ein Viertel der Gesamtbevölkerung befindet sich in brasilianischen und argentinischen Metropolen, wo sie als billige Arbeitskraft ausgebeutet wird. Dem entspricht die wachsende Verelendung im eigenen Land. 90 % der Bevölkerung verdient bis heute weniger als 1000 Guaraní (ca. 20 DM) im Monat. Von der Kommerzialisation und Exportation der einzigen Reichtümer des Landes, den Agrarprodukten, lebt die privilegierte Minderheit.

Der Vertrag von Itaipú markiert nicht allein das wirtschaftliche Ausgeliefertsein an das brasilianische Imperium. Paraguay droht der Verlust seiner nationalen und kulturellen Identität. Der wirtschaftlichen Desintegration und Abhängigkeit folgt die kulturelle Entfremdung auf den Fuß. Die staatlichen Alphabetisierungskampagnen im Lande greifen auf die Prinzipien und Methoden der offiziellen Bildungsbewegung in Brasilien (MOBRAL) zurück mit dem Ziel, möglichst schnell und möglichst effektiv das Bildungsniveau der campesinos auf dem Lande anzuheben. Der Zweck des Unternehmens wird deutlich aus einer Verlautbarung des Chefdelegierten von MOBRAL in Asunción anläßlich eines Treffens mit paraguayischen Erziehungsexperten: Vorrang hat demzufolge die Alphabetisation der paraguayischen Arbeiter im brasilianischen Grenzgebiet, wo sich die Kräfte für die Konstruktion von Itaipú rekrutieren sollen. Dies unterstreicht die vertikale Integration der paraguayischen Arbeitskräfte durch das Kapital und die Technologie Brasiliens.

Der Beitrag des paraguayischen Volkes zum brasilianischen Wirtschaftswunder bringt nicht nur den Verlust wirtschaftlicher Unabhängigkeit, er stellt gleichermaßen die politischen und kulturellen Werte der Nation in Frage. Es sind jene Werte, die in den Basiskommunitäten der campesinos und indios eine starke Tradition haben und dort im solidarischen Zusammenleben und in der gemeinschaftlichen Arbeit bis heute praktiziert werden. Die Kraft für eine Erneuerung dieser Werte, für ihren Einsatz in der befreienden Aktion, wird deshalb von diesen Basen ausgehen müssen. Das ist der historische Imperativ, der das paraguayische Volk mit den anderen Völkern Lateinamerikas verbindet. Deshalb hat Itaipú eine lateinamerikanische Perspektive. Die brasilianischen Hegemonialbestrebun-



gen, die nur in ihrer Abhängigkeit vom nordamerikanischen Imperialismus verstanden werden können, haben die geographischen Grenzen auf dem Kontinent verwischt. Der Imperialismus zeichnet seine eigene Landkarte - auch in Lateinamerika.

Peter Hartnagel

Zum folgenden Artikel (gegenüberliegende Seite)

Obwohl der folgende Artikel in seinen aktuellen Bezügen seit dem 25.4.1974 veraltet ist, erscheint er uns wichtig: er liefert die von der bürgerlichen Presse unterschlagene materialistische Analyse des sozioökonomischen Hintergrundes, ohne den die gegenwärtigen Ereignisse in Portugal nicht zu begreifen und politisch einzuschätzen sind. Schon hier sei dennoch vor einem Mißverständnis gewarnt: daß der Staatsstreich und die Politik der jetzigen Machthaber in Portugal auf die Auseinandersetzung zweier Fraktionen der portugiesischen Bourgeoisie zurückzuführen sind, bedeutet nicht etwa, daß diese beiden Fraktionen hinsichtlich der Kolonien grundsätzlich verschiedene Interessen und Absichten haben. Auch die "progressiven" Verwerter von Industriekapital würden den Kolonialstatus der afrikanischen Gebiete mit Klauen und Zähnen verteidigen, wenn dies trotz des bewaffneten Widerstandes der Völker von Angola, Guinea-Bissao und Mozambique noch irgendeine Aussicht auf Erfolg hätte. Der Autor des Artikels hat das an anderer Stelle näher erläutert:

"Bei einer flüchtigen Analyse der neueren Phase des portugiesischen Kapitalismus scheinen sich in Portugal zwei entgegengesetzte Strömungen gegenüberzustehen, eine genauere Untersuchung bringt diese jedoch auf einen gemeinsamen Nenner: der ersten, der traditionellen Strömung zufolge sollte Portugal weiterhin seine Anstrengungen der Integration der Wirtschaft der Kolonien in die portugiesische Wirtschaft widmen; die zweite Richtung vertritt die Integration der portugiesischen Wirtschaft in das kapitalistische Europa und scheint somit keinen Wert auf die Beibehaltung der Kolonien zu legen, was aber nicht der Fall ist, wie wir gleich sehen werden. Portugal kann gegenüber Europa nicht konkurrenzfähig werden, solange es weiterhin höhere Produktionskosten als Europa in Kauf nehmen muß. Andererseits verlangt aber ein Hineingehen in den europäischen Markt spezialisierte Arbeitskräfte und eine höhere Arbeitsproduktivität. Dies impliziert eine Erhöhung der Löhne. Um dennoch die Preise niedrig halten zu können, bleibt dem portugiesischen Kapitalisten als einzige Möglichkeit das Ausweichen auf die Beschaffung billiger Rohstoffe. Und dies wiederum ist nur bei Beibehaltung der Kolonien möglich, da er aufgrund seiner schwachen Stellung im kapitalistischen Lager nicht in der Lage ist, den neokolonialistischen Weg einzuschlagen. So sehen wir, daß diese beiden Richtungen, was die Kolonien angeht, miteinander vereinbar sind. Dies zeigt sich auch darin, daß beide Strömungen in der Regierung Caetano vertreten sind und beide derselben (einzig zugelassenen) Partei angehören."

(Eduardo de Sousa Ferreira: Die Entwicklung der portugiesischen Wirtschaft und das internationale Kapital in Portugal und in den Kolonien. In: Ferreira: Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa, Freiburg (Aktion Dritte Welt) 1972, S. 29-80, S. 38.) Red.

CDU in der Provinz

Die folgenden Äußerungen des entwicklungspolitischen Sprechers der CDU/CSU Todenhöfer, die dieser im Januar dieses Jahres auf einer in einem kleinen Westerwaldort stattfindenden CDU-Versammlung gemacht hat, hat ein ehemaliger Entwicklungshelfer mitgeschrieben, um sie, versehen mit einem Kommentar, im "DED-Brief", dem Organ des Deutschen Entwicklungsdienstes, zu veröffentlichen. Nach anfänglicher Zusage wurde der Beitrag zurückgewiesen, da "andere, aktuelle Beiträge vorlägen". Dr. Todenhöfer ist Mitglied des Verwaltungsrates des DED.

"Wir als Verbündete Portugals dürfen nicht die Feinde unseres Partners unterstützen, vielmehr sollten wir Portugal eine viel höhere Unterstützung gewährleisten, um uns einen sicheren Verbündeten zu erhalten."

Eine weitere Stellungnahme in bezug auf Entwicklungshilfe sah so aus, daß er bzw. seine Partei den arabischen erdölexportierenden Ländern jede Art von Entwicklungshilfe verweigere, "da die ja ohnehin schon genug Geld für ihr Öl bekommen"!

Wörtlich sagte er: "Entwicklungshilfe an Libyen und die Ölscheichs zu 'verschenken', ist das allerletzte, was man tun kann.
Wenn diese Länder etwas von uns haben wollen, sollen sie dafür bezahlen, aber keine deutsche Entwicklungshilfe für sie. Während der Ölkrise waren wir viel eher in der Lage, diese Länder durch einen Gegenboykott unter Druck zu setzen als sie uns!"

Als förderungswürdig bezeichnete er Länder wie Tunesien, Marokko und Algerien. Bei Marokko würde man allerdings nicht wissen, wie lange das Königreich noch bestehen bleibe, und bei Algerien, das sich nach seiner Aussage auf einem halbsozialistisch politischen Kurs bewege, sei bei weiterer Hilfe auf die politische Entwicklung zu achten.

Edouardo de Sousa Ferreira

Hintergründe der Ereignisse in Portugal

Die Kolonialfrage

Bitte beachten Sie den redaktionellen Vorspann auf der gegenüberliegenden Seite

Die folgende Analyse wurde wenige Tage nach der Entlassung des stellvertretenden portugiesischen Generalstabschefs Antonio de Spinola und der mißlungenen Meuterei einer Truppeneinheit für die amerikanische Zeitschrift „AFRICA TODAY" geschrieben. Wir drucken den Beitrag hier ab, weil wir meinen, daß die jüngsten Ereignisse der Machtübernahme durch die Armee in Portugal die hier vorgelegte Analyse bestätigen. Sie liefert die notwendige Grundlage für richtiges und kritisches Verständnis dessen, was sich in Portugal abspielt.

Die Äußerungen des stellvertretenden portugiesischen Generalstabschefs Antonio de Spinola zu der Kolonialpolitik Portugals haben in Portugal eine Kette von Ereignissen ausgelöst, die in der Weltpresse außergewöhnlich großes Echo fanden. Diese Ereignisse wurden als das Ergebnis einer von Spinola herbeigeführten Krise dargestellt.

General Spinola, kriegserfahrenster portugiesischer Offizier und als nationaler Held gefeiert, vertritt in seinem im Februar dieses Jahres erschienenen Buch „Portugal und die Zukunft" die Meinung: „Wir erschöpfen uns in einem Krieg, der nicht zu gewinnen ist. Wir verteidigen die falschen Fundamente der Nation. . . . Wir können nicht hinnehmen, daß heute viele Portugiesen ihr Leben lassen, nur damit morgen noch mehr sterben. . . . In diesem Krieg kämpfen wir für Ideale, die weder moralisch sind noch dem Volke dienen." Von dieser Feststellung ausgehend und aus der Ansicht heraus, das Streben der afrikanischen Völker nach Selbstbestimmung sei begründet und müsse anerkannt werden, schlägt Spinola vor, den Krieg in den Kolonien zu beenden, indem man den Kolonien im Rahmen eines Bundesstaates (estado plurinacional) die Unabhängigkeit gewährt.

Um die Ereignisse der letzten Monate in Portugal einschätzen zu können, muß man sich etwas näher mit den drei Faktoren befassen, die im wesentlichen die Situation in den portugiesischen Kolonien und auch die Zukunft dieser Territorien bestimmen. Dies sind: die Entwicklung des Kapitalismus in Portugal, die Haltung der imperialistischen Länder und – in entscheidendem Maße – die Aktivität der Befreiungsbewegungen.

Diese Faktoren bedingen sich gegenseitig und können nicht isoliert betrachtet werden; die Ereignisse in Portugal im Frühjahr dieses Jahres betreffen jedoch stärker die Entwicklung des portugiesischen Kapitalismus in seiner Konfrontation mit der



aus: Sonderdruck
Afrika heute -
III. Welt
Mai 1974

wachsenden Stärke der Befreiungsbewegungen in den Kolonien.

Die Entwicklung des portugiesischen Kapitalismus

Das Salazar-Regime (Estado Novo) war ein Kompromiß zwischem dem Agrar- und dem Industriekapital. Weder die Klasse der Grundherren und ihre Verbündeten noch die industrielle Bourgeoisie waren stark genug, um die Macht zu übernehmen, und sie fanden in Salazar einen „Schiedsrichter", der ihre Differenzen auszuräumen in der Lage war, soweit deren Austragung die Gefahr heraufbeschwor, daß diese beiden herrschenden Klassen sich gegenseitig schwächten und auf diese Weise die nichtprivilegierten Schichten an die Macht kämen.

Im Laufe der letzten 40 Jahre wurde die Position des industriellen Sektors der portugiesischen Wirtschaft immer stärker. Symptom dafür ist, daß die Mehrheit der Bevölkerung heute in diesem Sektor beschäftigt ist und daß dieser den höchsten Beitrag zum Bruttosozialprodukt leistet. In dieser gestärkten Position ist die industrielle Bourgeoisie immer weniger bereit, eine „Kompromißregierung" zu akzeptieren, und verlangt eine größere Bewegungsfreiheit, was sich in der Forderung nach Aufhebung der industriellen Kontrolle (condicionamento industrial) sowie nach stärkeren Bindungen an Europa und das internationale Kapital ausdrückt. Die wachsende wirtschaftliche Macht der industriellen Bourgeoisie und die Ansprüche der „alten Bourgeoisie", die immer noch große politische Macht besitzt, machen es der Regierung Caetanos – als Nachfolger Salazars – immer schwerer, die „Schiedsrichterfunktion" zu erfüllen.

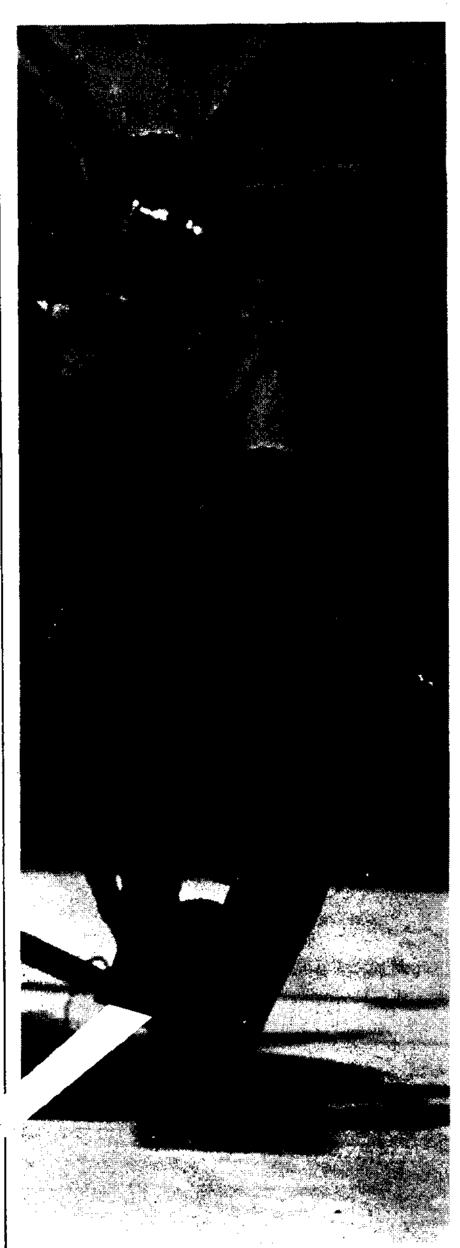
Caetano – das Ende der Mittler-Rolle?

So gerät Caetano immer mehr in die Isolation. Von den Liberalen abgelehnt und sich deshalb zwangsläufig auf die Rechten stützend – er entließ Spinola – wird er von den Rechten mit Mißtrauen betrachtet. Die Schiedsrichterrolle kann er kaum mehr wahrnehmen. Dies kann man aus der Tatsache entnehmen, daß es keine „Linie der Kolonialpolitik" gibt, sondern daß Lissabon die Kolonialprobleme jeweils kasuistisch löst. Die Konfrontation zwischen den verschiedenen Kapitalfraktionen findet nunmehr also direkt statt. Die Radikalisierung der politischen Kräfte – die schon Ende Dezember letzten Jahres deutlich wurde, als der rechtsradikale General Kaulza de Arriaga Caetano zu stürzen versuchte – tritt in den Ereignissen vom Frühjahr klar zutage.

In der Kolonialfrage wird der Kampf zwischen diesen beiden Fraktionen des Kapitals am deutlichsten, da die Kolonien die Hauptstütze der Macht der herrschenden Schichten darstellen und die Kolonialfrage somit das Kernproblem der portugiesischen Wirtschaft und Politik bildet. Caetano, der die Interessen der portugiesischen Kolonialisten gern mit denen der „westlichen Zivilisation" identifiziert, machte diesen Punkt in seiner Februarrede deutlich: „Europa braucht, wie das Brot zum Essen, die in Afrika vorhandenen Rohmaterialien und natürliche Energie." Auch wenn sie es offiziell nicht zugeben, sind beide Fraktionen des Kapitals sich im klaren darüber, daß, besonders aufgrund der verstärkten Position der Befreiungsbewegungen, die Kolonien auf die Dauer nicht zu halten sind und deshalb ein „Ausweg" gefunden werden muß. Der Unterschied liegt in den Zeitvorstellungen. Beide wollen die Kolonien so lange behalten, bis sie ihre Position so weit gestärkt haben, daß sie beim Unabhängigwerden der Kolonien mit den imperialistischen Ländern konkurrieren und sich also an der neokolonialen Ausbeutung beteiligen können, da sie sonst ihre Existenzgrundlage als privilegierte Klassen verlieren. Die Zeit, die die beiden Fraktionen brauchen, ist jedoch verschieden: das rückständige Agrarkapital benötigt *mehr Zeit* als das „progressive" Industriekapital, das eine stärkere Konkurrenzfähigkeit aufweist und bereits „Partner" des internationalen Kapitals ist. Daher die unterschiedlichen Lösungsvorstellungen: das Agrarkapital plädiert für eine *langsame,* auf der Grundlage von Reformen beruhende, kontrollierte Autonomie, während sich das Industriekapital *schnellere Lösungen* erlauben kann, zum Beispiel die von Spinola vorgeschlagene: einen Bundesstaat, in dem – ähnlich wie bei einer Commonwealth-Lösung – die Metropole auf die Dauer zwar an Macht verliert, bis dahin jedoch genügend Zeit verstreicht, um das Industriekapital dem internationalen Kapital gegenüber konkurrenzfähig werden zu lassen.

Gesucht: eine neokoloniale Lösung

In diesem Zusammenhang ist der Satz Caetanos „Wir brauchen Zeit" in seiner langen Rede zu verstehen, die er als Antwort auf das Buch von Spinola vor der Nationalversammlung hielt. Auch hier mußte die Regierung Caetano – wie früher schon so oft – „jonglieren"; dieser Satz kann von jeder der Fraktionen ihren eigenen Vorstellungen entsprechend interpretiert werden. Angesichts dieser Regierungspolitik ist es auch richtig, wenn Spinola vor dem französischen Fernsehen erklärte, seine Vorstellungen bedeuteten keine „fundamentale Meinungsverschiedenheit" mit der Regierung; denn beide suchen nach einer neo-kolonialen Lösung. Die Übereinstimmung zwischen Spinola und Ministerpräsident Caetano geht allerdings weiter. Caetano scheint – wie Spinola – den Trend des portugiesischen Kapitalismus erkannt zu haben und plädiert – auch wenn er die Macht der „Ultras" berücksichtigen und Spinola öffentlich kritisieren mußte – für eine „Bundesstaat-Lösung", die seiner Meinung nach zu einer Beendigung der Kolonialkriege führen würde. Es ist symptomatisch, daß das Buch Spinolas in dem Arcádia-Verlag erschien, der der größten portugiesischen Gesellschaft Companhia União Fabril (CUF) gehört, welche zahlreiche Firmen kontrolliert, vom Stahlwerk über Erdöl bis zur Seifenfabrikation. Marcello Caetano erhielt – vor Erscheinen des Buches – von Spinola ein mit seiner Widmung versehenes Exemplar.



Antonio de Spinola: 1972 in Guinea-Bissao.

Nicht ohne Grund stehen die „Ultras" Caetano mißtrauisch gegenüber. Seine Angriffsrede auf Spinola war nicht sehr überzeugend, deutlich war zwischen den Zeilen eine Unterstützung des Generals herauszuhören. Wenn Caetano sagte: „In der Politik gelten nur die historischen Betrachtungen, und diese sind unvereinbar mit Schwüren für die Ewigkeit: man kann nicht sagen, daß alles sich auf diese oder jene Weise ab-



... am 28. April 1974 mit Mario Soares in Lissabon. Fotos Gamma

spielen wird bis zum jüngsten Tag", so bezog er sich damit eindeutig auf die Kräfte, die die Beibehaltung der alten Kolonialpolitik wollen.

Neokoloniale Lösung auch im Interesse des Imperialismus

Für die imperialistischen Länder, die den zweiten Bestimmungsfaktor für die Zukunft der Kolonien darstellen, ist die von Spinola vorgeschlagene Lösung der neuen Bourgeoisie der der alten vorzuziehen. Zum einen, weil die neue Bourgeoisie um das Industriekapital bereits eng mit dem internationalen Kapital kooperiert, während die alte Bourgeoisie – da schwächer – sich gegen die Auslandskonkurrenz schützt; zum anderen, weil die Bundesstaat-Regelung zu einer schnelleren Loslösung der Kolonien von Portugal führen würde als ein Vorgehen mittels Reformen, und die imperialistischen Länder somit in kürzerer Zeit auf einen direkten Zugang zu den afrikanischen Gebieten hoffen könnten. In einer solchen, zeitlich begrenzten Präsenz Portugals in Afrika würde es den imperialistischen Ländern gelingen, aus Portugal eine Submetropole zu machen, die die Interessen des internationalen Kapitals in den von ihr kontrollierten Gebieten bis zu einer festen Verankerung vertritt. Die Annäherung Portugals an die EG und das großteils von internationalem Kapital finanzierte Industrie-Großprojekt (vor allem Schwer- und petrochemische Industrie) in Sines in Südportugal sind schon Zeichen einer solchen Politik. Unter diesem Aspekt betrachtet, ist die außergewöhnlich weite Verbreitung der „Spinola-Affäre" in der bürgerlichen Presse verständlich. Caetano sind diese Zusammenhänge klar, denn er warnte in seinem letzten „Familiengespräch" im Fernsehen (allerdings führt er diese Familiengespräche immer ganz allein) am 28. März: „Vergessen wir nicht, daß das Ausland hauptsächlich für das arbeitet, was ihm nutzt." Kurzfristig könnte ein Erfolg der von Spinola avisierten Linie eventuell das Dilemma der imperialistischen Länder mildern, einen Ausweg in der Frage der Unabhängigkeit Guinea-Bissaos zu finden, ohne eine Konfrontation mit Portugal in Kauf nehmen zu müssen (die sich z. B. darin ausdrücken könnte, daß Portugal versucht, die Azoren nicht weiter als NATO-Basis zur Verfügung zu stellen).
Der Spinolaplan ist subtiler als frühere Pläne. Das birgt die Gefahr in sich, daß er von der Weltöffentlichkeit leichter akzeptiert wird, weil seine Essenz verschleiert, also nicht sofort erkennbar ist. Er bedeutet eine Stärkung des imperialistischen Lagers, dem er die Möglichkeit bietet, Krisen zu umgehen und sich auszuweiten.

Klares Nein der Befreiungsbewegungen

Die Haltung der Befreiungsbewegungen – die den dritten und wichtigsten Faktor in den Kolonien darstellen – gegenüber der Spinola-Lösung kann nur ablehnend sein. Ein Bundesstaat hätte in einer bestimmten Form und unter bestimmten Umständen in den fünfziger Jahren zustande kommen können, als die Völker der Kolonien zu einem Dialog mit Portugal bereit waren, nicht aber nach einem mehr als zehnjährigen Repressionskrieg, in dessen Verlauf die Bevölkerung eine Politisierung erfuhr, welche eine neokoloniale Lösung seitens Portugals nicht mehr zuläßt. „Wir kämpften nicht so viele Jahre, um solche Lösungen wie die eines angeblichen Luso-Afrikanischen Commonwealth zu akzeptieren", sagte Aristides Pereira, der Generalsekretär der PAIGC.
Das Ziel der neuen Bourgeoisie ist nicht die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, sondern ihre Kontrolle nach einem Plan, der einseitig von Portugal aufgestellt wird. Diesem Plan zufolge würde die Zentralregierung weiterhin in Lissabon sitzen, ihr würde die Kontrolle der Finanzen, der Außenpolitik und der Armee zustehen sowie ein Vetorecht in bezug auf die Budgets der einzelnen Bundesstaaten.
Was dieser Plan bedeutet und welche Aussichten er hat, machte Oscar Monteiro, Sekretär für Auswärtige Angelegenheiten der FRELIMO, deutlich: „Spinola sagt im wesentlichen: der Krieg kann nicht gewonnen werden, wenden wir also neue Mittel an, um dasselbe Ziel zu erreichen: die Beibehaltung der Kolonien. Aber in Mozambique bieten sich in dieser Situation nur zwei Möglichkeiten: der offene Kolonialismus, gegen den wir kämpfen, oder

die absolute und bedingungslose Unabhängigkeit." (Tribune de Genève, 20. 3. 74).

Ohne die Befreiungsbewegungen gibt es keine Lösung

Die Ausführungen Spinolas selbst, der als der erfahrenste General der Kolonialkriege gilt, enthalten eine ausführliche Liste von Gründen, warum die Befreiungsbewegungen nicht zu besiegen sind. Diese Bewegungen sind daher sehr wohl in der Lage, sich auch der Durchführung des von Spinola vorgeschlagenen Planes zu widersetzen. Dies ist einer der vielen Widersprüche im Konzept Spinolas, der nach seiner Niederlage in Guinea-Bissao immer noch behauptet, die Völker stünden auf der Seite Portugals. Noch wichtiger ist der zwischen den logischen und zwangsläufigen Konsequenzen seiner Überlegungen und dem, was er zu akzeptieren bereit ist, entstehende Widerspruch. Luis Cabral, Präsident des Staatsrates von Guinea-Bissao, macht diesen Widerspruch deutlich: „Der ehemalige Gouverneur ... wünscht eine Föderation. Wir würden uns dem nicht widersetzen, wenn er uns das Stimmrecht garantierte. Aber die Afrikaner wären in der Mehrheit, und ich bin überzeugt, daß Spinola niemals eine schwarze Regierung an der Spitze Portugals würde sehen wollen." (Le Figaro, 15. 3. 74).

Nachhutgefechte eines anachronistischen Kolonialismus ...

Das Vorlegen eines Planes für eine Bundesstaaten-Lösung durch einen Mann, der freiwillig auf der Seite Francos im spanischen Bürgerkrieg kämpfte und im Zweiten Weltkrieg als hoher Offizier Gast Hitlers bei zumindest einer großen Schlacht war, entstammt nicht dem Respekt gegenüber den unterdrückten Völkern, sondern dem Zwang, einen verlorenen Krieg zu beenden: die PAIGC proklamierte in Guinea-Bissao die Unabhängigkeit, die FRELIMO in Mosambik kämpft bereits tief im Binnenland im Hauptgebiet der Portugiesen und 50 km von der Grenze Südafrikas entfernt, in Angola greift die MPLA das Petroleum-Gebiet von Cabinda an.

... abgestellt nur auf die innerportugiesische Opposition?

Die Vorschläge Spinolas kommen zu spät, um eine Lösung der Kolonialfrage bieten zu können; ihre Wirkung auf die portugiesische Bevölkerung dürften sie allerdings nicht verfehlt haben. Die Notwendigkeit, gegen die bis dahin geführte und von dem „rückständigen Kapital" geforderte Kolonialpolitik zu argumentieren, führte Spinola zu einer Kritik an der Kolonialpolitik, die so weit ging, daß sie sogar die Legitimität der Politik der portugiesischen Regierung in Zweifel zog. In einem Land mit totaler Repression wirken seine Fragen und Anregungen wie ein mächtiger Keil, der in das starre Gefüge Portugal getrieben worden ist, und dies wird ohne Zweifel Folgen haben, die Spinola selbst nicht gewollt hat: schon der Aufstand des Infanterie-Regiments, das die Legitimität der Regierung in Frage stellte und auf Lissabon marschierte, ist ein Symptom dafür. Auf ein Volk, das im Verlauf einer über vierzigjährigen Diktatur apolitisch wurde, wirken allein die Zweifel Spinolas an der Richtigkeit der Kolonialpolitik und der Vorschlag eines Plebiszits wie die Eröffnung eines neuen Horizonts.

„Im Volk", so sagt Spinola, „liegt in Wahrheit die moralische Kraft der Nation", und davon ausgehend spricht er über die viel proklamierte „Einheit der Nation" („Das Vaterland wird nicht diskutiert, sondern verteidigt") und verlangt, das Volk solle die Definition liefern, was die Nation sei, „statt daß die Eliten, von denen die Geschichte uns zeigt, daß sie nicht immer die wahren Interessen des Volkes verteidigt haben, im Namen des Volkes und auf seine Kosten sich bekämpfen . . ." „Der kollektive Wille von 25 Millionen Portugiesen unterscheidet sich mit Sicherheit von demjenigen Willen, auf den sich ein künstlicher Begriff der Nationalität beruft, der als solcher aus der Diskussion herausgehalten wird." Folgerichtig schlägt Spinola eine – von der Regierung immer verhinderte – Volksbefragung vor, über die zuvor überhaupt zu diskutieren verboten gewesen war.

Diese Äußerungen allein reichten aus, um einigen oppositionellen Gruppen moralische Unterstützung zu geben und es ihnen zu ermöglichen, aus der passiven Opposition herauszufinden, wie z. B. auch die Meuterei einer Truppeneinheit zeigt. Hierzu bemerkte ein Beamter des Verteidigungsministeriums: „Wenn 200 bewaffnete Soldaten in der Tat auf die Hauptstadt zumarschiert sind, wie viele mehr werden daran gedacht haben, dasselbe zu tun?" (Guardian, 18. 3. 74) Es scheint, als ob ein Prozeß der politischen Bewußtwerdung in Gang gesetzt worden ist, der die Opposition nicht mehr hilflos dastehen läßt.

Kurzfristig hat Spinola verloren – er wurde abgesetzt, und der ihn unterstützende Generalstabschef wurde durch Joaquim Luz Cunha ersetzt, dessen Familie mit dem rechtsradikalen Kaulza de Arriaga verschwägert ist. Aber während Caetano, als er in den sechziger Jahren einen ähnlichen Vorschlag für die Kolonien unterbreitete, in aller Stille abgesetzt wurde, flüchteten sich nach der Absetzung Spinolas der Staats- und der Ministerpräsident in schwer verteidigte militärische Festungen.

Der Ausgang dieser ersten Phase wird weitgehend davon abhängen, welche Haltung die in den Kolonien selbst kämpfenden Truppen einnehmen werden. Schon die römische Geschichte hat gezeigt, daß die in Rom getroffenen Entscheidungen nicht viel wert waren, wenn die Konsuln in den Kolonien eine andere Haltung annahmen.

Langfristig kann jede Regelung der Kolonialfrage nur mit den Befreiungsbewegungen zusammen getroffen werden. Und von der Stärke der Befreiungsbewegungen wird es in hohem Maße abhängen, ob die portugiesischen herrschenden Klassen entmachtet und in Portugal die Voraussetzungen für seine eigene Befreiung geschaffen werden.

Nachbemerkung des Autors

Inzwischen ist die Regierung Caetano durch einen Militärputsch gestürzt worden. Am Abend des 25. April hatte die Armee die Macht übernommen, ohne daß der völlig isolierte Caetano die Möglichkeit gehabt hätte, den Alarmzustand auszurufen. Sein Versuch, weiterhin eine Vermittlerrolle zu spielen, ist endgültig gescheitert, weil seine Hauptstütze, das „rückständige Kapital", nicht mehr in der Lage war, seine politische Machtstellung zu behaupten. Das „progressive Kapital" versucht jetzt, „seine" Lösung für das Kolonialproblem durchzusetzen. Noch am 1. Mai plädierte Spinola für eine föderalistische Lösung für die Kolonien und verlangte genau wie Caetano, *Zeit* für einen neokolonialen Weg. Die Wirkungen der Kritik Spinolas an der Kolonialpolitik der Regierung Caetano in der Bevölkerung sind jedoch bereits deutlich: eine ablehnende Stellung gegen den Kolonialkrieg tritt zu Tage; verschiedene, bisher in der Illegalität arbeitende politische Gruppen verlangen entschieden eine sofortige und bedingungslose Unabhängigkeit der Kolonien.

Auch für Spinola wird die Kolonialfrage den entscheidenden Prüfstein bilden. Die Befreiungsbewegungen sind nicht bereit, seine Vorschläge zu akzeptieren. Es dürfte Spinola schwerfallen, sich gegen die immer stärker werdenden Kräfte zu stellen, die für die Unabhängigkeit der Kolonien eintreten; zum anderen erscheint es kaum möglich, einen Krieg gegen die Befreiungsbewegungen mit einer Armee zu führen, die nach ihren Erfahrungen nur schwer dazu bewegt werden kann, einen solchen Krieg zu führen.

Es kann auch nicht übersehen werden, daß zur derzeitigen Junta Fregattenkapitän Alba Coutinho und Oberst Galvao de Melo gehören, zwei hochdekorierte Vertreter der „Bewegung der Kapitäne", die für eine sofortige Beendigung des Krieges eintreten.

So sehr die „Spinola-Lösung" von den imperialistischen Ländern unterstützt wird – die drei Junta-Mitglieder Neto, Azevedo und Silvério Marques sind oder waren NATO-Verbindungsoffiziere, und es dürfte nicht purer Zufall gewesen sein, daß der Putsch gerade an dem Tag stattfand, an dem die NATO-Flotte für Manöver vor Lissabon ankerte – so wenig ist bereits jetzt abzusehen, ob die Entwicklung der inneren Kräfte in Portugal und die wachsende Macht der Befreiungsbewegungen Portugal nicht doch dazu bringen werden, bedingungslos die Unabhängigkeit der Kolonien anzuerkennen.

ERKLÄRUNGEN DER BEFREIUNGS-BEWEGUNGEN ZUM PUTSCH

Übersetzung aus dem englischen Original vom Informationszentrum Dritte Welt, D-78 Freiburg, Postfach 5328
Mai 1974

Frelimo

27. April 1974

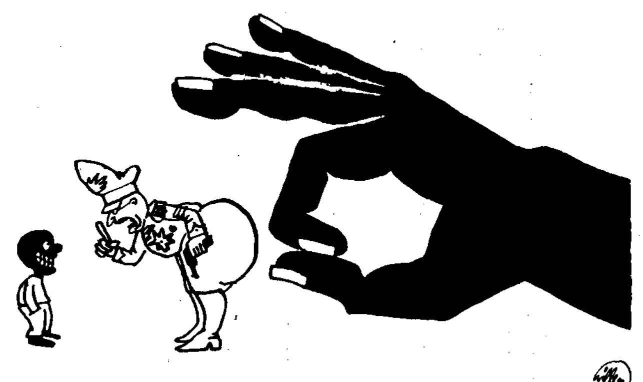
Erklärung des Exekutivkomitees der FRELIMO zu den Ereignissen in Portugal

Aus Radioberichten erfuhren wir am 25. April 1974 vom Staatsstreich in Portugal durch die Armee. Dieser Staatsstreich hatte zur Folge, daß die Regierung unter Marcelo Caetano abgesetzt und durch eine "Junta zur nationalen Erlösung" ersetzt wurde. Nach Angaben ihrer Initiatoren möchte diese Bewegung die gegenwärtige Krise lösen, die das portugiesische Regime und die portugiesische Gesellschaft nach 13 Jahren Kolonialkrieg durchmachen.

Dieser eben stattgefundene Staatsstreich kann nicht isoliert betrachtet werden. Er resultiert aus dem von wachsenden Teilen des portugiesischen Volkes getragenen neuen Bewußtsein, daß der Kolonialkrieg des faschistischen Regimes darauf abzielt, das Streben der kolonialisierten Völker nach Unabhängigkeit und Freiheit zu unterdrücken und außerdem gegen das Verlangen des portugiesischen Volkes nach gesellschaftlichem Wohl und politischer und sozialer Demokratie gerichtet ist.

Zu diesem Zeitpunkt wenden wir uns vor allem an diejenigen portugiesischen demokratischen Kräfte, die über viele Jahre hinweg aktiv und mutig gegen den Kolonialkrieg gekämpft haben. Dieses wachsende Bewußtsein steht in engem Zusammenhang mit der Bestätigung des unerschütterlichen Willens des Volkes von Mozambique und der Völkerr von Angola, Guinea-Bissao und den Kapverdischen Inseln, die Unabhängigkeit und Freiheit zu erzielen. Dieser Wille hat mit dem bewaffneten Kampf für die nationale Befreiung konkrete Formen angenommen; ein Kampf, der sich ständig ausweitet und bereits wichtige Regionen unseres Landes erreicht hat. Das zeitliche Zusammenfallen der Krise des Regimes in Portugal und die bedeutenden Fortschritte des nationalen Befreiungskampfes in Mozambique während der letzten zwei Jahre ist keineswegs ein Zufall, sondern ein weiterer Beweis, wie sehr unser Kampf die Lage in Portugal beeinflußt. Der wesentlichste Faktor für die Lage in Portugal und den Kolonien war und ist immer noch der Kampf unserer Völker. Die Grundlage für die Lösung aller anderen Probleme ist die Unabhängigkeit der Völker von Mozambique, Angola, Guinea-Bissao und der Kapverdischen Inseln, sowie der zusätzlichen portugiesischen Kolonien.

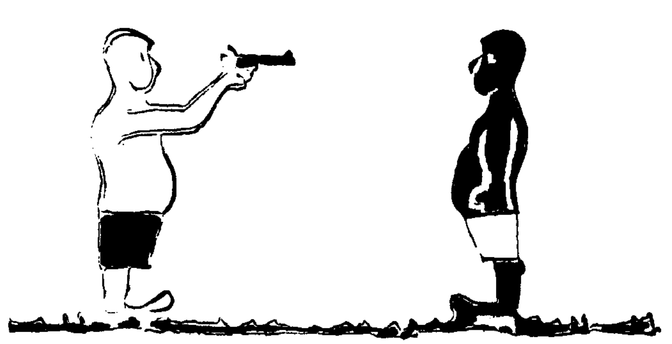
Die Verlautbarungen, die die Führer des Staatsstreiches bis jetzt gemacht haben, beinhalten Grundsätze, die - sollten sie in vollem Umfang verwirklicht werden - für das portugiesische Volk zweifellos einen Schritt vorwärts zur Errichtung der Demokratie in Portugal sein werden. Die jungen Menschen, die aktiv für den Sturz der seit 48 Jahren ununterbrochen herrschenden Diktatur in Portugal eintraten, handelten im Sinne des portugiesischen Volkes, das sein legitimes Recht auf Demokratie, Freiheit und wirkliche Unabhängigkeit verwirklicht. Dieselben jungen Menschen, die gezwungen wurden, gegen unser Volk zu kämpfen, erkannten das Unrecht dieses Krieges, an dem sie beteiligt waren. Sie erkannten auch den Charakter des Regimes, das sie zwang, ihr Leben bei der Verteidigung von Interessen zu opfern, die nicht die Interessen ihres Volkes waren. Die Errichtung der Demokratie in Portugal wäre für das portugiesische Volk ein Sieg; ein Sieg, über den wir uns freuen würden.



Für das Volk von Mozambique unter Führung der FRELIMO war es schon immer ein wesentlicher Grundsatz genau zu bestimmen, wer der Feind ist. Der Feind des Volkes von Mozambique ist nicht das portugiesische Volk, das selbst unter dem Joch des Faschismus leidet, sondern der Feind ist das portugiesische Kolonialsystem. Als weiten Kreisen innerhalb der portugiesischen Armee klar wurde, daß der von ihnen in den Kolonien geführte Krieg durch die portugiesische Öffentlichkeit abgelehnt wird, mußten sie erkennen, daß

die Armee nicht die Interessen ihres Volkes verteidigt. Wenn unser Kampf auf diese Weise zum Kampf des portugiesischen Volkes gegen den Faschismus und für das Recht auf Demokratie beigetragen hat, kann die FRELIMO mit ihrem Beitrag zufrieden sein. Aber gerade weil das portugiesische Volk das Recht auf Unabhängigkeit und Demokratie hat, kann dem Volk von Mozambique dasselbe Recht nicht vorenthalten werden. Für dieses einfache aber wesentliche Recht kämpfen wir. Die Ziele der FRELIMO liegen offen auf der Hand: die uneingeschränkte und vollständige Unabhängigkeit des Volkes von Mozambique und die Abschaffung des portugiesischen Kolonialismus. Das Volk von Mozambique unterscheidet sich in seinem Wesen vom portugiesischen Volk. Es hat seine politische, kulturelle und gesellschaftliche Eigenständigkeit, die nur durch die Unabhängigkeit von Mozambique völlig entfaltet werden kann.

Wir kämpfen nicht, um Portugiesen mit schwarzer Hautfarbe zu werden. Wir kämpfen, um uns als Mozambiquaner zu



bestätigen, ohne daß dies eine Geringschätzung der Portugiesen oder anderer Menschen bedeutet. FRELIMO versichert nochmals, daß sie mit allen Völkern der Erde in vollem Maße auf der Basis von Unabhängigkeit, Gleichheit, Achtung und gegenseitigem Interesse kooperiert. FRELIMO versichert auch mit allem Nachdruck, daß die Definition, wer ein Mozambiquaner ist, nicht durch die Hautfarbe, die rassische, ethnische, religiöse oder sonstige Herkunft bestimmt wird. Mitglieder der FRELIMO sind alle diejenigen Mozambiquaner, die sich zu deren Programm des Kampfes gegen den portugiesischen Kolonialismus bekennen und für die Unabhängigkeit von Mozambique eintreten. FRELIMO ist keine rassistische Organisation. Sie führt auch keinen Rassenkrieg. Wir versichern hier nochmals, was wir im Juli 1972 bereits erklärten: "Wenn wir den Kampf in Manica e Sofala aufnehmen, wo ein großer Teil der Portugiesen in unserem Land wohnt, so versichern wir, daß wir nicht gegen sie kämpfen; wir versichern, daß unser Sieg für die von Vorteil ist, die von ehrlicher Arbeit leben und die unter kolonialer und faschistischer Ausbeutung leiden. Das Volk von Mozambique fordert die portugiesischen Soldaten und das portugiesische Volk brüderlich auf, sich der gemeinsamen Anstrengung nach Befreiung anzuschließen. Während wir die wachsende Unterstützung in unserem Kampf um nationale Befreiung durch weiße Mozambiquaner begrüßen, möchten wir gleichzeitig bestimmte Teile der europäischen Bevölkerung von Mozambique vor Bemühungen ultra-rassistischer Kräfte warnen, die - ermutigt durch benachbarte rassistische Staaten - unseren bewaffneten Befreiungskamp in einen totalen Krieg zwischen Weißen und Schwarzen umwandeln zu wollen. Diese Taktik zielt darauf ab, daß die weißen Siedler aktiv an der Unterdrükkung unseres Volkes teilnehmen. Diese Haltung macht sie zu Instrumenten anderer Kräfte und dient weder ihren eigenen Interessen noch denen des Volkes von Mozambique."

Freiheit und Unabhängigkeit, die Bestätigung unserer nationalen Eigenständigkeit - dies sind also die Ziele unseres Kampfes. FRELIMO-Soldaten sind keine Berufssoldaten. Sie sind das Volk von Mozambique in Waffen. Vor allem anderen sind sie politische Kämpfer, die zu den Waffen griffen, um der täglichen Gewalt der kolonialen Beherrschung, Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende zu bereiten. Es ist Sache der portugiesischen Regierung, aus der Vergangenheit zu lernen. Ohne die Anerkennung des Rechts auf Unab-



hängigkeit für das Volk von Mozambique, geführt von der FRELIMO, dem authentischen und legitimen Vertreter des Volkes von Mozambique, kann der Krieg nicht beendet werden. Jeder Versuch, das wirkliche Problem zu umgehen, wird zu neuen und in gleichem Maße vermeidbaren Opfern führen. Der Weg zur Lösung dieses Problems ist bekannt: Anerkennung des Rechts des Volkes von Mozambique auf Unabhängigkeit. Wenn jedoch der Staatsstreich darauf abzielt, neue Formen zu finden, um die Unterdrückung unseres Volkes zu verlängern, so seien die portugiesischen Führer gewarnt, daß sie sich unserer festen Entschlossenheit gegenübersehen werden. Das Volk von Mozambique hat in

über 10jährigem heldenhaftem bewaffnetem Kampf schwere Opfer ertragen und das Blut seiner besten Söhne und Töchter vergoßen, um den unabdingbaren Grundsatz seiner Souveränität als freie und unabhängige Nation zu verteidigen. Politisch und militärisch gefestigt, ermutigt durch die wachsenden Erfolge des bewaffneten Kampfes zur nationalen Befreiung, enger als je zuvor, unter der Führung der FRELIMO vereint, wird das Volk von Mozambique vor keinem Opfer zurückschrecken, bis es sein Recht und seine grundsätzlichen Ziele durchgesetzt hat. Wir können nicht akzeptieren, daß die Demokratie für das portugiesische Volk verschleiern soll, daß die Unabhängigkeit unseres Volkes weiterhin verhindert wird. Genau wie die Aera Caetano gezeigt hat, daß es keinen liberalen Faschismus gibt, muß man auch erkennen, daß es keinen demokratischen Kolonialismus gibt.



Zu diesem Zeitpunkt ist es wichtig, daß alle mit dem Volk von Mozambique und den Völkern von Angola, Guinea-Bissao, der Kapverdischen Inseln und Sao Tome e Principe solidarischen Kräfte ihre Aktivitäten für die Anerkennung unseres Rechts auf vollständige Unabhängigkeit fortsetzen. Sie müssen gegenüber allen taktischen Zügen wachsam sein, die darauf abzielen, den Weg zu unserer völligen Befreiung abzublocken. Diese Manöver sind nicht nur durch die Portugiesen möglich, sondern auch durch die Regimes in Südafrika und im rassistischen Rhodesien. Außerdem ist es notwendig, daß alle Kräfte, die unseren Kampf unterstützen, ihre Hilfe an die Befreiungsbewegungen - wie sie auch aussehen mag - weiter verstärken, so daß mit dem Ende des portugiesischen Kolonialismus die Ziele unseres Volkes, die diejenigen der ganzen Menschheit sind, erfüllt sein werden.

UNABHÄNGIGKEIT ODER TOD

WIR WERDEN SIEGEN

DER KAMPF GEHT WEITER

Exekutivkomitee
FRELIMO

Auszüge und Zusammenfassung der Stellungnahmen von PAIGC und MPLA

PAIGC

Die PAIGC bietet in der Stellungnahme ihres Kampf-Exekutivkomitees vom 6.5. 1974 den Portugiesen Verhandlungen zur Lösung des Konfliktes an. Ein Waffenstillstand wird von der PAIGC nicht als Vorbedingung genannt. Falls die Portugiesen diesen wünschen, stellt die PAIGC die folgenden Bedingungen:

"- Zusammenziehen aller sogenannten territorialen Besatzungstruppen in die Sektorkommandos und der sogenannten Interventionsbesatzungstruppen und ihrer operationellen Kommandos in die Kommandos der operationellen Sammlung.
- Einstellung jeder operationellen Handlung und jedes Angriffs gegen die Bevölkerung."

Zur Lösung des Konfliktes muß eine neue Art der Beziehungen hergestellt werden, die erfordern:

"- die Anerkennung der Republik Guinea-Bissao und das Recht unseres Volkes auf den Kapverdischen Inseln auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit;
- die Anerkennung dieses selben Rechts für die Völker der anderen portugiesischen Kolonien."

"Das Kampf-Exekutivkomitee der PAIGC, von der OAU anerkannt als der einzige, authentische und legitime Vertreter des Volkes von Guinea und der Kapverdischen Inseln, weist von vornherein jeden Akt zurück, der darauf abzielt, sogenannte nationalistische Gruppen zu akkreditieren, die in letzter Minute geschaffen oder im Ausland unterhalten werden und deren Anerkennung durch die portugiesischen Behörden als einzige und unvermeidliche Konsequenz die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes um die nationale Befreiung hätte."

MPLA

Wie schon die anderen Befreiungsbewegungen sieht auch die MPLA einen direkten Zusammenhang zwischen den Erfolgen in Befreiungskampf der Völker in den Kolonien und dem Staatsstreich in Portugal. In der Auflösung der Geheimpolizei DGS, der Freilassung politischer Gefangener sowie der Aufhebung der Pressezensur werden ermutigende Zeichen gesehen. Aber:

"Dadurch, daß die 'Junta der nationalen Erlösung' die Lösung der Kolonialfrage an die zukünftige Nationalversammlung weiterleitet, entsteht ein gefährlicher Aufschub der Lösung der Kolonialfrage."

"Das Exekutivkomitee der MPLA und alle Kämpfer drängen das portugiesische Volk, seine Waffen nicht aus der Hand zu geben, damit es weiterhin in der Lage ist, erfolgreich durch radikalen Wandel den Fortschritt und die Gerechtigkeit des zukünftigen portugiesischen politischen Regimes anstreben zu können."

Die MPLA fordert von der "Bewegung der Streitkräfte" und der Junta die Freilassung aller politischen Gefangenen in Angola, die Organisationsfreiheit sowie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Angola. Sie fordert alle Angolesen auf, in diesem für die angolesische Nation äußerst bedeutenden Moment, sich in der MPLA zu vereinen.

"Die MPLA ruft alle Nachbarvölker und -länder und alle Völker Afrikas sowie auch die Völker aller anderen Kontinente auf, die Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes in Angola und den anderen portugiesischen Kolonien fortzusetzen und sogar noch zu verwärken."

Agostinho Neto (Präsident der MPLA) weist in seiner Stellungnahme vom 1.5.1974 jegliche Form der Föderation, in der nur Portugal das "letzte Wort" hätte, zurück.

"Die MPLA hat immer für die vollständige Unabhängigkeit gekämpft und nur unter Beachtung dieses Prinzips kann eine Kooperationsbasis mit anderen Ländern entstehen."

Die MPLA ist zu Verhandlungen bereit.

Soweit die Stellungnahmen der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien zu dem Staatsstreich in Portugal. Inzwischen sind die Verhandlungen angelaufen. Aber wir sehen, daß die neuen Machthaber in Lissabon über die Kapverdischen Inseln getrennte Verhandlungen führen wollen, um sie eventuell doch weiterhin der NATO als Stützpunkt zur Verfügung stellen zu können. In Mozambique rollt eine neue militärische Offensive der Kolonialarmee gegen die FRELIMO an. Anfang Juni meldeten die Portugiesen, daß sie bei heftigen Kampfhandlungen in Angola 50 "Rebellen" getötet hätten.
Die Befreiungsbewegungen müssen weiter um die vollständige Unabhängigkeit der Völker kämpfen.

Entkolonialisierung des Lernens

Unter dieser Überschrift bringt das pädagogische Magazin "betrifft: erziehung" im Heft Juni 74 fünf Berichte über die Umgestaltung des Erziehungswesens in Chile (unter Allende), Tansania und Cuba:

Politischer Kampf und politisches Lernen. Gespräch mit dem chilenischen Psychologen und Soziologen René Bendit

Gerlinde Supplitt: Ujamaa - Sozialismus in Tanzania

Solomon Odia: Tanzania: Sozialismus und Bildung

Julius Nyerere: Erziehung zum Vertrauen auf die eigene Kraft

Wolfgang Geisler: Cubas Schulen auf dem Lande

Ziel der Versuche, über die hier berichtet wird, ist es, das koloniale Erziehungssystem zu überwinden und die Bildungsprozesse so zu gestalten, daß sie den breiten Massen nützen.

Als Methoden zur Erreichung dieses Ziels lassen sich dabei - in den einzelnen Ländern unterschiedlich gewichtet - folgende Maßnahmen beobachten:

- Bezug des Lernens zu den Lebensproblemen lernender Gruppen und zu ihrer Geschichte
- Wiederherstellung der Verbindung von Lernort und Gemeinwesen
- Stärkere Verbindung von Theorie und Praxis
- Demokratisierung des Bildungswesens
- Politische Bewußtwerdung

Es ist als Mangel zu betrachten, daß in diesen Berichten vorwiegend die Zielvorstellungen und offiziellen Verlautbarungen zu den Bildungsprogrammen berücksichtigt wurden und daher die konkreten Schwierigkeiten und Erfolge nur am Rande erwähnt werden. Trotzdem bieten diese Artikel eine recht gute Ergänzung und Erweiterung zu "Ideologiekritik 10: Bildungshilfe" (iz 30 und iz 32/33) und die Artikel über Tanzania (iz 30 und iz 26/27).

wawi

Folgender Artikel zeigt, wie die PAIGC in Guinea-Bissao ihr Schulsystem formal aufbaut. Er geht jedoch nicht auf die Inhalte und die Bedeutung des Erziehungswesens im Befreiungskampf ein.

Die PAIGC errichtete inzwischen mehr Schulen und lehrte mehr Leuten lesen und schreiben als die Portugiesen in ihrer gesamten Kolonialzeit. Auch die Unterrichtsinhalte unterscheiden sich. Es wird nicht mehr gelehrt, welche Flüsse es in Portugal gibt und welcher portugiesische Herrscher fremde Länder erobern ließ. Bedeutend ist geworden, die eigene Geschichte des Landes und sich selbst als Afrikaner zu begreifen.

In den befreiten Teilen Guinea-Bissaos lernen nicht nur die Kinder und Jugendlichen. Auch Erwachsene werden alphabetisiert, sowie mit den Grundlagen der Mathematik vertraut gemacht.

Ziel ist in erster Linie eine Grundausbildung, an der alle teilnehmen sollen. Es soll keine neue Elite herangezogen werden.

Die Befreiungsbewegungen lehnten deshalb Stipendienangebote von befreundeten Staaten ab, weil hochqualifizierte Fachkräfte im Sinne einer Technologie der Industrienationen nicht notwendig und erstrebenswert sind. Wichtiger ist eine allumfassende Ausbildung, die sich an Guinea-Bissao, Angola und Mozambique selbst orientiert. So müssen alle Schüler neben dem Unterricht handwerkliche und militärische Kenntnisse erwerben und jährlich 3 Monate - meist in der Landwirtschaft - arbeiten.

Red.

Wenn die Schüler es verlangen, muß auch ein Lehrer gehen

In Guinea-Bissao dürfen die Kinder über wichtige Dinge mitentscheiden

Dreigliedriges System

Von Rolf-Henning Hintze

Nach der Unabhängigkeit muß jeder lesen und schreiben können, denn das Volk darf nicht mehr wie in Zeiten des Kolonialismus getäuscht werden", sagte der im Januar 1973 ermordete Führer der Befreiungsbewegung in Guinea-Bissao, Amilcar Cabral, einmal in einer Versammlung im befreiten Gebiet. Und um der Landbevölkerung die Notwendigkeit des Lernens plastisch zu machen, erzählte er die Geschichte eines Bauern, der mit einem Stück Papier zum Leiter des portugiesischen Militärpostens ging und Prügel erhielt. Auf dem Papier stand: „Bestrafen Sie diesen Schwachkopf."

Cabral hat die gegen den Willen Portugals vorgenommene Proklamation der Republik Guinea-Bissao am 24. September 1973 nicht mehr erleben können, aber er hat sich bis zu seinem Tode mit besonderem Nachdruck für den Ausbau des Schulwesens eingesetzt, und der jetzige Stand der Entwicklung ist wesentlich ihm zu verdanken.

Es gibt heute in den von der „Partido Africano da Independencia da Guiné e Cabo Verde" (PAIGC) beherrschten Teilen des Landes drei Arten von Schulen:

Dorfschulen, Semiinternate und Vollinternate. Am häufigsten sind die Dorfschulen. Sie werden in der Nähe von Dörfern unter dem Schutz von Bäumen so versteckt angelegt, daß sie aus der Luft von portugiesischen Flugzeugen nicht zu entdecken sind. Da es aber häufig vorgekommen ist, daß die Portugiesen, wenn sie irgendwo im befreiten Gebiet eine Spur von organisiertem Leben bemerkten, wahllos Hunderte von Bomben warfen und auch Schulen trafen, hat man direkt neben den Schulen Gräben ausgehoben, in denen Schüler und Lehrer im Fall eines Angriffs Schutz finden.

Die Dorfschulen haben in der Regel zwei Klassen, in denen Lesen, Schreiben, Rechnen, Portugiesisch und Geographie unterrichtet werden. In der ersten Klasse ist die Unterrichtssprache oft Kreolisch, eine Mischung aus Portugiesisch und einigen afrikanischen Sprachen, weil dies in vielen Gegenden die gebräuchliche Umgangssprache ist.

Sowenig der Unterricht in festen, aus Stein gebauten Schulhäusern stattfindet, so wenig besitzen die Lehrer eine längere Fachausbildung. Meist haben sie lediglich eine Zeitlang eine Oberschule in den bis heute noch von den Portugiesen beherrschten Städten des Landes besucht. In den „großen Ferien" während der Regenzeit besuchen die Lehrer jedoch regelmäßig für drei Monate ein Zentrum für Lehrerbildung in Conakry, der Hauptstadt der benachbarten Republik Guinea.

Nur die besten Schüler bestehen die Abschlußprüfung der zweiten Klasse und erwerben damit das Recht, ein Semiinternat zu besuchen. Ein Semiinternat ist eine Art Mittelpunktschule für einen größeren Umkreis. Da es in den befreiten Gebieten keine Schulbusse wie bei uns in ländlichen Gegenden gibt, wohnen die Schüler die Woche über im Internat und machen sich nur am Wochenende auf den Weg zu ihren Eltern in den weiter entfernten Dörfern.

Die Semiinternate arbeiten wie die Dorfschulen in einer sehr spartanischen Weise. Der Unterricht findet ebenfalls im Freien auf provisorisch aus kleinen Baumstämmen gefertigten Bänken und Tischen statt. Die Zahl der Schulbücher reicht noch längst nicht, obwohl Schweden und die DDR kostenlos ausgezeichnete Lese- und Mathematikbücher zur Verfügung gestellt haben. Außerdem mangelt es, wie uns ein Direktor erklärte, an Schreibheften, Bleistiften, Schultaschen und Landkarten. Das Essen ist bescheiden und nicht sehr abwechslungsreich — fast jeden Tag gibt es Reis —, aber ausreichend.

Zum Stundenplan der Semiinternate gehört auch politischer Unterricht. Hier werden die Schüler aus der Sicht der PAIGC über Motive und Auswirkungen der jahrhundertelangen portugiesischen Kolonialherrschaft aufgeklärt und erfahren die Gründe, warum die NATO-Mitgliedstaaten Portugal bis auf den heutigen Tag massiv unterstützen. Und natürlich lernen die Schüler das politische Programm der PAIGC kennen, das die Grundlage für den Befreiungskampf bildet.

Nur die besten Schüler des Semiinternats bekommen den erfolgreichen Abschluß der 4. Klasse attestiert und erhalten die Möglichkeit, eines der beiden Vollinternate der PAIGC in Ziguin-

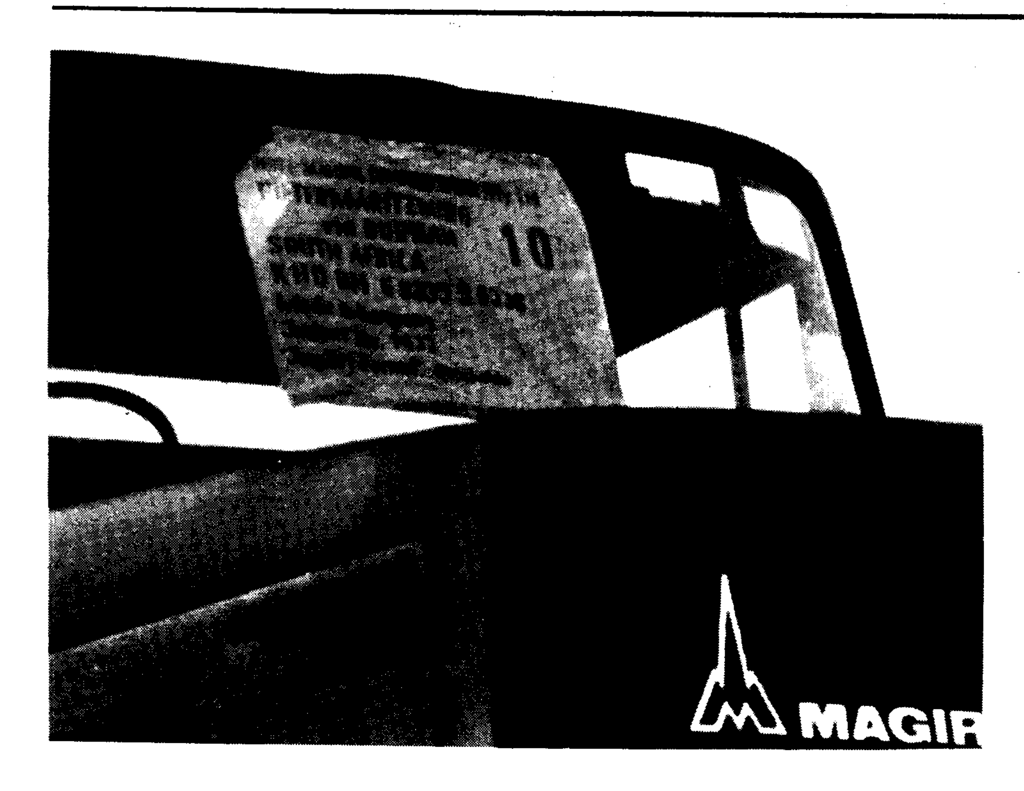
chor (Senegal) oder Conakry (Guinea) zu besuchen. Diese Schulen sind im Ausland eingerichtet worden, um der Ausbildung möglichst gute materielle Voraussetzungen zu schaffen. Im befreiten Gebiet wäre es beispielsweise schwierig, Demonstrationsmaterial für den Physik- oder Chemieunterricht so aufzubewahren, daß es während der Regenzeit nicht beschädigt wird. Diejenigen Schüler, die auch diese Schulen erfolgreich abschließen, haben gute Aussichten, einen Studienplatz an einer Universität in befreundeten Ländern zu erhalten.

Schulbuch aus den befreiten Gebieten in Guinea-Bissao. (Bild: Michael Ruetz)

An den Internaten und einigen größeren Semiinternaten werden bemerkenswerte Formen von Schülermitbestimmung praktiziert. Analog zu den Dorfkomitees im Bereich der zivilen Verwaltung wählen die Schüler ein Schulkomitee mit — je nach Größe — fünf bis 13 Mitgliedern. Die Mitglieder des Komitees sind für einzelne Bereiche der Schülerarbeit wie Kultur (Volkstanz, Aufführungen) oder Gesundheitswesen verantwortlich.

Das Schulkomitee hat das Recht, jederzeit eine Vollversammlung der Schule einzuberufen, um aktuelle Probleme oder Mißstände zu erörtern. Bei schwerwiegendem Fehlverhalten kann jedes Mitglied der Schule, gleichgültig ob Schüler oder Lehrer, aus der Schulgemeinschaft ausgeschlossen werden. Der Direktor eines Internats sagte uns, daß sich diese Form der Mitbestimmung außerordentlich bewährt habe. Sie trage dazu bei, das Verantwortungsbewußtsein eines jeden einzelnen zu stärken, und darauf ist eine Befreiungsbewegung grundsätzlich in besonderem Maße angewiesen.

Cabrals Ziel, daß jeder Guineer lesen und schreiben können solle, ist bis heute nicht erreicht worden, aber es steht fest, daß noch niemals in der Geschichte des Landes mehr Menschen Schulbildung hatten als heute. Die Bemühungen der PAIGC könnten ein Stück weiter gediehen sein, wenn materielle Hilfe nicht fast ausschließlich aus sozialistischen Ländern käme. Auf die Frage, ob materielle Hilfe aus westlichen Ländern angesichts der Rolle der NATO in den Kolonien denn überhaupt angenommen würde, antwortete uns ein hoher Funktionär: „Hilfe, die nicht an irgendwelche Bedingungen gebunden ist, wurde von uns noch niemals zurückgewiesen."



Die Frachtanwei=
sung lautet: Pie=
termaritzburg via
Durban, South Afri=
ca , KHD (Klöckner-
Humboldt-Deutz)BM
usw.

SÜDAFRIKA
MILITÄRTRANSPORTER AUS DER BRD

Die Südafrikanische Republik bemüht sich, wie die Zeitschrift "Wehrdienst" (Untertitel: Informationsbrief für die Verteidigungswirtschaft) Nr. 461/74 vom 29.4.74 meldet, um die Lieferung von 137 Schwertransportern für Panzer durch die BRD. Das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, das alle Militärlieferungen ins Ausland zu genehmigen hat, hat die Ausfuhr der mit Mitteln des Bundesverteidigungsministeriums bei Krupp entwickelten Auflieger für die Panzer untersagt, nicht jedoch die Lieferung der "zivilen" Zugmaschinen für die Auflieger. Diese werden bereits von Klöckner-Humboldt-Deutz geliefert, wie Photos beweisen, die Mitte Februar von einem Hafenarbeiter der Aufbauzelle Hafen des KBW bei der Verschiffung in Bremen aufgenommen wurden.



Die Sattelschlepper in Bremen bei der Verladung. Die Frachtanweisung ist deutlicher noch aus der Abbildung auf der gegenüber stehenden Seite zu ersehen.

Nachdem Krupp-Vorstandsvorsitzender Mommsen (ehemaliger Staatssekretär der Verteidigung im ersten Kabinett Brandt) sich bisher erfolglos um die Genehmigung der 30 Millionen-Lieferung bemüht hat, will Südafrika, so der "Wehrdienst", die Auflieger für die Panzer selber bauen mit Hilfe von Daimler-Benz: "In Bonner Genehmigungsbehörden (Außenamt, Verteidigung, Wirtschaft) wird erwartet, daß DB (Daimler Benz) dabei hilft und daß der südafrikanische Eigenbau dem Bundeswehr-Auflieger verdammt ähnlich sehen wird." Daimler Benz unterhält eine Tochtergesellschaft in Südafrika: die Car Distributors Assembly in East London.

ÄTHIOPIEN
BRD VERLÄNGERT POLIZEI-AUSRÜSTUNGSVERTRAG

Wie der "Ethiopian Herald" in seiner Ausgabe vom 5.2. berichtet, wurde der Polizei-Ausrüstungsvertrag zwischen der BRD und Äthiopien bei einem Besuch des Staatssekretärs im Verteidigungsministerium S. Mann in Addis Abeba Anfang Februar verlängert. Dieser 1965 abgeschlossene Vertrag (1) sieht die Lieferung von Material (Fahrzeuge, Fernmeldegeräte, technische Einrichtungen) für den Auf- und Ausbau der äthiopischen Polizei vor, die Entsendung einer Sachverständigengruppe nach Äthiopien, die zum Teil aus Bundeswehrangehörigen bestand sowie die Ausbildung von äthiopischem Polizeipersonal in der BRD (2). Die im Vertrag zugesagte Unterstützung von insgesamt 30 Mio DM wurde in Raten von jährlich ca. 4,5 Mio DM (3) aus Mitteln der technischen Hilfe (4) bereitgestellt.

Wie wir von anderer Seite erfahren haben, beläuft sich die jetzt vereinbarte Erhöhung auf 12 Mio DM (wovon 4 Mio DM von der bisherigen Abmachung nochmals genehmigt wurden). 1971 wurde der Vertrag bereits zum ersten Mal verlängert.

Aus dem Bericht des "Ethiopian Herald" geht ebenfalls hervor, daß die BRD den Aufbau einer Polizeischule, die gerade fertig gestellt wird, mit mehr als 4 Mio Dollar finanziert hat. Die Kollegen von der Armee haben schon ihre BRD-Schule. Für die Facharbeiterschule des Heeres in Holetta wendete die BRD bereits bis Ende 72 mehr als 8 Mio DM auf (5). Auf ihr werden ausschließlich Angehörige der Armee unterrichtet, die sich nach ihrer Ausbildung zu einer siebenjährigen Tätigkeit bei der Armee verpflichten müssen.

Zudem finanzierte die BRD den Aufbau der technischen Fakultät in Addis Abeba, deren Absolventen (nach deutschen Bedarfsermittlungen) zu ca. 40-50 % bei Armee und Innenministerium (= Polizei) angestellt werden. Auch die Straße nach Mojale an der Grenze nach Somalia, selbst nach Ansicht der Bundesstelle für Außenhandelsinformation (6) eine Militärstraße (mit Somalia befindet sich Äthiopien in einem Grenzkonflikt) wurde aus Mitteln der Kapitalhilfe mit mehr als 60 Mio DM gefördert (7).

Der äthiopische Feudalismus hat diese Unterstützung bitter nötig. Die Ausdehnung des Vertrages kommt zu einer Zeit, als das Versagen des Regimes durch die Hungersnöte in Wollo und Tigre offenbar wurde und durch die Streiks der Lehrer, Studenten und Transportarbeiter in eine schwere Krise geraten war. Nachdem die Streiks im Februar und März anfangs auch auf Teile der Polizei übergegriffen hatten, konnten die immer noch andauernden Streiks der Studenten mittlerweile von der Polizei mit Waffengewalt niedergeschlagen werden.

Der "Ethiopian Herald" titulierte den Verteidigungs-Staatssekretär als den Staatssekretär des Entwicklungshilfeministeriums. Aus äthiopischer Sicht besteht wenig Anlaß, zwischen diesen beiden Ministerien zu differenzieren.

gc



Anmerkungen

1) Der vollständige Wortlaut des Vertrages ist abgedruckt in U. Albrecht/B. Sommer: Deutsche Waffen für die Dritte Welt, Militärhilfe und Entwicklungspolitik, Reinbek bei Hamburg 1972 (rororo aktuell 1535), S. 128-133
2) s. auch iz3w, Nr. 24, S. 19-22
3) nach Werner Holzer, Süddeutsche Zeitung, 8.6.70
4) Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Allgemeine Statistik des Auslandes, Länderberichte Äthiopien 1972, Stuttgart und Mainz 1972
5) Bausteine einer besseren Welt, Bundesstelle für Entwicklungshilfe, Frankfurt a.M. 1973, S. 33
6) H.S. Meissner: Das Entwicklungsland Äthiopien (Hrsg. Bundesstelle für Außenhandelsinformationen), Köln 1967, S. 19
7) Zahlenmaterial und weitere Quellenhinweise zu den hier aufgeführten Projekten in iz3w, Nr. 24, S. 19-22

LESERSTIMMEN
ZUM SIEMENS-ARTIKEL IN NR 32/33

Die Umfrage (Beilage Nr. 32/33) hat zahlreiche Leser veranlaßt, uns vorzuschlagen, bessere Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Lesern und Redaktion der "blätter des iz3w" zu schaffen, z.B. regelmäßig Leserbriefe und Antworten darauf abzudrucken. Wir würden diese Vorschläge gern verwirklichen, zumal eine sozialistische Zeitschrift sich von den bloßen Konsumwaren, mit denen die kapitalistischen Pressekonzerne ihre Gewinne erzielen, sicher nicht zuletzt dadurch unterscheiden sollte, daß zwischen denen, die daran arbeiten, und denen, für die diese Arbeit bestimmt ist, eine freie, intensive Diskussion zustande kommt, deren Ergebnisse die redaktionelle Konzeption, den Inhalt und das Äußere des Blattes beeinflussen. Was uns bisher allerdings fehlte, um diesen Plan in die Tat umsetzen zu können, waren Ihre Diskussionsbeiträge. Wir haben in den 3 1/2 Jahren unserer Tätigkeit niemals regelmäßig oder in nennenswerter Zahl Leserbriefe erhalten und konnten deshalb natürlich auch keine Abdrucken oder Antworten darauf veröffentlichen.

Die Umfrage war auch ein Werkzeug, um diesen unbefriedigenden Zustand zu überwinden. Tatsächlich sind uns mit den ausgefüllten Fragebogen viele engagierte Stellungnahmen zur Gesamtkonzeption oder zu einzelnen Beiträgen der "blätter" zugegangen. Wir bitten Sie dringend, damit in Zukunft fortzufahren - auch wenn den "blättern" kein eigens dafür bestimmtes Formular mehr beiliegt!

Um Sie dazu anzuregen und gleichzeitig unseren Beitrag zur Diskussion zu leisten, beginnen wir in diesem Heft mit dem Abdruck Ihrer Stellungnahmen. Wir werden in einer Art "Serie" jeweils bestimmte Punkte - einzelne Artikel, Bestandteile unserer inhaltlichen und formalen Konzeption - als Themen herausgreifen, die (übrigens teilweise auch innerhalb der Redaktion) kontrovers beurteilt werden.

Die in diesem Heft abgedruckten "Leserbriefe" betreffen den Artikel "Rechtsprechung in der BRD am Beispiel des Siemens-Prozesses" (Nr. 32/33, S. 12-27). Die Angaben in Klammern geben die politische(n) Gruppe(n) an, denen der betreffende Leser am nächsten steht. In dem Artikel war untersucht worden, ob und auf welche Weise die Justiz im konkreten Einzelfall des Prozesses gegen drei Genossen, die auf einer Aktionärshauptversammlung der Firma Siemens AG den imperialistischen Charakter des Cabora Bassa-Projektes in Mozambique hatten bloßstellen wollen und sich das ihnen vorenthaltene Recht auf freie Rede und ausführliche Auskunft gewaltsam hatten zurückholen müssen, von den Kapitalverwertungsinteressen eines multinationalen Konzerns beeinflußt wurde. Anschließend antwortet das für diesen Artikel verantwortliche Mitglied unserer Redaktion auf einige der geäußerten Kritikpunkte. Wir planen, den Abdruck kontroverser Stellungnahmen im nächsten Heft mit dem Thema der äußeren Gestaltung (Titelblatt, lay-out usw.) auf ähnliche Weise fortzusetzen.

Red.

Sehe Aktivität auf Aktionärsversammlung nicht als relevante politische Praxis an. Demzufolge ist auch darauf folgende Repression für den Bereich "Dritte Welt" uninteressant. Funktion bürgerlicher Justiz wird von anderen Zeitschriften besser dargestellt. (Soz. Büro)

Es müßten mehr solche Informationen über den schon stattfindenden und Möglichkeiten des antiimperialistischen Kampfes in der BRD geboten werden. Ich erinnere an eine Äußerung eines FRELIMO-Vertreters: "Wir können nur Arme und Beine bekämpfen, ihr aber müßt den Kopf abschlagen." (Liga gegen den Imperialismus)

... die Aktion selbst hätte in Frage gestellt werden müssen... (KBW, KPD)

Mir gefallen Artikel, die einen "Theorie-Praxis"-Zusammenhang beschreiben, z.B. "Siemens-Prozeß" und Vorgeschichte, denn dieses sind vermittelbare Fakten. (Juso, Soz.Büro)

Warum laßt ihr "dahingestellt bleiben, ob eine Aktionärshauptversammlung überhaupt der Ort sein kann, wo antiimperialistische Arbeit gegen einen Konzern geleistet werden kann"? Das hätte gerade auch diskutiert werden müssen. Die Analyse von "Klassenjustiz" bleibt zum großen Teil oberflächlich. Klassenjustiz könnte auch in schönen hellen Räumen ohne Robe und Kreuz geübt werden. Man hätte näher auf die allgemeine politische Unterdrückung in der BRD eingehen müssen und Beispiele aus anderen Prozessen heranziehen müssen, wo es heißt: Wer die BRD einen imperialistischen Staat nennt, verstößt gegen ihre "Belange".
An einigen Stellen wird darauf hingewiesen, daß es sich bei diesem Prozeß nur um ein Beispiel handle und daß es ja auch anders sein könne. Was ist damit gemeint? Der Aufsatz ist zu lang und weitschweifig! (KBW, KPD)

... in seinem Aufbau und der Argumentation beispielhaft, die Theorie erlangt hier ihre volle Anwendung und Anschaulichkeit. (Soz. Büro)

Viel zu lang, z.B. Atmosphäre im Saal: 2 Seiten Blablabla. (keine)

Großartiger Artikel, weil verständlich und radikal im wörtlichen Sinne. (KBW)

Um hpö's These zu begründen, hätten 2 Seiten genügt. Ein sehr schwacher Beitrag! (Soz. Büro)

Gesamtdarstellung des Problemzusammenhanges... (Soz. Büro)

Entweder Rechtsprechung in der BRD (gehört nur nicht ins iz3w) oder Analyse der Siemens-Geschäftspolitik (wurde bereits früher geleistet) - die Vermischung von beidem schwächt die Analyse und ist verfehlt. (Juso)

... gut begründete Aussagen! (KPD)

... emotional überspitzt und ideologisch aufgeheizt - der Berichterstatter hätte mit diesem Bericht (kämpferisch) der Sache einen miesen Dienst erwiesen. (keine)

Erwiderungen

1. Das Argument, Hauptversammlungsaktionen seien politisch sinnlos und deshalb müsse die darauf folgende Repression sowie ihre Analyse uninteressant sein, enthält zwar Richtiges, ist aber verdreht. Der Sachverhalt ist gerade umgekehrt: Weil Hauptversammlungsaktionen einer auf legalem Wege möglicherweise nicht zu durchbrechenden Repression ausgesetzt sind, bleiben sie weitgehend wirkungslos. Der Zusammenhang von Kapitalinteressen und juristischem Überbau ist nichts Nebensächliches, sondern seine konkrete Analyse - die ich anhand eines Beispiels versucht habe - stellt erst die Grundlage der richtigen politischen Einschätzung u.a. von Hauptversammlungsaktionen her. Was die geäußerte Kritik bedingungslos und abstrakt voraussetzt, problematisiert der Artikel und kommt dabei allerdings zu einem Ergebnis, das die Voraussetzungen der Kritik eher bestätigt als widerlegt.

2. Ebensowenig wie Länge ist Kürze an sich wertvoll. Beides sollte mit Thema und Absicht zusammenstimmen. Bei einem Artikel, der mit dem Ziel geschrieben wird, einen Gesamtzusammenhang zu verdeutlichen und dabei noch konkret und anschaulich zu bleiben, ist eine gewisse Ausführlichkeit nicht zu vermeiden. Kürze zu erzwingen, würde hier bedeuten, daß die Darstellungsmethode Vorrang vor der Sache bekäme. Ein Unding wäre natürlich, wenn die "blätter" nur solche langen Artikel enthielten. Zu unserem redaktionellen Konzept gehört aber gerade die Mischung von Kurzinformationen und ausführlichen Analysen, die die Kluft zwischen Einzelfaktum und theoretischem Begriff überbrücken. Im übrigen war meine Absicht, die einzelnen Abschnitte des Artikels in sich abzuschließen und durch geeignete Untertitel voneinander zu trennen, so daß sie auch für sich gelesen werden können.

3. Ich habe nirgends behauptet, daß Klassenjustiz nicht auch in hellen Räumen und ohne die bedrückende Atmosphäre einer "juristischen Messe" möglich wäre. Es gibt diese "freundliche" Form der Klassenjustiz in der BRD - ebenso wie es Formen der Grippe gibt, bei denen man kein Fieber bekommt. Dennoch ist die im Artikel geschilderte Atmosphäre ein charakteristisches Symptom der Klassenjustiz und niemand, der einmal die verlegene Unsicherheit eines der proletarischen Klasse entstammenden Angeklagten oder Zeugen in solchen Situationen erlebt hat, wird kritische Bemerkungen dazu als "bla bla" abtun.

4. Siemens-Geschäftspolitik und BRD-Rechtsprechung aus Gründen der Einfachheit je für sich zu behandeln und die Kritik an der Justiz anderen, darauf spezialisierten Zeitschriften zu überlassen, hieße wiederum aus methodischen Gründen, d.h. hier um der Klarheit willen, der Sache nicht gerecht werden: Der tatsächlich existierende Zusammenhang von Kapitalinteressen und Parteilichkeit der Justiz würde dadurch nicht wirklich, politisch, sondern nur scheinbar, ideologisch zerrissen. Ich habe den Eindruck, daß der betreffende Leser einerseits diesen Zusammenhang nicht wahrhaben will, sich aber andererseits seine inhaltlichen Vorbehalte nicht eingesteht und deshalb Zuflucht nimmt zum methodischen Vorschlag, alle Gegenstände fein säuberlich zu trennen.

5. Hinter dem Verzicht auf andere Beispiele aus unserer "Rechtspflege", an denen die politische Repression in der BRD noch deutlicher wird, stand die Absicht, einmal an nichts weiter als einem stinknormalen Prozeß fernab jeder großen Publizität die Problematik der Klassenjustiz aufzurollen und ihren Charakter zu zeigen. Gerade das war als vorsorglicher Schutz gegen das konservative Abwehrstereotyp gedacht, das immer wieder behauptet, es handle sich im gerade vorliegenden Fall nur um einen besonders krassen Auswuchs etc. Dieses Stereotyp wird im Artikel nicht wiederholt, wie ein Leser unterstellt, sondern es wird erwähnt, um es zu entkräften - soweit das berechtigt ist und anhand der im Artikel dargestellten Ereignisse belegt werden kann. Ich bin allerdings davon überzeugt, daß auch Hinweise auf andere Prozesse diesen Zweck hätten erfüllen können, vielleicht in anderer Weise. Ob der Verzicht darauf sinnvoll war, erscheint mir nicht mehr sicher.

hpö

FERNSEHEN IN 3.-WELT-LÄNDER

Es gibt westliche Touristen, die aus Lateinamerika zurückkommen und sich darüber ereifern, daß z.B. in Buenos Aires auf jeder Behausung, jeder Hütte eine Fernsehantenne prangt, während sich die Bewohner über Unterernährung, mangelhafte Kleidung und Krankheiten beklagen. Das Elend stellt sich für diese Touristen und sie stellen es uns als fehlerhafte Konsumwahl dar, wenn nicht als verwerfliche Konsumgier. In jedem Fall aber als von den Betroffenen selbst verschuldet. Wer mit welchen Interessen tatsächlich hinter dem TV-boom in der Dritten Welt steckt, analysiert der folgende Artikel; er zeigt, daß falsche Konsumwahl nicht Ursache des Elends ist, sondern umgekehrt Folge der Abhängigkeit von den westlichen Industriekonzernen und -staaten, die für das Elend verantwortlich sind.

Red.

Surendra Kushwaha

Zur internationalen Dynamik des Fernsehens

In der Dritten Welt wird das neue Kommunikationsmedium Fernsehen ein Mittel zur Kulturdominanz und zum Ideologieexport des Westens im weitesten Sinne. Mit der Einführung der Fernsehwerbung in den Entwicklungsländern wird es ein Machtmittel mit unvorhersehbaren Folgen in den Händen der multinationalen Konzerne. Somit werden die Entwicklungswege der betreffenden Länder von internationalen Wirtschaftsmachtzentren stark beeinflußt, ja sogar bestimmt.

In letzter Zeit tauchen Begriffe wie „Kulturimperialismus", „Kommunikationsimperialismus", „the global American electronic invasion", „the developing world under electronic siege" häufig bei den Kulturkritikern und Kommunikationswissenschaftlern auf, die sich mit der „development communication" befassen. Daß die Lage so alarmierend ist, wie diese Worte darlegen, kann bestritten werden. Jedoch muß auf die Gefahr aufmerksam gemacht werden, daß die einseitige[1]) massive Ausfuhr der geistigen Inhalte und Kulturgüter des Westens in die Dritte Welt das Entwicklungsbild jedes einzelnen Landes zerstören und die natürliche soziale Entwicklung dieser Gesellschaften verzerren kann. Seitdem Kommunikation verpackt werden kann, wird sie als Ware behandelt – Bücher, Schallplatten, Filme etc. Die Ausfuhr dieser geistigen Konservenverpflegung aus dem Westen nimmt mit der technischen Entwicklung der Länder der Dritten Welt zu. Hier soll auf ein Medium – Fernsehen – und auf ein Land – die USA – eingegangen werden, wobei hinzugefügt werden muß, daß beides extreme Beispiele sind.

Kommunikationsexport aus den USA

Die USA exportieren doppelt so viele TV-Programme wie die anderen Industriestaaten zusammen. Die TV-Märkte in den Entwicklungsländern wachsen schnell. (Fernsehapparate in Afrika, Februar 1965: 577.000; Juli 1967: 857.000; im Nahen Osten, Februar 1965: 404.000, Juli 1967: 677.000[2]).) Um diese immer größer werdenden Märkte zu gewinnen, verkaufen die USA TV-Programme an die Dritte Welt zu erheblich niedrigeren Preisen als an andere Länder. Das Exportgeschäft im Bereich der Kommunikation umfaßt den Verkauf von Anlagen und Geräten, „management service" und Programmexporte. Zum Beispiel hat Columbia Broadcasting System (CBS) in Proartel in Argentinien, in Proventel in Venuzuela, in Pantel in Peru investiert und hat eigene Fernsehstationen in Trinidad und Antigua[3]). Die American Broadcasting Company (ABC) hat ein internationales Netzwerk von TV-Stationen („Worldvision") ausgebaut. „(It) can reach 60 % of all world TV-homes (outside the United States) where sponsorship is permitted (a total of 23 million TV-homes)"[4]). Die internationalen Aktivitäten der National Broadcasting Company (NBC) umfassen: „. . . syndication of 125 film series and services in 83 countries for more than 300 television stations . . . The leading export was ‚Bonanza'."[5]) „Voice of America", ein Organ der „United States Information Agency" (USIA) produziert TV-Serien für Japan, Nigeria, Thailand und ganz Lateinamerika, und die meisten USIA-Filme „are not identified as such in the 97 countries in which they are shown."[6])

Hilflos müssen die Entwicklungsländer auf diesen kommerziellen und kulturellen Angriff des Westens reagieren. Denn sie sind nicht in der Lage, ihre eigenen TV-Programme zu produzieren. Der Ablauf der internationalen Dynamik des Fernsehens läßt sich wie folgt beschreiben:

Entwicklungsland	**Geldgeber bzw. Industriestaaten oder Großkonzerne**
Phase I	
Die Führung im Lande interessiert sich für das Fernsehen a) aus Prestigegründen, b) weil es für die Verbesserung des politischen Image der Führung eingesetzt werden kann, c) weil es erzieherische Funktion erfüllen und zur Entwicklung des Landes beitragen kann.	Kredit vom Staat wird genehmigt weil man glaubt, daß durch dieses Medium der Prozeß der Entwicklung beschleunigt werden kann. (Im Hintergrund können andere Gründe verborgen sein). Eine der großen Firmen erhält den Auftrag und führt ihn aus.
Phase II	
Die Führung erfährt erst jetzt, daß man, um dieses Medium effektiv einsetzen zu können, Fachpersonal braucht, das die relevanten TV-Programme produzieren kann. Gemeint sind hier nicht die Techniker und Ingenieure, sondern die Leute, die die TV-Programme konzipieren und gestalten. Zweitens wird klar, daß in einem armen Land der Unterhalt des Fernsehens (wenn nicht dessen Ausweitung) eine sehr kostspielige Sache ist, die das Land sich nicht leisten kann.	Von vornherein waren sich die Partner im klaren, daß die Geschäftsverbindungen zu diesem Land möglichst dauerhaft geknüpft werden müssen. Weitere Kredite werden fällig für Unterhalt des Fernsehens, Ausbildung des Fachpersonals, Lieferung des „technical equipment", Errichtung einer Fabrik im Lande selbst für die Herstellung von Fernsehgeräten und Filmen. Während der Ausbildung haben die Produzenten schon gelernt, die Probleme ihres Landes aus dem westlichen Blickwinkel zu betrachten.
Phase III	
Die Zahl der Fernsehbesitzer steigt. Sie gehören der oberen Schicht an. Sie üben Druck auf die Regierung aus, um mehr Pro-	Die Kommunikationsgesellschaften sind immer da, wo die Medienzentren sich befinden. Dem Entwicklungsland wird vorgeschla-

1. Berücksichtigt werden muß hier auch, daß es meistens Reporter aus den Industriestaaten sind, die über die Ereignisse sowohl ihrer Gesellschaft als auch die der Dritten Welt berichten. Alle Welt-Nachrichtenagenturen – AP, UPI, AFP, Reuter – sind westorientiert. Sie bilden zusammen ein Monopol über das Weltnachrichtenwesen. Die Perspektive der Berichterstattung im internationalen Kommunikationsverkehr ist vorwiegend westlich und daher einseitig.
2. Television Age, July 3, 1967, S. 37-38.
3. Columbia Broadcasting System, Annual Report 1966, S. 2 u. 19.
4. R. Tyler, „Television Around the World", Television Magazine, October, 1966, S. 32 u. 59.
5. NBC Year-End Report 1965, S. 28.
6. The New York Times, March 24, 1967.

Entwicklungsland	Geldgeber bzw. Industriestaaten oder Großkonzerne
gramme auf dem Bildschirm empfangen zu können. Die Regierung erklärt, daß sie es sich finanziell nicht leisten kann.	gen, daß es vorläufig TV-Programme von ihnen kaufen kann, solange es nicht in der Lage ist, eigene TV-Programme zu produzieren.
Phase IV	
Der Führung gefällt der Vorschlag, weil die Wünsche der Ober- und Mittelschicht befriedigt werden können. Denn sie sind nach oben und unten meinungsbildend. Ohne Unterstützung dieser Schichten kann keine Führung an der Macht bleiben. Die Produzenten schlagen der Führung die Einführung der Fernsehwerbung vor, um die hohen Kosten zu verringern.	Die internationalen Werbeagenturen tragen der Führung vor, daß es für sie einen Verlust bedeute, die Werbung im Fernsehen nicht einzuführen. Denn die Zuschauer empfangen Programme vom Nachbarland, wo die Werbung im Fernsehen erlaubt ist. Die Produzenten dieses Landes werben daher bei dem Fernsehen des Nachbarlandes, daß das Geld kassiert.
Phase V	
Die Führung gibt nach. Die Werbung wird eingeführt, das Medium kommerzialisiert. Damit ist die internationale Dynamik des Fernsehens (der internationale Kreis) vollzogen.	Der „consumerism" des Westens ist eingeführt. Die Gesellschaft wird zum Konsum aufgefordert anstatt zur Produktion im Sinne sozialer Gerechtigkeit. Der Entwicklungsweg ist festgelegt.

Die Folgen der westlichen Kommunikationsvorherrschaft sind:

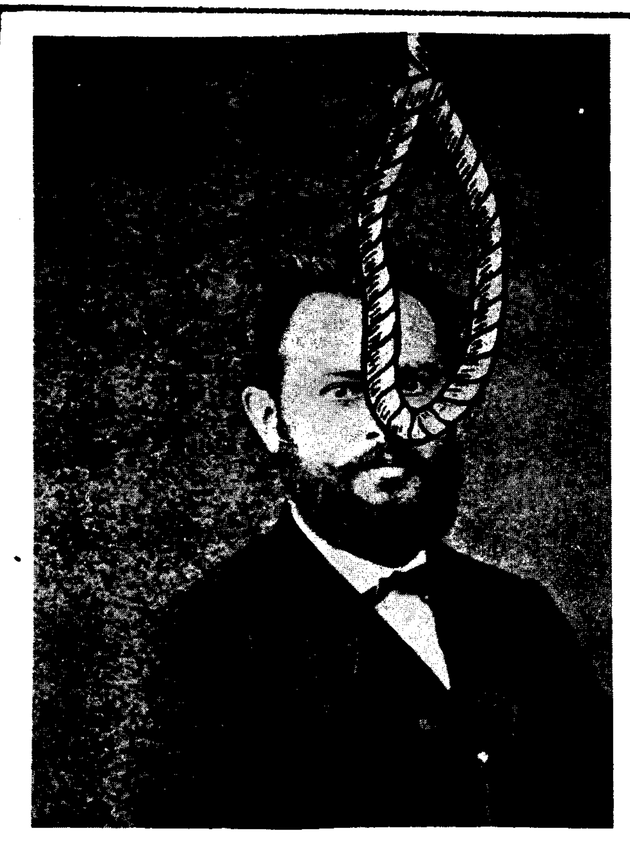
- Weltweite Angleichung der Kulturen.
- Durch die Vermittlung der westlichen Werte und Normen werden Prozesse im Entwicklungsland hervorgerufen, die für einen privilegierten Teil der Bevölkerung von „Nutzen" sind. Der Prozeß der sozialen Entfremdung dieser Privilegierten von der Masse wird beschleunigt.
- Der „consumerism" des Westens wird in den Entwicklungsländern zu falschen Prioritäten im Produktionssektor führen. Westliche Ideen und Ideologien werden sich durchsetzen. Das eigene Entwicklungsbild des Landes wird zerstört.
- Die Multinationalen werden ein Machtmittel mehr in die Hand bekommen, indem sie die TV-Programmgestaltung – direkt oder indirekt – mitbestimmen.
- Das mächtigste Kommunikationsmedium wird zum Instrument des weltweiten Neo-Kolonialismus.

Wie kann der Mißbrauch der „free flow of international communication" verhindert werden?

Auch die Kommunikationssatelliten werfen neue Probleme auf. Sie ermöglichen die Direktübertragung von Fernsehsendungen auf Kollektiv- oder Heimempfänger mit Spezialantennen und -adaptern und im Gegensatz zu Kurzwellensendungen können Satellitenübertragungen nur schwer gestört werden.

Am 15. November 1972 verabschiedete die UNESCO elf „Leitsätze" über die Anwendung von Kommunikationssatelliten. Sie bilden eine Kompromiß-Formel zwischen dem Prinzip des freien Informationsflusses – auf dem vor allem die USA, die BRD, Kanada und Australien beharren, und dem Prinzip der Unabhängigkeit und Souveränität der Staaten, die selbst darüber entscheiden wollen, welche Fernsehsendungen ihrer Bevölkerung zugänglich sein sollen.

Gemäß der Erklärung der UNESCO müssen die sendenden Staaten vor der Übermittlung bestimmter Sendungen über Satelliten ein entsprechendes Abkommen mit den Empfängerstaaten treffen. Die Übermittlung von kommerzieller Werbung soll durch Sonderabkommen geregelt werden. So begrüßenswert dieser Schritt ist, es gibt noch keine Klarheit darüber, wie diese Erklärung zu verwirklichen ist.



Unser Finanzreferent bittet Sie in diesem Heft Seite 2 zu beachten

Fernsehen, Zeitungen, Zeitschriften und Radio in den Entwicklungsländern müssen als „Elitemedien" betrachtet werden, weil sie hauptsächlich der Elite dienen. Sie sind nicht „Massenmedien" wie in den Industrieländern, denn ein „Massenmedium" muß die Masse erfassen können, und das ist nicht der Fall in den meisten Ländern der Dritten Welt. Wie kann das gedruckte Wort Massen erfassen, wenn in den meisten Entwicklungsländern Massenanalphabetentum herrscht? Wie können Radio und Fernsehen die Massen erreichen, wenn es keine Elektrizität im Dorf gibt oder die Programme in der Elitesprache gesendet werden, die die Masse nicht versteht.

Die tatsächlichen Massenmedien in den Entwicklungsländern sind die traditionellen Volksmedien wie z. B. in Indien Volkstheatergruppen, Sänger, Geschichtenerzähler, Puppentheater etc., die von Dorf zu Dorf gehen und das Volk amüsieren, informieren und dadurch die kulturelle Kontinuität fördern. Diese Medien sollten erneuert und mit den Elitemedien koordiniert werden. Die durch diese Kanäle fließenden Ideen und Informationen können die Masse erreichen und sie beeinflussen. Z. B. setzte die indische Regierung mit Erfolg Puppentheater für Familienplanungspropaganda ein. Es gibt keine Gesellschaft und kein Entwicklungsland ohne diese Medien. In der Volksrepublik China wurde das Volksmedium „Puppentheater" für die Verbreitung der Botschaft der Revolution benutzt; in Indonesien wurde das traditionelle „shadow play-wajang kulit" als Kommunikationsmedium für die Verbreitung der Informationen über den Freiheitskampf gegen die Holländer eingesetzt, da die modernen Kommunikationsmedien in den Händen der Kolonialmacht waren. „Success stories" gibt es genug. Die Sucht der Elite nach Westernisierung ist jedoch so groß, daß sie sie einfach übersieht.

Die Tragödie der Volksmedien ist, daß sie dem Volke dienen, mit dem sich die Elite nicht identifizieren will.

aus: Entwickl. u. Zus.-Arb. 4/74

INDIEN
INFORMATIONEN ZUR AUFRÜSTUNG

Herbert Wulf

Zwei aktuelle Ereignisse in Indien haben in den letzten Wochen die Weltöffentlichkeit beschäftigt: Erstens der Streik von rund 2 Millionen Eisenbahnern, der mit Militäreinsatz verhindert werden sollte, und bei dem ungefähr 15.000 - 20.000 Gewerkschaftler in Gefängnisse gesteckt wurden; zweitens die erste unterirdische Atomexplosion in der Wüste von Rajasthan. Beide Ereignisse haben offensichtlich mehr miteinander zu tun, als dies auf den ersten Blick erscheinen mag; denn mit dem Gespür für griffige und einprägsame Formulierungen und spektakuläre Handlungen versucht Indira Gandhi, getragen von einer Woge patriotischer Gefühle, von den ernsthaften wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten abzulenken. In den vergangenen Jahren gelang ihr dies bis zu einem gewissen Grade durch den Wahlslogan "Abschaffung der Armut" und durch das wiedergewonnene Selbstvertrauen von Politikern und Militär nach dem erfolgreichen Krieg mit Pakistan.

Die Atomexplosion in Indien Mitte Mai kam für Kenner der indischen Szene nicht unerwartet. Von indischen Wissenschaftlern, Industriellen, Politikern und Verteidigungsexperten wird seit einigen Jahren eine nukleare Bewaffnung gefordert, und wenn auch Ministerpräsidentin Gandhi versicherte, Indien sei und bliebe entschiedener Gegner des militärischen Gebrauchs von Atomenergie und wolle sie nur für industrielle und wirtschaftliche Zwekke nutzen, so zeigt die prompte Protestreaktion vieler Länder bei der Genfer Abrüstungskonferenz, daß man den indischen Versicherungen keinen rechten Glauben schenkt. Skepsis an der Glaubhaftigkeit dieser Aussage ist auch durchaus angebracht, da Indira Gandhi schon im März 1973 vorsichtig andeutete, langfristig unter Umständen gezwungen zu sein, ein Atomwaffenprogramm aufzubauen. (1) Indien hat sich bisher geweigert, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen und kann daher heute bei Abrüstungsverhandlungen nicht mehr die Rolle des Vermittlers zwischen USA und Sowjetunion spielen, wie dies vor einem Jahrzehnt noch der Fall war. Statt dessen wird Indien von einigen Atommächten mit Argwohn beobachtet. Indira Gandhi behauptet, Kernenergie werde unter anderem für Erdbewegungsarbeiten benötigt, doch muß sie sich zumindest die Frage gefallen lassen, ob dies bei rund 200 Millionen Arbeitslosen und Unterbeschäftigten tatsächlich Priorität hat.

Zwar ist Indien auch nach dem erfolgreichen Test weit davon entfernt, Atomwaffen produzieren zu können, und verfügt vor allen Dingen nicht über ein geeignetes Trägersystem, um Atombomben in entfernte Ziele zu befördern; trotzdem ist man einer nuklearen Bewaffnung - falls sie aufgrund politischer Entscheidungen in New Delhi angestrebt wird - einen Schritt näher gekommen.

Während die ersten Kernreaktoren mit amerikanischer bzw. kanadischer Unterstützung gebaut wurden, beabsichtigt die Atomenergiebehörde der indischen Regierung, bis 1980 weitere Reaktoren nach indischen Entwürfen und Entwicklungen zu bauen und, falls alles nach Plan verläuft, wird für einen Reaktor 80 % indisches Material verwendet. Hierdurch soll die ausländische Kontrolle vermindert werden, denn in technologisch wichtigen Sektoren wie Elektronik und Datenverarbeitung ist man auf ausländische Hilfe nach wie vor angewiesen. Die Folge ist: der rasche Aufbau eines Atomwaffenprogramms einschließlich Trägersystems ist nur durch Unterstützung aus dem Ausland oder zumindest unter Beteiligung in Indien tätiger ausländischer Firmen möglich. Fachleute haben bereits vor dem Atomtest darauf hingewiesen, daß die technologischen Fähigkeiten in Indien vorhanden sind, um bis 1980 Atomwaffen herzustellen, allerdings ist es unrealistisch, davon auszugehen, daß es sich hierbei um ein einsatzfähiges Waffensystem handelt. Hierzu ist Indien sicherlich erst im nächsten Jahrzehnt in der Lage. (2)

Im Mai 1970 wurde von der indischen Atomenergiebehörde ein Zehnjahresplan für Kernenergie und Raumfahrttechnik angekündigt, der ein Volumen von knapp 4 Mrd. DM haben soll. (3) Wie ernsthaft das Raumfahrtprogramm betrieben wird, zeigen u.a. die 1970/71 erfolgten Raketenabschüsse, von denen 54 zur Durchführung wissenschaftlicher Experimente und 118 zur Erprobung in Indien konstruierter Raketensysteme ausgeführt wurden. (4) Während die Atombehörde 1958 etwa 1000 Wissenschaftler und Techniker beschäftigte, betrug diese Zahl 1971 bereits knapp 8.500. (5)

Wenn auch die technische Durchführbar-

keit der Entwicklung eines Atomwaffensystems (einschließlich der Trägerwaffen) mit einiger Anstrengung innerhalb eines Jahrzehnts möglich erscheint, so sind doch einige Hemmnisse wirtschaftlicher Art zu erwarten. Die angegebenen Kosten für 10 Jahre wurden 1968 mit 4 Mrd. DM für ein System mit 30-50 Bombern, 50 Mittelstreckenraketen und 100 Plutonium-Sprengköpfen angegeben und ein Programm mit 10-15 Bombern, 2 U-Booten und 100 Raketen in Silos würde 13,5 Mrd. DM Kosten verursachen. (6) Heute muß ungefähr mit dem doppelten Aufwand gerechnet werden (7); allerdings liegen die von indischen Experten angegebenen Zahlen in der Regel etwas niedriger. (8)

Geht man davon aus, daß die Ausgaben für das konventionelle Militärprogramm weiterhin bei 4 % des Bruttosozialproduktes (BSP) liegen und jährlich 1-2 Mrd. DM zusätzlich für ein Atomwaffenprogramm (mithin weitere 0,7-1,4 % des BSP) aufgewendet werden, so ist mit ernsthaften wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu rechnen, die über das bisher in Indien gekannte Maß hinausgehen. Der schnelle Aufbau eines Atomwaffenprogramms würde Indien wirtschaftlich vermutlich ins Chaos stürzen. (9) Demgegenüber machen indische Verteidigungsexperten geltend, daß Militärausgaben und wirtschaftliche Entwicklung sich keineswegs ausschließen, sondern gehen davon aus, daß die Regierungsausgaben eben an anderer Stelle gekürzt werden müssen. (10) Man fragt sich, an welcher Stelle dies wohl im indischen Haushalt geschehen wird?

Die folgende Tabelle verdeutlicht, daß Indiens Militärausgaben seit 1960 sowohl absolut als auch relativ zum Bruttosozialprodukt (BSP) rapide gestiegen sind, und bei den Debatten im indischen Parlament wiederholt sich in jedem Jahr von neuem der Ruf nach erhöhten Militärausgaben. Inzwischen beträgt der Verteidigungshaushalt ungefähr 1/4 des Gesamtbudgets der Zentralregierung. (11)

Militärausgaben — In Mio. Rupien x)

Jahr	Militärausg.	B S P zu laufenden Preisen	Militärausg. in Prozent zum BSP
1960-61	2.809,4	140.028	2,0
1961-62	3.124,9	148.480	2,1
1962-63	4.379,1	158.000	3,0
1963-64	8.161,2	180.450	4,5
1964-65	8.058,0	211.660	3,8
1965-66	8.847,6	218.470	4,1
1966-67	9.085,9	252.990	3,6
1967-68	9.684,3	299.880	3,3
1968-69	10.331,9	301.070	3,4
1969-70	11.008,8	334.940	3,3
1970-71	11.992,8	363.190	3,3
1971-72	15.253,4	383.560	3,9
1972-73	16.522,3	411.080	4,0
1973-74	17.531,3	k.A. xxx)	k.A.
1974-75	19.150,0 xx)	k.A.	k.A.

Zusammengestellt nach:
K. Subrahmanyam: Indian Defence Expenditure in Global Perspective, in: Economic and Political Weekly, Vol. VII, Juni 1973, S. 1156;
Govt. of India, Economic Survey, 1973-74, New Delhi 1974, S. 57;
Govt. of India, Defence Service Estimates 1974-75, New Delhi 1974, S. 1

x) DM 32,-- = Rupien 100,-- (derzeitiger Kurs, Apr. 74)

xx) Schätzungen der indischen Regierung

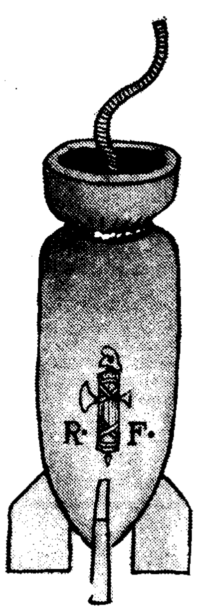
xxx) noch keine genauen Angaben erhältlich

Indien hat heute knapp 1 Million Mann unter Waffen und verfügt damit nach der Sowjetunion, der V.R. China und den USA über die viertgrößten Streitkräfte der Welt. Die Bestrebungen Indiens nach Autarkie in der Versorgung der Streitkräfte ziehen sich wie ein roter Faden durch die verteidigungspolitische Konzeption indischer Politiker und Militärs. Bereits 1945, zwei Jahre vor Erlangung der politischen Unabhängigkeit, wird in einem Dokument der indischen Regierung vermerkt, daß Indien sich im Kriegsfalle nicht auf Lieferungen aus Übersee verlassen kann. Trotz vieler Fehlschläge und enormer Kosten bleibt weitgehende Eigenversorgung in der Rüstungsproduktion das erklärte Ziel. Obwohl dieses Ziel aufgrund mangelnder Rohstoffe und begrenzter Forschungs- und Entwicklungskapazitäten absolut wahrscheinlich nie erreicht werden kann, da außerdem die neuesten Rüstungstechnologien der Industrienationen Indien wohl kaum zur Verfügung stehen, werden erhöhte militärische Aufwendungen just mit diesem angeblich bald zu erreichenden Ziel der Autarkie begründet und legitimiert. In Indien werden für den Versuch, Eigenversorgung der Streitkräfte durch Rüstungsproduktion zu erlangen, verschiedene Gründe genannt:

1. Auf befreundete Nationen sei im Ernstfall nicht unbedingt Verlaß; England und die USA stellten die Militärhilfe während des Indo-Pakistanischen Krieges 1965 ein.
2. Nationales Prestige, das auch bei der Durchführung der Atomtests eine Rolle spielt und die Überwindung des psychologischen Schocks nach dem verlorenen Krieg mit China 1962.
3. Wachstumsförderung und fortschreitende Industrialisierung durch Rüstungsproduktion, da von dieser Technologie "spill overs" (d.h. übergreifende Impulse) für den zivilen Bereich zu erwarten sind.
4. Permanente Bedrohung durch die zwei angeblich aggressiven Nachbarn China und Pakistan. Pakistan stellt aber seit dem Krieg 1971 und der erfolgten Teilung militärisch zur Zeit kaum mehr eine Gefahr für Indien dar.

Bereits seit 165 Jahren werden in Indien Rüstungsgüter produziert; der Beginn wurde mit dem Aufbau einer Munitionsfabrik und einer Uniformfabrik gemacht, jedoch erfolgte Rüstungsproduktion in größerem Umfange erst seit dem Ersten Weltkrieg. Nicht nur staatliche Ordonanzfabriken, von denen am Ende des Zweiten Weltkrieges immerhin schon 16 existierten, produzierten Rüstungsgüter, sondern unter anderem belieferte der privatkapitalistische Stahlkonzern des Industriellen Tata England und Frankreich während des Ersten Weltkrieges mit Minen und Stahlplatten. Die von der Kolonialregierung begonnene Rüstungsproduktion wurde inzwischen durch Kapazitätserweiterungen der Rüstungsfabriken wesentlich erhöht. 30 Ordonanzfabriken, die dem Verteidigungsministerium unterstellt sind, und weitere 9 staatskapitalistisch organisierte Konzerne produzierten 1970/71 Rüstungsgüter im Wert von rd. 900 Millionen DM, 1971/72 1,17 Mrd. DM und 1972/73 1,33 Mrd. DM. (12) Zeitungsberichten zufolge fällte die Regierung 1972 eine Entscheidung, die während des Bangla Desh Konflikts 1971 um fast 20 % gesteigerten Kapazitäten nicht auf das Vorkriegsniveau zu reduzieren.(13) Heute werden in Rüstungsbetrieben rd. 213.000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. (14)

Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung der Verteidigungsorganisation (Defence Research and Development Organisation) verfünffachten sich im letzten Jahrzehnt. 2.500 Wissenschaftler und Ingenieure sowie weitere 4.600 technische Hilfskräfte werden zur Durchführung militärischer Forschung und Entwicklung beschäftigt. (15) Ferner wurden 64 Forschungsprogramme und -projekte an Universitäten



(Dessin de BONNAFFÉ.)

und andere Institutionen vergeben. (16) Über die Aufwendungen und die Personalstärke der Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der einzelnen Rüstungsbetriebe liegen keinerlei verläßliche Daten vor, jedoch kann man aus den oben gemachten Angaben ersehen, daß ein großer Teil der "scientific community" (also der allgemeinen Forschungsvorhaben, die offiziell anderen als militärischen Zwecken dienen) mit Aufgaben aus dem Militär-, Rüstungs-, Kernenergie- und Raumfahrt-

bereich beschäftigt ist, und daß mit Sicherheit wesentlich mehr als die von der indischen Regierung angegebenen 2 % der Verteidigungsbudgets (17) für militärische Forschung und Entwicklung ausgegeben werden. Die Größenordnung dieser Aufwendungen wird durch eine Vergleichszahl aus dem industriellen Bereich verdeutlicht: von der gesamten Privatindustrie waren 1971/72 lediglich 5.550 Wissenschaftler und Techniker für Forschungs- und Entwicklungsaufgaben angestellt. (18) Die Rüstungsaktivitäten konzentrieren sich nach Angaben der indischen Regierung hauptsächlich auf Raketen, Fluggeräte, deren Zubehör, Elektronik, Radar und Marineforschungen. (19)

Die Erfahrungen aus dem letzten Konflikt mit Pakistan führten dazu, daß neue Forderungen zur Beschaffung von besserem und komplizierterem Gerät erhoben werden. Neben der umstrittenen nuklearen Bewaffnung werden vor allem ein Ausbau der Marine, bessere motorisierte Fahrzeuge und Geräte für das Hochland, mehr Kanonen, bessere Pionierausrüstungen zur Überquerung von Flüssen und ein Ausbau des Radarsystems gefordert. (20) In den fünfziger Jahren importierte Indien fast ausschließlich aus Großbritannien Waffen, akzeptierte keine Militärhilfe und kaufte nach Möglichkeit keine Waffen von den USA oder der Sowjetunion, um die Politik der Blockfreiheit nicht zu gefährden. Erst nach dem Krieg mit China 1962 erfuhr diese Politik eine grundlegende Änderung. Aufgrund der indischen Furcht vor einem Zweifrontenkrieg mit China und Pakistan wurden neben der Forcierung der Rüstungsproduktion die Waffenimporte gesteigert. Die indische Regierung verließ sich dabei immer mehr auf sowjetische Waffenlieferungen. Indiens wichtigster Waffenlieferant und Partner in der lokalen Waffenproduktion ist heute die Sowjetunion (Jagdflugzeuge, Transportflugzeuge, Hubschrauber, Raketen, Zerstörer usw.) und an zweiter Stelle folgt England (Jagdflugzeuge, Hubschrauber, Raketen, Panzer, Fregatten usw.) vor Frankreich (Hubschrauber, Panzerabwehrraketen). (21)

Die Bemühungen, die lokale Rüstungsproduktion zu erhöhen, sind zwar einerseits durch einen gewissen Erfolg gekennzeichnet, da dieser Anteil bei den wichtigsten Rüstungsgütern ständig gestiegen ist. Aber die Stückkosten der in Indien produzierten Waffen betragen oft ein Mehrfaches des Preises, den vergleichbare Produkte in Industrieländern haben. Bei Fluggeräten bewegen sich die Mehrkosten zwischen 50 und 90 Prozent. In der Regel wurden keine Devisen durch die Rüstungsproduktion gespart, sondern, mit Ausnahme eines Jagdbombers, waren die Devisenausgaben für die anderen in Indien nachgebauten Militärflugzeuge durch den Kauf von Materialien und Teilen beim Urproduzenten höher als der Preis für die fertigen Produkte betragen hätte. (22) Da bei fast allen in Indien produzierten militärischen Großgeräten die Lieferung von Teilen durch den Urproduzenten erforderlich ist, muß in Zweifel gezogen werden, ob die erwünschte Unabhängigkeit von Industrieländern erreicht werden kann.

Bei der weiteren Aufrüstung Indiens sind neben den sicherheitspolitischen Aspekten, die als Grund für die erheblichen Anstrengungen genannt werden, insbesondere drei Bereiche von Interesse, die hier nur skizziert werden können:

1. Wenn auch die indische Regierung nach wie vor angibt, Rüstungsgüter ausschließlich im staatlichen bzw. staatskapitalistischen Sektor produzieren zu lassen, so ist diese Behauptung nur insofern richtig, als kein Privatunternehmen für die Produktion eines kompletten Waffensystems verantwortlich ist. Die Privatindustrie ist jedoch als Zulieferer unentbehrlich und profitiert auf der anderen Seite von staatlichen Rüstungsaufträgen, denn das Problem der indischen Industrie war bisher kaum Mangel an Kapital, sondern die mangelnde Kaufkraft der Mehrheit der Bevölkerung. Geringe Kapazitätsauslastung im industriellen Sektor wird von indischen Planern mit Regelmäßigkeit als eines der wesentlichsten Probleme bezeichnet (23) und der 4. Fünfjahresplan verdeutlicht, wie ernst die Lage von der Regierung eingeschätzt wurde. (24) Hier schafft nun der Staat durch Ausbau des militärischen Apparates und durch Forcierung der lokalen Rüstungsproduktion neue Möglichkeiten für die Privatindustrie und es ist kaum verwunderlich, daß die Entwicklungen in Kernenergie- und Raumfahrtbereich von der Privatindustrie mit Wohlwollen betrachtet werden. Die Zusammenarbeit zwischen Privatindustrie, staatlichen und staatskapitalistischen Betrieben einerseits sowie Militär, Staatsbürokratie und Wissenschaftlern andererseits ist soweit fortgeschritten, daß man von einem sich rasch entwickelnden militärisch-industriellen Komplex sprechen kann.

2. Das indische Militär wird, wie schon die britische Kolonialarmee, zur Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung eingesetzt, was in den letzten Monaten bei Unruhen in den Bundesstaaten Gujarat und Bihar, wo es auch zu Schießereien und Toten kam, abermals bestätigt wurde.

Ferner wurde dies in den letzten Wochen bei der Bekämpfung des Eisenbahnerstreiks deutlich. Die indische Regierung wendet die "Defence of India Rules" immer häufiger an, um Streiks zu brechen. Dieses Gesetz ermächtigt die Regierung, einen Streik zu beenden, wenn die Sicherheitsinteressen Indiens beeinträchtigt sind. In den letzten Monaten wurde dieses Gesetz regelmäßig in Anspruch genommen, um Schwierigkeiten für die regierende Kongreßpartei zu verhindern. Selbst ein Streik der Krankenschwestern in den Krankenhäusern Delhis um mehr Lohn wurde mit Hilfe der "Defence of India Rules" für illegal erklärt. Offensichtlich wird die Verteidigung Indiens immer mehr mit der Verteidigung der Interessen der Regierungspartei gleichgesetzt. (25) Dort, wo das Militär die Aufrechterhaltung der Ordnung nicht ohne weiteres garantieren kann, also auf dem Lande, schreiten Landbesitzer zu Selbsthilfemaßnahmen, um die seit vielen Jahren gesetzlich beschlossene Landreform zu verhindern. Landbesitzer im Bundesstaat Maharashtra organisieren zur Zeit eine Privatarmee, um die Konflikte mit Pächtern, Kleinbauern und Landarbeitern durch Einschüchterung und Waffengewalt zu unterdrücken. Die Strategie der Landbesitzer wird durch die liberale Waffengesetzgebung der regierenden Kongreßpartei begünstigt.

3. In den kleineren Nachbarstaaten Indiens, insbesondere in den drei Himalaya-Königreichen Nepal, Bhutan und Sikkim, manifestiert sich die Politik des indischen Chauvinismus und der indischen Hegemonialinteressen deutlich. Durch Verträge gesichert, hat Indien sowohl in Bhutan als auch in Sikkim die Verantwortung für Verteidigungs- und Außenpolitik übernommen, Truppen in beiden Ländern stationiert und strategisch wichtige Straßen und Flugplätze gebaut. Alle drei Königreiche sind wirtschaftlich von Indien abhängig, da rund 90 % des Handels mit Indien abgewickelt wird und Indien größter Entwicklungshilfegeber für diese Länder ist und damit weitgehend bestimmt, welche Projekte in Angriff genommen werden. Darüber hinaus wird von Indien in Sikkim und Bhutan die Währungspolitik kontrolliert.

Anmerkungen

1) K. Subrahmanyam, Indian Nuclear Force in the Eighties? in: The Institute for Defence Studies and Analyses Journal, New Delhi, Vol. V, April 73, No. 4, S. 457

2) W. Wilcox, Japanese and Indian National Security Strategies in the Asia of the 1970s: The Prospect for Nuclear Proliferation, in: Adelphi Paper, No. 92, 1972, S. 30-39; ders., Strategic Reinsurance for India, in: Survival, Vol. XIV, July/August 1972, S. 178-182; K. Subrahmanyam, a.a.O., S. 457-471

3) W. Wilcox, Strategic Reinsurance ..., a.a.O., S. 180

4) Report on Science and Technology, Govt. of India, New Delhi 1971, S. 37

5) ebenda, S. 184

6) United Nations, Effects of Possible Use of Nuclear Weapons: The Security and Economic Implications, Oct. 67, Zit. in: Benoit, Emile: Effect of Defence on Developing Economies, MIT, 1971 (Manuskript, S. 305)

7) W. Wilcox, Japanese and Indian..., a.a.O., S. 36

8) z.B. H.M. Patel, Basic Factors of Indian Defence, in: Press Institute of India: Defence of India, New Delhi 1969, S. 58

9) siehe z.B. die detaillierte Projektion Benoits, a.a.O., S. 307-311

10) K. Subrahmanyam, a.a.O., S. 467f

11) Interavia, März/April 74

12) Ministry of Defence: Govt. of India, Report 1973-74, New Delhi 1974, S. 45 und 59; Military Yearbook 1973 (Hrsg. Baranwal), New Delhi 1973, S. 95

13) Indian Express vom 4.5.72

14) Ministry of Defence, a.a.O., S. 45 und 56

15) ebenda, S. 88

16) Military Yearbook, a.a.O., S.111. Enge Kontakte bestehen zum Council of Scientific and Industrial Research, der Atomic Energy Commission einschließlich des Bhabha Atomic Research Centre und Tata Institute of Fundamental Research, dem Department of Science and Technology, dem Indian Institute of Science u.a. (siehe Ministry of Defence, S. 87)

17) Ministry of Defence, a.a.O., S. 9

18) Schätzungen des Committee on Science and Technology, Govt. of India, Report on Science and Technology, a.a.O., S. 173

19) Ministry of Defence, a.a.O., S.87

20) z.B. Deshingkar, G.D., Indian Security after Bangla Desh, in: Economic and Political Weekly, Annual Number 1972, Vol. VII, Nos. 5-7, S. 225 ff

21) Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), World Armaments and Disarmament, SIPRI Yearbook 1973, Stockholm, S. 331 f

Fortsetzung S.59

SOZIO-ÖKONOMISCHE STAGNATION INDIENS

Phil Schönbäck:
Ursachen sozio-ökonomischer Stagnation unterentwickelter Länder am Beispiel Indiens,

ca. 70 Seiten, DM 1,50

zu bestellen bei:
iz3w, 78 Freiburg, Postfach 5328

Schönbäck weist nach, wie die englische Kolonialverwaltung nach der Zerstörung der indischen Tuchmanufaktur durch den Import englischer Billigwaren daran ging, ein internes Unterdrückungssystem als Mittel ihrer Fremdherrschaft aufzubauen: Durch Schaffung einer den englischen Interessen verpflichteten Kollaborateurschicht von Steuerpächtern konnten exzessive Steuersummen aus dem Land gepreßt werden, zum anderen die landwirtschaftliche Produktion auf die Bedürfnisse der englischen Industrie umgestellt werden: Rohstoff- und Nahrungsmittelexporte. Die dabei entstehenden gewaltigen Handelsbilanzüberschüsse wurden mit Hilfe sogenannter "Home charges" für "good government", also faktischen Tributzahlungen wieder in die Londoner City "retransferiert". Als gegen Ende des 19. Jahrhunderts der europäische Markt dem englischen Kapital keine Investitionschancen mehr bot, drohte das Sparvolumen Englands in gleich gefährlichem Maße zuzunehmen wie Zinsen und Profitrate abnahmen. Der daraufhin einsetzende Rückfluß des Kapitals in die englischen Kolonien, machte diese zum wesentlichen Investitionsbereich Englands.

Die gewaltigen Exportleistungen Indiens hatten gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu einer absoluten Verringerung der indischen Pro-Kopf-Nahrungsmittelproduktion und zu zahlreichen Hungerkatastrophen geführt, die unbesteuerten Fertigwarenimporte diskriminierten dagegen eine kleine hindukapitalistische Minderheit. Aus dem Zirkel dieser Gruppe ging Ende des 19. Jahrhunderts die Kongreß-Partei hervor, die allerdings zur Massenpartei erst wurde, als Gandhi auf die Hoffnungen der hungernden Landarbeiter, Pächter und Kleinbauernmassen einging. Diesen stellte sich die Kolonialherrschaft direkt in der Figur des sie unterdrükkenden und in Schuldknechtschaft treibenden Steuerpächters dar. Nach der Unabhängigkeit mußte deshalb der Kongreß seinen Anhängern gegenüber ein Enteignungsversprechen einhalten, obwohl gerade die Steuerpächter als gewichtigster Teil der ländlichen Oligarchie schon den Kongreß entscheidend bestimmten. Dadurch mußte die sich unaufhaltsam aufenthaltsam jahrzehntelang durch die Provinzparlamente schleppende Abschaffung der Steuerpächter zur formalen Farce werden: die Steuerpächter wurden voll entschädigt, wenn sie sich vor Enteignung nicht schon über Strohmänner in Landbesitz eingekauft hatten, so verteilten sie ihren Besitz auf Verwandte, um innerhalb der enteignungsfreien Maximalgrößen zu bleiben. Der wesentliche Teil der landwirtschaftlichen Produzenten kann derweil immer noch unter Kontrolle gehalten werden: durch Konsumkredite, die zum wesentlichen Herrschaftsmittel der Agraroligarchie in der Subsistenzwirtschaft werden. Da die Steuerpächter zumeist Geldverleiher waren und den Getreidehandel in den Städten organisierten, konnten sie unter der englischen Herrschaft die meisten Bauern so vollkommen verschulden, daß der Großteil der indischen Landbevölkerung auf der Basis von kleinen Konsumkrediten von Ernte zu Ernte überlebt.

Was hat der Kongreß in den ca. 25 Jahren seit der Unabhängigkeit dagegen unternommen? Die ersten 3 Fünfjahrespläne 51-66 vernachlässigten die Landwirtschaft und waren investitionsschwach, der 4. ist ohnehin eine Farce des sich jährlichen Durchwurstelns. Die Polarisierung der Landwirtschaft in arme Bauern und reiche "Betriebsdisponenten" und ein gewaltiger Bevölkerungsüberschuß haben aber inzwischen fast jede Steuerbarkeit des Landes längst überrollt. Der Kongreß versucht dabei, über Getreideimporte die städtischen Zentren stabil zu halten, während die Agraroligarchie über Weizenhortung, Schwarzmarkt und Inflation den Massenhunger als Mittel der Preispolitik einsetzt. 37 % der Abgeordneten des Kongreß "leben" vom Großgrundbesitz oder den damit verbundenen Praktiken.

Der internationalen Kapitalhilfe kommt in diesem Zusammenhang die Rolle einer Systemstabilisierung zu. Wenn auch wesentliche Teile inzwischen zum Schuldendienst eingesetzt werden, so bietet der Rest doch immer noch ein Bestechungsinstrument und die Möglichkeit bestandsgefährdenden Protest "abzufüttern".

Als längerfristige revolutionäre Chancen lassen sich ausmachen: Die auf Westbengalen beschränkte Landarbeiterguerilla, das weit unter die Existenzmarge getriebene, millionenstarke Lumpenproletariat der Städte, das zusehends zu Lokalaufständen und Massenplünderungen übergeht und ein ca. 1 Million starkes akademisches Proletariat, das zusehends radikalisiert in den Provinzen gegen den Kongreß Front macht

MATERIAL-HINWEISE

Auf den ersten und letzten Seiten unserer Zeitschrift (auf anderen ist dies bei Büchersendungen nicht erlaubt) möchten wir im verstärkten Maße auf neue Broschüren, Filme, Arbeitshilfen hinweisen, um so den Bezug von Informationsmaterial zu erleichtern. Aus diesem Grunde bitten wir um Hinweise auf solches Material oder, dies ist uns noch angenehmer, um bereits ausformulierte Kleinanzeigen.

WIRIYAMU

Buchbericht

Adrian Hastings, dessen Berichte über das Massaker von Wiriyamu letztes Jahr in der Weltpresse Schlagzeilen machten, schrieb inzwischen ein Buch, das jetzt auch in deutscher Sprache verfügbar ist:

Adrian Hastings: Wiriyamu

Reihe: Stichwörter zu Afrika, Laetare Verlag, Stein b. Nürnberg 1974

192 Seiten, DM 10,--,
ISBN 3 7839 0068 9

Hastings beginnt mit einem geschichtlichen Überblick über die Kolonisierung Mozambiques, den Beginn des Befreiungskampfes und über die Kriegsverbrechen der portugiesischen Armee, die u.a. zum Auszug der "Weißen Väter" aus Mozambique führten. Nach Berichten über weitere Folterungen und Morde, die von der portugiesischen Armee bzw. der politischen Polizei an der Zivilbevölkerung verübt wurden, geht Hastings ausführlich auf das Massaker von Wiriyamu ein. Abschließend untersucht Hastings die Haltung der Kirche: Er zeigt, daß das zwischen Rom und Lissabon geschlossene Missionsabkommen für eine christliche Kirche untragbar ist.

Dies Buch leistet zweierlei:
Erstens zeigt es deutlich auf, daß das Massaker von Wiriyamu kein Einzelfall, also kein "Ausrutscher" war, sondern daß derartige Maßnahmen zur "Befriedungsstrategie" der Portugiesen gehörten. Zweitens begründet es, warum der Vatikan seine Politik gegenüber Portugal und den Kolonien ändern muß.

wawi

FRELIMO

E R Z I E H U N G
im Dienste der Revolution

Rede des Mitgliedes des Präsidiums der FRELIMO (Befreiungsfront von Mozambique) Samora M a c h e l

aus Anlaß der Zweiten Konferenz des Ministeriums für Erziehung und Kultur der FRELIMO

Übersetzt aus der offiziellen Zeitschrift der FRELIMO "Mozambique Revolution", Oktober-Dezember 1973

Übersetzung und Vertrieb:
Bochumer Aktionskreis Südliches Afrika (B.A.S.A.),
c/o Angela Siebold, 463 Bochum, Händelstr. 14 (DM 0,50 zuzüglich Porto)

AKAFRIK-extra

PUTSCH in PORTUGAL

Hintergründe und Konsequenzen

Aus dem Inhalt:

- Wie kam es zu dem Putsch?
- Ablauf der Ereignisse in Portugal
- Lebenslauf von Spinola
- Konsequenzen für Portugal
- Auswirkungen auf Angola, Guinea-Bissao und Mosambik
- Verhandlungen mit den Befreiungsbewegungen

Herausgeber:

AKAFRIK (Aktionskomitee Afrika)
48 Bielefeld
August-Bebel-Str. 62
Ruf: 0521 - 62802

Konto 7600 1213
Sparkasse Bielefeld

Preis:
DM 1,-- (und 0,50 DM Porto)
(ab 10 Stück DM 0,50 und Porto)

Lieferung nur nach vorheriger Bezahlung!!!

NAMIBIA

NAMIBIA NEWS ist das offizielle Organ der Befreiungsbewegung von Namibia, SWAPO, und erscheint alle zwei Monate in englischer Sprache. NAMIBIA NEWS berichtet laufend über die neuesten Ereignisse in Namibia, den Stand des Befreiungskampfes, die Namibia Verhandlungen vor der UNO und gibt politische Hintergrundinformationen.

Der jährliche Bezugspreis beträgt DM 10,-- (DM 6,50 für Schüler und Studenten) und ist bei der Bestellung zu entrichten.

Bestellungen werden erbeten an:
NAMIBIA NEWS, SWAPO
10 Dryden Chambers
119 Oxford Street
London, W1R 1PA
England

Gewaltlose Befreiung in Lateinamerika

Ende 1974 trafen sich in Medellin, Kolumbien, über 50 Vertreter Gewaltloser Gruppen aus 14 Ländern Lateinamerikas und außerdem Delegierte von Gewaltlosen Aktionsgruppen und Friedensorganisationen aus Europa und den USA zu der 2. Tagung der gewaltlosen Befreiungsbewegung in Lateinamerika. Das Thema der Tagung: Strategien gewaltloser Bewegungen in Lateinamerika.

Ein Bericht und eine Dokumentation darüber von Jean und Hildegard Goss können bestellt werden bei: Josef Geue, 78 Freiburg, Kleiststr. 2.

hier herausschneiden

Dauerauftrag

an die

____
(Bank/Sparkasse)

Hiermit möchte ich Sie bitten, von meinem Konto Nr. __________ bei Ihnen monatlich zum ____ jedes Monats den Betrag von DM _______ abzubuchen und auf das Postscheckkonto Karlsruhe 148 239-755 zugunsten des Informationszentrums Dritte Welt, 78 Freiburg Postfach 5328 zu überweisen.

Erster Ausführungsmonat: __________

(Ort) (Datum)

(Unterschrift des Kontoinhabers

hier herausschneiden

Näheres dazu S. 2

PALÄSTINA

Die ESG hat eine neue 80seitige Broschüre mit dem Titel "Der Staat Israel und die Palästinenser" herausgegeben. Die Verfasser gehen, wie sie sagen, von der These aus, daß "der zionistische Staat auf den Wellen einer westlichen Kolonialpolitik entstanden ist und seine Bündnispartner in den westlichen imperialistischen Mächten gefunden hat". Dieses wird nun in den folgenden Artikeln zu belegen versucht. Zunächst wird die Geschichte des Zionismus, die Gründe seiner Entstehung und seine Ideologie dargestellt. Es folgt eine ausführliche Analyse der Bedeutung Israels für die imperialistischen Mächte (USA, SU, Frankreich, England, BRD u.a.), untermauert durch Tabellen und Zeitungsausschnitten. Der letzte Teil behandelt den Widerstand des palästinensischen Volkes an Hand des politischen Programms der PLO (Zusammenschluß der palästinensischen Organisationen Al Fatah, FDPLP u. FPLP), ein Augenzeugenbericht über die Arbeit der PLO in einem libanesischen Flüchtlingslager und schließlich ein Interview mit Vertretern der PLO.

Diese Broschüre kann bestellt werden bei:

Evangelische Studentengemeinde in der Bundesrepublik und Berlin (West)
7 Stuttgart 1
Kniebisstr. 29
Tel. (0711) 28 10 34/35

PLAKAT: PORTUGIESISCHE KOLONIEN

Das iz3w hat ein Plakat für Solidaritätsaktionen mit den Völkern der portugiesischen Kolonien mit folgendem Text herausgegeben:

"Wo Unterdrückung herrscht...

Mit der Kolonialisierung begann für die Völker Afrikas die Zeit der wirtschaftlichen Ausplünderung und blutigen Unterdrückung. Portugal setzt heute 200 000 Soldaten ein, um die Ausbeutung der Kolonien gegen wachsenden Widerstand aufrechtzuerhalten. Die Bevölkerung wird in Konzentrationslager (sog. Wehrdörfer) umgesiedelt, um eine Zusammenarbeit mit den Befreiungsbewegungen zu verhindern (Bild). Die bereits befreiten Gebiete werden mit Napalm und Giststoffen bombardiert. Dabei unterstützt die Bundesregierung den Natopartner Portugal durch Lieferung von Flugzeugen, Waffen und Munition.

... da gibt es Widerstand!

In langwierigen Kämpfen gelang es, weite Teile der portugiesischen Kolonien zu befreien. Die militärischen Erfolge der Befreiungsbewegungen sind nur von Dauer, weil sie verbunden sind mit dem Aufbau einer demokratischen Gesellschaftsordnung. Besondere Anstrengungen der Befreiungsbewegungen gelten dem Aufbau des Schul- und Gesundheitswesens und einer auf die Versorgungsbedürfnisse der Massen ausgerichteten Wirtschaft.

Unterstützt den Kampf um vollständige Unabhängigkeit der Völker in den Kolonien!"

Das Plakat zwei Photos, das Bild eines "Wehrdorfes" und einer Dorfversammlung in den befreiten Gebieten.

Das Plakat läßt genügend Raum für die Ankündigung lokaler Termine etc. frei. Preis DM 1,--, für Gruppen DM 0,60. Zu bestellen bei iz3w, 78 Freiburg, Postfach 5328

Fortsetzung von S.55

22) Siehe die detaillierten Berechnungen für Militärflugzeuge in J. Albrecht, Zur Ökonomie der Rüstungsproduktion in peripheren Ländern, unv. Manuskript, 1973

23) Economic Survey 1972-73, Govt. of India, New Delhi 1973, S. 26f

24) Fourth Five Year Plan 1969-74, Govt. of India, New Delhi 1970, S. 299f

25) Economic and Political Weekly, Vol. VIII, 1973, No. 40, S. 1799

Gruppenrundbrief

Gruppenrundbrief des Organisationskomitees "Freiheit für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique"

Etwa 70 Aktionsgruppen der BRD, die über den portugiesischen Kolonialkrieg arbeiten, haben zur besseren Koordination ihrer Arbeit ein Organisationskomitee gewählt. Dies Organisationskomitee "Freiheit für Angola, Guinea-Bissao & Mozambique" gibt alle zwei bis drei Monate einen Gruppenrundbrief heraus, der über Erfahrungen und Aktionen der Gruppen berichtet.

Der im Mai 74 erschienene Gruppenrundbrief Nr. 15 enthält beispielsweise Beiträge zu den folgenden Punkten:

- Berichte über gelaufene Aktionen der Gruppen
- Vorbereitung der "Solidaritätswoche mit den Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika (UNO-Woche)"
- Koordinationsfragen der Gruppen auf nationaler und internationaler Ebene
- Bezugsquellen für Informationsmaterial über den Befreiungskampf in den portugiesischen Kolonien (Fotoausstellungen, Filme ...)
- Aktuelle Informationen über den Befreiungskampf
- Organisation der materiellen Hilfe für die Befreiungsbewegungen

Außerdem sind diesem Gruppenrundbrief angefügt:

- Aufruf: "Anerkennung für Guinea-Bissao"
- Aufruf: "Für das kulturelle Recht der Völker im südlichen Afrika"
- Plattform-Vorschlag zur UNO-Woche

Der Gruppenrundbrief wird von der Aktion Dritte Welt Freiburg, Postfach 5328, herausgegeben. Wir bitten alle Einsender von Beiträgen, diese auf Matrize Pelican Perfecta 2031 Gestetner zu tippen und nach Freiburg zu schicken.

Der Gruppenrundbrief kann abonniert werden bei:

Organisationskomitee "Freiheit für Angola, Guinea-Bissao & Mozambique"
53 Bonn, Rheinweg 34, c/o AGG

Jahresabo.: DM 10,-

~NACHRUF~

Von einigen hundert Abonnenten nimmt die Redaktion mit dieser Nummer tiefbewegt Abschied. Durch ihren fortwährenden widerspruchslosen Bezug der "Blätter des iz3w" sind sie uns als potentielle Abonnementszahler ans Herz gewachsen. Nachdem uns schon ihre (Nicht-)Reaktion auf unsere erste Rechnung schmerzlich traf, wurde uns ihr baldiges Hinscheiden deutlich, als bei ihnen auch unsere kürzlich durchgeführten Mahnbemühungen erfolglos blieben.

Mit dem Abschluß einer Nachnahmepostkartenaktion (bei Abonnenten im Ausland gab es eine schlichte zweite Mahnung) wurde es uns zu einer traurigen Gewißheit: viele Leser werden sich fürderhin nicht mehr am iz3w laben können, sollten sie nicht - und



dies ist unsere letzte Hoffnung - umgehend durch ein Lebenszeichen die Sache in Ordnung bringen.

In tiefer Trauer

Die Redaktion